B 716

~~B 717~~

Verwaltung Z.O. 1

GESELLSCHAFT FÜR FRÄNKISCHE GESCHICHTE
e. V. WÜRZBURG
DER WISSENSCHAFTLICHE LEITER UND GESCHÄFTSFÜHRER
Universitätsprof. Dr. Dr. Wilhelm Engel

Zu 716

WÜRZBURG, Zwinger 5
Telefon 4236
Den 4.VII. 1953

Hochverehrter Herr Präsident !

Lieber Herr Baethgen !

Mit allem Danke bestätige ich Jhnen den Empfang Jhres vertrauensvollen Briefes vom 1.d.M. wegen der Rechtsstellung der Monumenta.
Jch habe mir alle Mühe gegeben, mit gesundem Menschenverstand die feinen Unterschiede zwischen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und einem nicht rechtsfähigen Jnstitut des Deutschen Reiches zu erkennen, - und bin kläglich gescheitert!
Was Kehr in seiner Akademie-Schrift "Die Preussische Akademie und die Monumenta Germaniae und deren neue Satzung" (1935) S. 32/33 gedruckt hat, deckt sich mit der geschichtlichen Wahrheit und mit der ministeriellen Entwicklung der ganzen Affaire in den Jahren 1934/36.
Da das Reichsinstitut volle und freie Geschäftsfähigkeit im Rahmen des Etats gehabt hat, ist m.E. auch auf volle freie Rechtsfähigkeit zurückzuschliessen. Das Reichsinstitut war nicht wie ein Staatsarchiv etwa eine nachgeordnete Behörde, sondern stand nach Rechts- und Handlungsfähigkeit mit den anderen unabhängigen Zentralinstituten, z.B. Archäologisches Jnstitut, gleich. Das äusserte sich z.B. im selbständigen, vom Ministerium völlig unabhängigen Abschluss von Druckverträgen, in der freien Verfügung über die Dienstreisemittel u.s.w.
Das Reichsinstitut ressortierte vom "Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft..." als Dienststelle und war insoferne natürlich ein "Jnstitut des Deutschen Reiches".
Mehr weiss ich im Moment zu diesem casus nicht zu sagen, es sei denn, dass Sie noch ganz konkrete Fragen an mich haben, die ich mit Freude nach Vermögen beantworten will.
Mit gleicher Post habe ich heute als Drucksache die Einladungen zu unserer diesjährigen Jahrestagung nach Coburg an Sie abgesandt. Dass Jhre Teilnahme uns alle freuen würde, brauche ich nicht zu versichern.

Mit besten Grüssen und Empfehlungen
Jhr sehr ergebener

W. Engel

Satzung des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde vom 1.April 1935.

Stück 1.

Das "Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae Historica)" tritt mit Wirkung vom 1.April 1935 an die Stelle der Zentraldirektion der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde vom 9.Januar 1874.

Stück 2.

Das Institut hat die Aufgabe, die Geschichte des deutschen Mittelalters zu erforschen und die Geschichts- und Rechtsquellen dieser Zeit herauszugeben.

Stück 3.

Das Institut untersteht der Aufsicht des Reichswissenschaftsministers.

Stück 4.

Der Präsident des Instituts ist als Reichsbeamter dem Reichswissenschaftsminister für die Durchführung der Aufgaben des Instituts und für die Auswahl seiner Mitarbeiter verantwortlich. Diese werden wie bisher aus dem Gesamtbereich deutscher Sprache und Kultur berufen.

Stück 5.

Der Präsident des Instituts führt die Aufsicht über den Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, den Verband deutscher Historiker und die deutschen historischen Kommissionen, die sich der Obhut des Reichswissenschaftsministers unterstellt haben.

Stück 6.

Auf Vorschlag des Präsidenten kann der Reichswissenschaftsminister hervorragende Forscher (höchstens zwölf) als Ehrenmitglieder des Instituts berufen. Darunter soll sich je ein Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Berlin, Wien, München, Leipzig und Heidelberg sowie der Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen befinden, denen vor der Berufung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Satzung des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde

vom 1.April 1935.

§ 1.

Das "Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae Historica)" tritt mit Wirkung vom 1.April 1935 an die Stelle der Zentraldirektion der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde vom 9.Januar 1874.

§ 2.

Das Institut hat die Aufgabe, die Geschichte des deutschen Mittelalters zu erforschen und die Geschichts- und Rechtsquellen dieser Zeit herauszugeben.

§ 3.

Das Institut untersteht der Aufsicht des Reichswissenschaftsministers.

§ 4.

Der Präsident des Instituts ist als Reichsbeamter dem Reichswissenschaftsminister für die Durchführung der Aufgaben des Instituts und für die Anwendi seiner Mitarbeiter verantwortlich. Die- se werden wie bisher aus dem Gesamtbereich deutscher Sprache und Kultur berufen.

§ 5.

Der Präsident des Instituts führt die Aufsicht über den Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, den Verband deutscher Historiker und die deutschen historischen Kommissionen, die sich der Obhut des Reichswissenschaftsministers unterstellt haben.

§ 6.

Auf Vorschlag des Präsidenten kann der Reichswissenschaftsminister berufende Forscher (Mitarbeiter zwölf) als Ehrenmitglie- der des Instituts berufen. Darunter soll sich je ein Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Berlin, Wien, München, Leipzig und Heidelberg sowie der Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen befinden, denen vor der Berufung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Die Monumenta Germaniae Historica als öffentliche rechtliche Körperschaft.

Dem Unterzeichneten ist die Frage vorgelegt worden, ob die Monumenta Germaniae Historica nach der gegenwärtigen Rechtslage dieses wissenschaftlichen Unternehmens eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine unselbständige Staatsanstalt seien. Die Frage ist zu gunsten der öffentlichen Rechtsfähigkeit der Monumenta zu entscheiden.

I

Die Monumenta sind ~~[illegible]~~ als privatrechtliche Organisation ins Leben getreten. Die Statuten von 1819 nennen sie einen Verein [Harry Breslau, Geschichte der Monumenta Germaniae Historica, Hannover 1921 S. 38 (im Hannover Die folgenden angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch)]. Die Statuten von 1830 sprechen statt dessen von „Gesellschaft" [S. 145]. Auf eine Analyse dieser Rechtsformen braucht nicht eingegangen zu werden. Jedenfalls nahm die Gesellschaft in eigenem Namen Rechtshandlungen vor, besaß u. verwaltete ihr Vermögen, stellte wissenschaftliche Herausgeber und Mitarbeiter an, schloß Verlagsverträge usw.

II

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wandelte sich dieser privatrechtliche Status der Mon. ~~Germ.~~ hist. allmählich um. Seit 1834 wurde ihre Tätigkeit als ein „den Nationalruhm befördernd Werk" von deutschem Bund anerkannt. Das Unternehmen erhielt daher von den ~~[illegible]~~ im deutschen Bund vereinigten Staats regierungen Zuschüsse und unterlag einer ~~[illegible]~~ Pflicht zur Rechnungslegung (S. 201 ff., 271 f., 281 ff., 285 ff., 398 f., 404 f. 435 ff.). Das Unternehmen verlor damit den Charakter einer reinen Privatveranstaltung; es rückte in die Reihe der um eines öffentlich-rechtlichen Zwecks willen staatlich subventio-

nierten und in gewissem Umfang staatlich beaufsichtigten Unternehmen. Aber es behielt seine privatrechtliche Rechtsform und vermögensrechtliche Selbständigkeit. Den ~~vom Bund~~ aus der Mitte der ~~Bundes~~ Staatsregierungen unternommenen Versuch der Umwandlung in eine nachgeordnete ~~Staatsstelle~~ staatliche Verwaltungsstelle wehrte es erfolgreich ab (S. 418). Bismarck stellte 1864 der preußischen Aufsichtsbehörde ausdrücklich fest, die ~~[illegible]~~ Mon. Germ. hist. seien kein vom Bund veranlaßtes und seiner Leitung unterstehendes Unternehmen (S. 419).

III

~~Zunächst~~ Jedoch von der Rechtsstellung eines staatlich subventionierten Privatunternehmens zu derjenigen einer öffentlich rechtlichen Organisation war nur ein Schritt. Er geschah 1875. Im Zusammenhang mit einer dringend notwendig gewordenen Reform des Aufbaus der Mon. Germ. hist. wurden damals neue Statuten beschlossen. Sie haben ein durchaus öff. rechtliches Gepräge. Schon die Art ihrer Festsetzung deutet darauf hin. Zwar sind sie von der Gesellschaft beschlossen, aber vom Bundesrat genehmigt. Auch die nunmehrige Organisation der Mon. Germ. hist. ~~steht~~ stand damit in Einklang, insbesondere die Tatsache, daß der Zentraldirektion Vertreter der Akademien der Wissenschaften in Berlin, München und Wien angehören hörten (S. 517). In der Folgezeit ~~wurde~~ trat der öffentlich rechtliche Zug des Unternehmens immer deutlicher hervor, z. B. (in der ~~Umwandlung~~ Übernahme der Stelle des Präsidenten der ~~Mon~~ Zentraldirektion in ~~eine~~ das Reichsbeamtenverhältnis Statuten von 1891 (S. 631), in der Umbenennung der Leitung des Unternehmens in „Kaiserliche Zentraldirektion der Mon. Germ. hist.", in der Verwendung des Reichsadlers in ~~X~~ den amtlichen Siegelmarken und Stempeln (S. 642).

An der öffentlich-rechtlichen Stellung der Mon. Germ. hist. ist nachgerade nicht zu zweifeln.

IV.

~~Nichts~~ Auf keinem andern Blatt steht, ob das Unternehmen bei diesem Wechsel vom privatrechtlichen zum öffentlich-rechtlichen Status seine rechtliche Selbständigkeit bewahrt habe. Bei dem Erlaß der Statuten von 1875 ging man von der geschichtlich allein möglichen Annahme aus, daß die Mon. Germ. hist. eine „Privatgesellschaft“ mit eigenem Vermögen und selbständiger Verfassung gewesen wäre. [S. 494, 508]

Auf die Wahrung der vermögensrechtlichen Kontinuität ~~legte~~ legte man größtes Gewicht. Mit keinem Wort war davon die Rede, daß das bisherige Vermögen der Mon. Germ. hist. in das Reichsvermögen übergehen sollte; einen solchen Gedanken zu fassen verbot schon die Rücksicht auf Österreich, das an dem Fortbestand der Monumenta organisatorisch und wirtschaftlich beteiligt war. Um die Identität des bisherigen privatrechtlichen mit dem künftigen öffentlich-rechtlichen Vermögensträgers zu wahren, traten daher sämtliche Mitglieder der bisherigen Zentraldirektion in die neue Zentraldirektion ein [S. 517], 619 f.].

V.

~~Hieraus ergibt~~ Faßt man die vorstehenden Ausführungen zusammen, so ergibt sich für das Verständnis ~~für die Tragweite~~ der Statutenänderung folgendes von 1875. Indem der Bundesrat die neue Fassung der in ihrer rechtlichen Selbständigkeit weiterbestehenden Mon. Germ. hist. genehmigte, wandelte er den bis dahin ~~bestehenden~~ vorhandenen privatrechtlichen in einen öffentlich-rechtlichen Verband um. ~~Indem er~~ Da er zugleich diesem ~~Verband~~ Verband eine Satzungsgewalt einräumte[F] und sich eine Staatsaufsicht vorbehielt, verlieh er dem mit eigener öffentlich-rechtlichen ~~Verband~~ Unternehmen die Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

F oder vielmehr die bestehende Satzungsgewalt als öffentlich-rechtliche anerkannte.

II.

Das spätere ~~organisatorische~~ rechtliche Schicksal der Mon. Germ. List haben daran nichts geändert. Das gilt insbesondere von dem Erlaß der Satzung des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde v. 1. April 1935 oder von den organisatorischen Neuerungen, die nach dem Zusammenbruch des Reiches notwendig geworden sind.* Die Mon. Germ. List haben durch keinen dieser Akte die Eigenschaft einer Körperschaft des öff. Rechts eingebüßt.

München, den 30. November 1954.

J. Heckel

7

21.Juni 1950.

Herrn

Staatssekretär Dr. W e n d e,
Bundesministerium des Innern,

B o n n
Rheindorfer Strasse 198.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Zu meinem lebhaften Bedauern kann ich Ihren freundlichen Brief vom 31.Mai erst heute beantworten, da ich erst jetzt in den Besitz des Staatsvertrages gelangt bin. Sie finden ihn nun in der beiliegenden Drucksache, die ich, wenn möglich, später gern zurückbekommen würde.

Ihre zweite Frage, ob die meinem Bericht für die Jahre 1943 - 48 beigefügte Satzung identisch ist mit derjenigen, die vom Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus genehmigt wurde, kann ich bejahen.

Die dritte Frage macht, wie Sie selber vermuteten, leider einige Schwierigkeiten, da die älteren Akten der Monumenta Germaniae in Berlin geblieben sind. Ich habe nun dorthin geschrieben und nachsehen lassen, ob darunter etwas über die Verhandlungen des Jahres 1935 zu finden ist und um Zusendung an mich gebeten, Wenn dieser Weg sich als nicht gangbar erweist, beabsichtige ich an das sowjetzonale Zentralarchiv in Potsdam zu schreiben, wohin, wie ich erfahre, die Akten des früheren Reichs-und Preussischen Unterrichtsministerium gelangt sind. Auf alle Fälle wird einige Zeit vergehen, bis sich der Erfolg dieser Schritte übersehen lassen wird.

Für heute lege ich Ihnen wenigstens eine Abschrift der Satzungen des Reichsinstituts bei, wie sie in der Zeitschrift der Monumenta Germaniae, DeutschesArchiv für Geschichte des Mittelalters, Bd.1, 1937, S.275 ff. veröffentlicht sind.

Sobald ich aus Berlin oder Potsdam einen Bescheid habe, werde ich Ihnen sogleich Mitteilung machen.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

2 Anlagen

B.

Abschrift

Dieser Jahresbericht ist der letzte, den der Vorsitzende namens der Zentraldirektion der Monumenta Germaniae Historica erstattet. Auch an ihr konnten die innerpolitischen Ereignisse der letzten Jahre nicht spurlos vorübergehen, und das um so weniger, als für die durch den bevorstehenden Rücktritt des jetzigen Vorsitzenden erforderliche Bestellung eines neuen Leiters der Monumenta eine neue Satzung anstatt der früheren Statuten von 1875 und 1892 nicht länger hinausgeschoben werden konnte. Hierüber hat der Vorsitzende schon am 3.September 1933 dem Herrn Reichsminister des Innern, von dem damals die Monumenta abhingen, Vorschläge unterbreitet, die er am 10.November 1934 in etwas veränderter Gestalt dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, dessen Ressort die Monumenta, infolge der Reichsreform jetzt unterstellt sind, noch einmal vorgetragen hat. Hierauf hat der neue Chef mittels Erlasses vom 15.November 1934 das alte Statut mit Wirkung vom 1.April 1935 ausser Kraft gesetzt. Am 2.März 1935 erging dann seitens des Herrn Reichsministers an die drei Akademien der Wissenschaften in Berlin, München und Wien eine Mitteilung des neuen Satzungsentwurfs mit dem Ersuchen, etwaige Verbesserungsvorschläge einzureichen. Die neue Satzung ist mit dem 1.April 1935 in Kraft getreten. Sie hat folgenden Wortlaut:

Stück 1.

Das "Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde(Monumenta Germaniae Historica)" tritt mit Wirkung vom 1.April 1935 an die Stelle der Zentraldirektion der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde vom 9.Januar 1874.

Stück 2.

Das Institut hat die Aufgabe, die Geschichte des deutschen Mittelalters zu erforschen und die Geschichts-und Rechtsquellen dieser Zeit herauszugeben.

Stück 3.

Das Institut untersteht der Aufsicht des Reichswissenschaftsministers.

Stück 4.

Der Präsident des Instituts ist als Reichsbeamter dem Reichswissenschaftsminister für die Durchführung der Aufgaben des Instituts und für die Auswahl seiner Mitarbeiter verantwortlich. Diese werden wie bisher aus dem Gesamtbereich deutscher Sprache und Kultur berufen.

Stück 5.

Der Präsident des Instituts führt die Aufsicht über den Gesamtverein der deutschen Geschichts-und Altertumsvereine, den Verband deutscher Historiker und die deutschen historischen Kommissionen, die sich der Obhut des Reichswissenschaftsministers unterstellt haben.

Stück 6.

Auf Vorschlag des Präsidenten kann der Reichswissenschaftsminister her-

vorragende Forscher (höchstens zwölf) als Ehrenmitglieder des Instituts berufen. Darunter soll sich je ein Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Berlin, Wien, München, Leipzig und Heidelberg sowie der Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen befinden, denen vor der Berufung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

K.D 9

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

Staatssekretär Dr. Wende

Bonn, den 31. Mai 1950.

Rheindorfer Straße 198
Fernruf 8541

Herrn Professor B a e t h g e n ,
- Universität -
M ü n c h e n .

Sehr verehrter Herr Professor!

Ich habe mir jetzt ein Rechtsgutachten zu der Frage der Rechtsstellung der Monumenta beschafft, brauche aber als Unterlage für eine abschliessende Äusserung noch den zwischen den süddeutschen Ländern im Jahre 1947 abgeschlossenen Staatsvertrag, nach dem diese drei Länder Träger der Monumenten wurden, und eine Klarstellung darüber, ob die Ihrem gedruckten Bericht für die Jahre 1943-48 beigefügte Satzung identisch mit derjenigen ist, die nach Ihrem Bericht vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus genehmigt worden ist. Wenn Sie diese meine beiden Bitten - hoffentlich ohne besondere Bemühung - erfüllen können, so ist das mir leider zweifelhaft hinsichtlich der dritten Frage: Sind Sie im Besitz der Verhandlungen, die im Jahre 1935 zur Umbildung der Monumenta in ein Reichsinstitut (unter Verlust der Rechtspersönlichkeit) geführt haben? Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir bei der Beschaffung auch dieses Materials nach Möglichkeit wenigstens behilflich sein könnten.

Mit verbindlicher Empfehlung
Ihr ergebener

Werner

10

21.März 1950.

Herrn

Staatssekretär Dr. W e n d e,
Bundesministerium des Innern,

B o n n
Rheindorfer Strasse 198

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Im Anschluss an mein Schreiben vom 17.3.50 erlaube ich mir Ihnen noch einen Abdruck des Haushaltsplanes der Monumenta Germaniae Historica für das Haushaltsjahr 1950 zu übersenden.

Mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

B.

1 Anlage

11

17.3.1950.

Herrn

Staatssekretär Dr. W e n d e,
Bundesministerium des Innern,

B o n n
Rheindorfer Strasse 198

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Im Anschluss an unsere Unterhaltung in Bonn erlaube ich mir Ihnen heute einen kurzen Bericht über die Monumenta Germaniae zu senden und meine beiden nach dem Kriege erstatteten Jahresberichte beizufügen, den letzten, da er noch ungedruckt ist, im Schreibmaschinendurchschlag. Ich wäre Ihnen zu grossem Dank verpflichtet, wenn Sie danach die Frage einer evtl. Übernahme der Monumenta Germaniae durch den Bund einmal in Erwägung ziehen wollten.

Mit angelegentlichen Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

B.

MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA

I.Geschichte und Organisation

Die Monumenta Germaniae historica wurden 1819 durch den Freiherrn vom Stein in Gemeinschaft mit einer Anzahl an der Erforschung des deutschen Mittelalters interessierter Persönlichkeiten begründet. Ihr Träger war ursprünglich ein privater Verein, die"Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde"; die organisatorische und wissenschaftliche Leitung lag in den Händen eines engeren Gremiums,der sog.Zentraldirektion. Jedoch wandte sich die Gesellschaft schon im Gründungsjahr an den Deutschen Bund mit der Bitte, ihr seinen Schutz zu gewähren und sie den Bundesregierungen zur Förderung ihrer Arbeiten zu empfehlen; beiden Wünschen wurde von Seiten des Bundes sogleich entsprochen. Für die Finanzierung ihrer Arbeiten war die Gesellschaft ursprünglich ganz auf private Mittel angewiesen, zu denen nur vereinzelte staatliche Zuwendungen, vor allem aus Preussen, hinzukamen. Erst 1834 beschloss der Bundestag, die Bundesregierungen dazu aufzufordern, dem Unternehmen regelmässige Unterstützungen zu gewähren. Dieser Aufforderung wurde durchweg entsprochen, so dass die Gesellschaft nunmehr von allen Einzelstaaten des Bundes Zuwendungen erhielt. Die Verwaltung des Geldes übernahm die Bundeskasse; an den Bund gingen auch die jährlichen Berichte der Zentraldirektion über die Fortschritte der wissenschaftlichen Arbeiten. Endlich wurden 1853 wiederum auf Anregung des Bundes die Beiträge der Einzelregierungen nach dem Masstabe einer matrikularmässigen Berechnung festgelegt.

Einen grundsätzlichen Wandel brachte dann die Reichsgründung. Nun wurden die Rechtsverhältnisse des Unternehmens, dessen Sitz schon 1842 nach Berlin verlegt worden war, durch ein am 9.Jan.1875 vom Bundesrat bestätigtes Statut geregelt. Darin wurde die Stellung der Zentraldirektion neuerdings bestätigt und ihre Autonomie weitgehend anerkannt; sie wurde damit zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Dotierung übernahm nunmehr das Reich; die Staatsaufsicht wurde zunächst vom Reichskanzleramt, sodann vom Reichsamt des Innern geübt. Die Zentraldirektion besass ursprünglich neben dem Selbstergänzungsrecht auch das Recht, den Vorsitzenden als den Leiter des Ganzen zu wählen. Erst 1887 wurde dessen Stellung in die eines Reichsbeamten umgewandelt; doch blieb der Zentraldirektion das Recht der Präsentation, auf Grund deren dann die Ernennung vom Kaiser vollzogen wurde.

Diese Organisation blieb in ihren Grundzügen auch in der Zeit der Weimarer Republik unverändert; vor allem unterstanden die Monumenta Germaniae weiterhin dem Reichsinnenministerium. Dagegen brachte die nationalsozialistische Periode eine entscheidende Veränderung, indem die Monumenta Germaniae 1935 umgewandelt wurden in das sog.Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde, das dem Reichsunterrichtsminister unterstellt wurde. Der Sinn dieser Umwandlung bestand vor allem darin, die Organisation des Instituts auf das Führerprinzip abzustellen. Daher wurde nun die Zentraldirektion als das korporative Organ beseitigt, womit zugleich das Präsentationsrecht entfiel. Der Präsident des Instituts wurde daher ohne vorhergehenden Vorschlag vom Reichsunterrichtsminister ernannt.

Für die Entwicklung nach dem Kriege kann auf die beiden beiliegenden Berichte verwiesen werden.

II. Aufgabe und bisherige Arbeitsleistung.

Als Aufgabe der Monumenta Germaniae wurde von Anbeginn an die kritische Edition der Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalte also des Zeitraums von etwa 400 - 1500 n.Chr. ins Auge gefasst. Wenn man aber ursprünglich glaubte, die Aufgabe in etwa 20 Jahren lösen zu können, so sah man sich in dieser Erwartung sehr bald enttäuscht. Denn einmal erwies sich der zu bearbeitende Stoff als wesentlich umfangreicher als man angenommen hatte, zumal mit der Zeit manche Quellengattungen, an die man ursprünglich nicht gedacht hatte, wie Briefe, Gedichte u.a.mehr, in das Programm mitaufgenommen wurden. Daneben aber führte die fortschreitende Editionsarbeit mit der Zeit zu einer wesentlichen Verfeinerung der Methoden, ja zum Teil zur Herausbildung ganz neuer Methoden, die erheblich zeitraubender, aber auch sehr viel ertragreicher waren als die früheren; viele in den Anfangszeiten des Unternehmens bereits edierte Quellen mussten daher nachträglich noch einmal neu bearbeitet werden. Infolgedessen ist ein Abschluss auch jetzt noch nicht erreicht und für's erste auch noch nicht abzusehen. Andererseits ist aber der Ertrag der bisherigen Arbeiten ein sehr ansehnlicher: er liegt vor in 35 Foliobänden, ca.95 Quartbänden und ca.100 Oktavbänden; dazu kommt eine Zeitschrift(erst Archiv, dann Neues Archiv, jetzt Deutsches Archiv genannt) in 70 Bänden und eine bisher 10 Bände umfassende Reihe von Untersuchungen und Darstellungen. Im Ganzen wird man ohne weiteres behaupten dürfen, dass keine andere Kulturnation über ein Quellenwerk verfügt, das sich an Umfang, aber auch an Qualität mit den Monumenta Germaniae auch nur entfernt vergleichen liesse. Diese Tatsache ist auch von der ausländischen Wissenschaft jederzeit in vollem Mass anerkannt worden und hat während der letzten Jahre in dem ausserordentlichen Interesse, mit dem überall die Wiederaufnahme unserer Arbeiten begleitet wurde, ihren besonderen Ausdruck gefunden.

Neben dieser ihrer unmittelbaren Aufgabe haben die Monumenta Germaniae mit der Zeit noch die weitere Funktion gewonnen, als Ausbildungsstätte für den wissenschaftlichen Nachwuchs auf dem Gebiet der mittelalterlichen Geschichte zu dienen. In den letzten Jahrzehnten sind weitaus die meisten Vertreter des Faches auf den Universitäten, aber auch viele Archivare und Bibliothekare durch diese Schule gegangen. Die Fortführung dieser Tradition erscheint umso unumgänglicher, je weniger die Universitäten unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Lage sind, den Studierenden eine voll ausreichende wissenschaftliche Ausbildung zu geben. Die Monumenta Germaniae sind in dieser Hinsicht eines der ganz wenigen geisteswissenschaftlichen Institute, die den zahlreich vorhandenen naturwissenschaftlichen Forschungsinstituten an die Seite gestellt werden können.

III. Finanzielle Grundlagen.

Der Haushalt der Monumenta Germaniae(zuletzt des sog.Reichsinstituts) betrug bis zum Ende des Krieges 72 000 M, und ist auch jetzt wieder, zunächst von den Ländern der amerikanischen Besatzungszone und gegenwärtig vom Lande Bayern, in der gleichen Höhe zur Verfügung gestellt worden. Die persönlichen Ausgaben betragen DM 50 750.--, die sachlichen DM 21 250.--. In den persönlichen Ausgaben sind inbegriffen das Gehalt des Präsidenten, der früher Reichsbeamter war und jetzt bayeri-

scher Beamter ist, sodann zwei TOA-Stellen, eine für den Geschäftsführer und eine für eine Sekretärin. Die übrigen persönlichen Mittel werden in der Form von Stipendien und von Autorenhonoraren vergeben. Die sachlichen Mittel dienen zur laufenden Ergänzung der etwa 60 000 Bände umfassenden Fachbibliothek, zur Beschaffung von Photokopien von Handschriften und Urkunden, zur Bestreitung der Druckkosten und zur Finanzierung von Studienreisen in Verbindung mit den Arbeiten des Instituts. Neben dem eigentlichen Haushalt haben die Monumenta Germaniae früher auch noch ansehnliche Mittel von Seiten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft erhalten. Obgleich das auch jetzt in beschränktem Masse bereits wieder der Fall ist, wird bei der Steigerung der Lebenshaltungskosten, die eine gewisse Erhöhung der Stipendien notwendig macht, und vor allem mit Rücksicht auf die starke Teuerung im Buchgewerbe für die Dauer mit dem bisherigen Haushalt nicht auszukommen sein. Der für das Rechnungsjahr 1950 eingereichte Voranschlag sieht daher eine Summe von von DM 102 000.-- vor und zwar DM 65 000.-- für persönliche und DM 37 000.-- für sächliche Ausgaben.

15

Reichsinstitut für ältere
deutsche Geschichtskunde
(MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA)

Berlin NW 7, den
Charlottenstraße 41
Fernruf: 16 27 89

Pommersfelden, 6.7.1946

Nr.

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. Walter Goetz

Gräfelfing b.München
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Glücklich nach Pommersfelden zurückgekehrt möchte ich nicht verfehlen, Ihnen, sehr verehrter Herr Geheimrat, nochmals meinen herzlichen Dank für die Unterredung auszusprechen, die Sie mir am 4.7. in Gräfelfing gewährt haben.

Ich habe mich besonders gefreut, daß unsere Unterredung in so freundschaftlicher und herzlicher Weise geführt werden konnte und daß wir in den Grundfragen durchaus zu einer einheitlichen Auffassung gelangt sind. Ihrer Bitte, nochmals in Beantwortung Ihres Briefes vom 28.6., der am 1.7. nach meiner Abreise hier eingetroffen ist, meinen Standpunkt festzulegen, komme ich im folgenden nach, wobei ich mir erlaube, aus dem hier liegenden Briefwechsel einige wichtige Schriftstücke in Abschrift beizufügen. Ich schicke den Brief eingeschrieben, denn bedauerlicher weise scheint eine Verständigung des Dozenten Dr. Otto Meyer, die er am 10.6. an den Präsidenten der Bayrischen Akademie gerichtet und im Durchschlag an Sie geschickt hat, nicht in Ihre Hände gelangt zu sein, so daß Sie offensichtlich bei den Verhandlungen mit Herrn Baethgen in der zweiten Junihälfte von meiner Rückkehr aus Hammelburg noch nicht unterrichtet waren.

Ich bin am 7.9.45 verhaftet worden, es war unter den gegebenen Verhältnissen selbstverständlich, daß vom Regierungspräsidenten in Ansbach Herr Dozent Dr. Otto Meyer; der durch seine langjährige Tätigkeit als Mitarbeiter und z.T. auch als Geschäftsführer der Monumenta die Verhältnisse des Instituts genau kannte die Geschäftsführung übertragen worden ist, sodaß die wissenschaftlichen Arbeiten ohne irgendeine Behinderung fortgesetzt und die Verwaltung in der Folgezeit reibungslos durchgeführt werden konnte.

Mittlerweile hat, wie sich aus dem in Abschrift beiliegende Schreiben des Präsidenten der Berliner Akademie der Wissenschaften an den Regierungspräsidenten in Ansbach ergibt, der Magistrat der Stadt Berlin in seiner Eigenschaft als Treuhänder der Staatsanstalten, die in Berlin ihren Sitz haben, die Verwaltung des

dort verbliebenen Teiles des Instituts der Akademie der Wissenschaften übertragen. Die Akademie ihrerseits hat Herrn Prof. Baethgen mit dieser Aufgabe betraut.

Herr Otto Meyer hat am 27.Nov. 1945 in Berlin eine Unterredung mit den Vertretern der Berliner Akademie gehabt, über die das in Abschrift beiliegende Protokoll unterrichtet. Demnach wurde beschlossen, daß bezüglich der Leitung der Monumenta Germaniae vor meiner Rückkehr keine Entscheidung getroffen werde und daß Herr Otto Meyer die kommissarische Leitung des Instituts in Pommersfelden beibehalten sollte.

Im Dezember 1945 wurde Herr Otto Meyer von Seiten der Bayrischen Akademie gebeten, nach München zu einer Besprechung über die Angelegenheiten der Monumenta Germaniae zu kommen. Er hatte dabei die Gelegenheit, die zuständigen Herren über die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Monumenta eingehend zu unterrichten. Anfang März 1946 erschien in den Tageszeiten ohne Zutun und Kenntnis des Reichsinstituts in Pommersfelden die Nachricht, daß die Monumenta Germaniae und ihre Bibliothek nach München überführt und im Armeemuseum untergebracht werden sollen. Anfang April wurde Herr Otto Meyer von Staatsrat Meinzolt telegraphisch zu einer Unterredung über die materielle Lage der Monumenta Germaniae nach München vorgeladen. Die Unterredung fand am 5.4. 1946 in München statt. Herr Otto Meyer konnte dabei den Herrn Staatsrat ausführlich unterrichten.

Wie Sie mir selbst erzählten, haben im Laufe des Winters mehrere Berliner Herren Ihnen gegenüber schriftlich ihre schweren Bedenken gegen eine Verlegung der Monumenta Germaniae nach München zum Ausdruck gebracht, weil eine solche Verlegung eine Verprovinzialisierung des Instituts bedeuten würde und das Institut auf diese Weise seines gemeindeutschen Charakters verlustig ginge. In der zweiten Hälfte Juni 1946 kam dann Herr Baethgen, der vorher an verschiedenen anderen Orten Verhandlungen geführt hatte, nach München, um mit Ihnen die Angelegenheit zu besprechen. Es wurde dann ein Rundschreiben an die Deutschen Akademien ausgeschickt, das von Ihnen als dem kommissarischen Leiter der Münchener Historischen Kommission und von Herrn Baethgen für die Monumenta Germaniae gezeichnet wurde. Danach sollte nach dem Vorbild der alten Verfassung der Monumenta Germaniae eine Zentraldirektion errichtet werden, die aus Vertretern der deutschen Akademien zusammengesetzt werden und unter anderem auch die Wahl eines Präsidenten oder Leiters der Monumenta Germaniae vornehmen sollte. Sie teilten mir auch mit, daß Herr Baethgen, der auf den

16

Lehrstuhl für mittelalterliche Geschichte in München berufen und zum Leiter der Monumenta bestellt werden sollte, nunmehr der Ansicht sei, daß eine Rückkehr der Monumenta Germaniae nach Berlin in absehbarer Zeit kaum möglich wäre.

Zu diesem Stand der Dinge will ich im Folgenden meine eigene Stellungnahme Ihrem Wunsche gemäß umreißen.

Ich habe vor 3 Jahren den Abtransport der Monumenta Germaniae aus Berlin veranlaßt, als die Lage in Berlin so gefährlich wurde, daß mit einer Vernichtung der wertvollen Bibliothek und damit des Reichsinstituts selbst gerechnet werden mußte. Es gab damals noch verschiedene Orte, an denen eine Unterbringung möglich war, allerdings nur in größerer Entfernung von Berlin, da die Umgebung von Berlin und die Mark Brandenburg bereits mit Berliner Bergungsgut überfüllt waren und weil ich außerdem nur an einen Ort gehen wollte, an dem die Weiterführung der wissenschaftlichen Arbeiten, also eine Aufstellung der Bücherei und entsprechende Arbeitsräume sichergestellt werden konnten. Es kamen schließlich 2 Orte zur Auswahl, Pommersfelden und Donaueschingen. Ich entschloß mich für Pommersfelden, weil die Unterbringung hier günstiger war als in Donaueschingen, wo übrigens Prinz Max zu Fürstenberg zu weitgehendem Entgegenkommen bereit war. Schließlich erschien mir Donaueschingen deshalb weniger geeignet, weil es ein wichtiger Eisenbahn-Knotenpunkt ist und dort mehrere Kasernen neugebaut und große Materiallager von der Wehrmacht errichtet worden wären. Dagegen liegt Pommersfelden in einem Raum, der nach menschlicher Voraussicht militärisch unwichtig und für Luftangriffe uninteressant war. Diese Annahme hat sich auch als durchaus richtig erwiesen. Nach großen Schwierigkeiten erfolgte der Transport der Bibliothek im Januar 1944, seither arbeitet das Institut ununterbrochen und ungestört in Pommersfelden, nur an 4 Tagen war der Schloßbereich nicht zugänglich, weil ein sehr hohes amerikanisches Kommando hier seinen Sitz aufgeschlagen hatte. In Berlin blieben aus persönlichen Gründen 2 Damen vom wissenschaftlichen Personal zurück. Ich selbst kam in der folgenden Zeit bis Kriegsende allmonatlich wenigstens einmal nach Berlin. Auch die Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts ist nach Überwindung eines sehr starken Widerstandes geborgen und zwar zuerst nach Aussee - gebracht worden. Schließlich konnte ich die Überführung dieser Bibliothek nach Pommersfelden, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten durchführen. Beide Bibliotheken, die sich vorzüglich ergänzen, sind völlig unbeschädigt erhalten geblieben und werden im steigenden Maße von Fachgenossen, die nach Pommersfelden kommen, benützt,

weil die meisten Universitäts- und sonstigen Bibliotheken zerstört oder wenigstens nicht aufgestellt und benutzbar sind. Ich habe alle diese Aktionen auf eigene Verantwortung gegen nachträgliche Genehmigung von Seiten des Reichsministeriums und ohne Hilfe oder Unterstützung irgend einer sonstigen Stelle durchgeführt; ich freue mich, daß durch sie die Bibliotheken gesichert wurden.

Als mir im Jahre 1942 die Leitung des Reichsinstituts angetragen wurde, habe ich sie abgelehnt und auf andere Kandidaten hingewiesen. Schließlich sollte ich durch die Drohung, daß ich sonst in ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Staatsdienst gezogen würde, zur Annahme gezwungen werden. Ich blieb bei der ablehnenden Haltung und habe mich erst auf die Mitteilung hin zur Übernahme bereit erklärt, daß, wenn ich die Leitung nicht übernehmen würde, das Institut geschlossen würde. Es ist fraglich, ob das Institut, wenn es einmal geschlossen worden wäre, heute überhaupt noch bestehen würde und jemals wieder eröffnet werden könnte und ob die Bibliotheken noch vorhanden wären.

Als ich aber am 7.September 1945 verhaftet wurde, sagte mir der mich verhaftende CIC Offizier, daß ich denunziert worden sei (mit Namensangabe), daß die Leitung der Monumenta Germaniae nur auf Grund des goldenen Parteiabzeichens und besonderer Verdienste um die Partei erlangt werden konnte! Die rechtliche Seite meiner Stellung ist heute noch nicht klar, weil meine Suspendierung auf Grund einer "widerlegbaren Vermutung" erfolgte. Dem entsprach ja auch, was bei der Unterredung vom 27.11.1945 in Berlin ausdrücklich betont wurde, "jede Entscheidung über eine anderweitige Besetzung der Stelle des Präsidenten ausgesetzt werden sollte, solange sich der jetzige Präsident in Haft befindet". Es war eine bittere Feststellung, daß gleichwohl über die Leitung der Monumenta Germaniae während meiner Haft und bevor über meinem Falle eine Entscheidung gefällt war, von Fachgenossen verfügt wurde.

Mein Bestreben war es, daß das Institut ständig fortarbeite und seinen Betrieb nie unterbreche. Obwohl durch Monate nach dem Zusammenbruch keine Gehälter gezahlt wurden, ist die Arbeit weitergegangen und nur dadurch die Wiederzahlung der Gehälter erreicht und die Bibliothek gerettet worden. Irgendeine Hilfe oder Unterstützung von einer Akademie oder Kommission, oder vom Berliner Magistrat ist in dieser kritischsten Zeit nicht gewährt worden.

Mir scheint der gegenwärtige Zeitpunkt für die Herbeiführung einer Entscheidung nicht günstig zu sein, da ich von wohl unterrichteter Seite erfuhr, daß es sich sehr empfehlen würde, diese Frage gegenwärtig überhaupt nicht zu verhandeln. Es dürfte sich empfehlen, die endgültige Lösung der Frage aufzuschieben, bis es entschieden ist, ob und wann es wieder eine deutsche Zentralregierung gibt. Bis dahin kann nur eine provisorische Lösung erfolgen, durch die die Existenz des Instituts gewährleistet wird.

Nur nebenbei möchte ich bemerken, daß ich glaube, daß es besser gewesen wäre, wenn Herr Baethgen das Rundschreiben an die anderen deutschen Akademien als Vertreter der Berliner Akademie und nicht für die Monumenta Germaniae gezeichnet hätte. Die Frage, ob jetzt die Monumenta in Berlin oder Pommersfelden ihren eigentlichen Sitz haben, möchte ich hier nicht zur Diskussion stellen, jedenfalls befindet sich die ganze Bibliothek der Monumenta Germaniae und auch der wissenschaftliche Betrieb in Pommersfelden mit Ausnahme von Fräulein Dr. Kühn, die noch in Berlin an den Constitutiones arbeitet. Ich gehe daher auch nicht auf die Frage ein, ob unter den gegebenen Verhältnissen der Berliner Magistrat oder die Berliner Akademie einen Auftrag wegen der Leitung des in Pommersfelden befindlichen Teiles der Monumenta Germaniae erteilen kann, ob vielmehr die Zuständigkeit des Berliner Magistrats sich nicht auf Berlin oder die russische Zone beschränkt.

Zur Frage des zukünftigen Sitzes der Monumenta Germaniae habe ich selbst mich einmal in einer Denkschrift vom Sommer des vergangenen Jahres geäußert, im übrigen aber nur die verschiedenen Meinungen zur Kenntnis genommen. Daß München in vorderster Linie in Betracht zu ziehen ist, ist gewiß, ob noch andere Städte wie Göttingen oder Frankfurt in Frage kommen, weiß ich nicht. Aber diese Frage muß wohl nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge beurteilt werden und Ihre Auffassung, daß "eine Rückkehr nach Berlin in absehbarer Zeit kaum möglich sein wird", dürfte wohl richtig sein. Wie Sie mir mitteilten, hat sich selbst auch Herr Baethgen diesem Standpunkt angeschlossen. Es ist also anzunehmen, daß die Berliner Akademie auf die Rückführung der Monumenta Germaniae nach Berlin verzichtet. Ich gestehe aber, daß es mir persönlich höchst peinlich wäre, Berlin gerade in dem Zeitpunkt, da diese Stadt so Schweres erlitten und soviel ver-

loren hat, da soviele wissenschaftliche Institute von Berlin weg verlegt und soviele Gelehrte von dort wegberufen wurden oder wegstreben, für dauernd als Sitz der Monumenta auszuschalten. Von Seite des Herrn Regierungspräsidenten in Ansbach ist die Verlegung der Monumenta nach Erlangen angeregt worden, auch das Bayrische Kultusministerium scheint dieser Auffassung nahezustehen. Ob Erlangen für die Dauer der richtige Platz für die Monumenta Germaniae ist, wird noch zu entscheiden sein. Ich möchte aber nicht verfehlen, bei dieser Gelegenheit mit aller Klarheit hervorzuheben, daß die Monumenta Germaniae ihren Betrieb längst hätten schließen müssen, wenn nicht die Herren Regierungspräsidenten Reichart und Dr. Schregle in Ansbach die finanziellen Mittel für das Institut bereitgestellt hätten, während die Akademien und der Berliner Magistrat keinen materiellen Beitrag [redacted] die Erhaltung des Instituts aufgebracht haben. Das Verdienst der beiden Regierungspräsidenten und des Landrates Dr. Fröhlich in Höchstadt kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, ihnen gebührt vor allen anderen Dank. Schon in meinen Denkschriften vom vergangenen Jahr habe ich darauf hingewiesen, daß das Institut unter allen Umständen seine wissenschaftlichen Forschungsarbeiten frei von jedem Druck außerhalb stehender politischer oder sonstiger Stellen durchführen müßte. Diese Freiheit der Forschung und der wissenschaftlichen Verwaltung konnte in den letzten Jahren, wenn auch gegenüber stärkstem Druck, doch stets gewahrt werden. Ob diese Forderung gegenwärtig z.B. in Berlin besser zu erfüllen ist als in München, scheint mir durchaus zweifelhaft zu sein.

Sie teilten mir weiters mit, daß als Zeitpunkt für eine Verlegung des Instituts der Herbst d.Js. in Aussicht genommen sei. Ich halte diesen Termin für verfrüht, weil nach meiner Kenntnis besonders in München keine Räume zur Unterbringung des Instituts und auch keine Wohnungen für die Mitarbeiter des Instituts zur Verfügung stehen und weil München, solange die Staatsbibliothek nicht wieder aufgestellt und benutzbar und die Materialien des Hauptstaatsarchivs nicht wieder nach München zurückgeführt sind, keine besondere Förderung für das Institut bringen würde. Dieser Einwand gilt im beschränkten Maße auch für Erlangen, dessen Bibliothek übrigens vom Institut regelmäßig benützt wird.

Dem weiteren Verbleiben des Instituts in Pommersfelden

steht kein Hindernis entgegen, da die Gräfin von Schönborn in ebenso großzügiger Weise wie bisher dem Institut die notwendigen Räume für unbeschränkte Zeit zur Verfügung zu stellen gewillt ist. Infolgedessen kann und soll die Lösung der Frage nach dem Ort, nach dem die Monumenta Germaniae überführt werden sollen, bis zum günstigen Zeitpunkt aufgeschoben und jetzt nicht unnötig Staub aufgewirbelt und Unruhe hervorgebracht werden.

Was die Frage der zukünftigen Verfassung der Monumenta Germaniae und die Einrichtung einer Zentraldirektion anlangt, so darf ich bemerken, daß ich die Errichtung einer Zentraldirektion schon längst noch beim Reichsministerium angeregt und mit mehreren Herren wegen der Leitung von Abteilungen verhandelt und Abmachungen getroffen habe, um die Monumenta Germaniae aus ihrer Vereinsamung herauszuführen. Die Durchführung wurde nur verschoben, weil während des Krieges der Zeitpunkt für eine Umorganisation nicht als günstig erschien. Im gegenwärtigen Augenblick aber halte ich für notwendig, daß die materiellen Mittel für die Erhaltung des Instituts gesichert werden, dagegen schiene mir die Errichtung einer Zentraldirektion gegenwärtig nicht vordringlich zu sein, da sie, wie Sie selbst sagten, doch nicht zu Sitzungen zusammentreten und daher nur schriftlich die Meinungen einholen und Beschlüsse fassen könnte und drei Akademien gar nicht einmal Vertreter schicken könnten, die mit dem Gegenstand vertraut sind.

Ich bedauere außerordentlich, daß Herr Baethgen auf seiner Reise nach Süddeutschland nicht auch nach Pommersfelden gekommen ist, um sich von den Verhältnissen, unter denen das Institut hier lebt und arbeitet, selbst ein Bild zu machen und die noch ungeklärten Fragen an Ort und Stelle zu besprechen, nachdem zu den Besprechungen in München Pommersfelden nicht beigezogen word ist. Er hätte auf Grund eines Augenscheines und einer Unterredun in Berlin berichten können und es wäre viel leichter geworden, für das weitere Vorgehen eine einheitliche Linie herauszuarbeiten, die allein den Bestand der Monumenta Germaniae sichern kann.

Hoffen wird, daß dieses unser gemeinsames Ziel in der Zukunft erreichbar sein wird, ich bitte Sie jedenfalls, die Erhaltung der Monumenta Germaniae, die ich selbst vor 4 Jahren in einem kritischen Zeitpunkt unter Hingabe einer ruhigen Stellung zu meiner Lebensaufgabe gemacht habe, zu unterstützen.

Ich glaube damit alle Fragen, die in unserer Besprechung zur Erörterung kamen, beantwortet zu haben. Ich danke Ihnen nochmals für die freundschaftliche Unterredung und bleibe mit besten Grüßen in ausgezeichneter Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Th. Hayes

19

Reichsinstitut für ältere
deutsche Geschichtskunde
(MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA)
Prof. Dr. Th.Mayer

Pommersfelden, 18.Juli 1946
~~Berlin NW 7~~, den
~~Charlottenstraße 41~~

Nr.

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. Walter Goetz

München Gräfelfing
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Für Ihr freundliches Schreiben vom 8. d.M., das ich am 14. erhalten habe, sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Der Brief trägt zur Klärung der Fragen der Monumenta Germaniae wesentlich bei. Ich möchte mir aber doch erlauben, wegen der Errichtung einer Zentraldirektion noch einiges vorzubringen.

Wie ich schon schrieb, halte ich die Errichtung einer Zentraldirektion für notwendig, gleichwohl gegenwärtig aber nicht für vordringlich. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß von all diesen Dingen gegenwärtig möglichst wenig gesprochen werden sollte. Eine Zentraldirektion, die aber nur im Vorborgenen blühen könnte, sollte man lieber gar nicht ins Leben rufen, denn sie wäre doch kaum handlungsfähig. Wie Sie mir schon selbst sagten, stößt die Zusammensetzung auf große Schwierigkeiten, weil drei von den sechs Akademien nicht in der Lage sind einen Fachmann zu benennen, der in die Zentraldirektion eintreten könnte. Herr Dopsch wird aber von Wien aus kaum an irgendwelchen Verhandlungen teilnehmen können. Herr Baethgen hat m.E. den Fehler gemacht, daß er zuerst in der Angelegenheit der Monumenta in ganz Deutschland herumgefahren ist und für die Monumenta gezeichnet und schließlich für seine Person im Ministerium verhandelt hat. Ich sehe darin eine schwere Belastung für die Zentraldirektion überhaupt. Wenn es einmal zu einer Zentraldirektion kommt, wird es notwendig sein, die führenden Männer der mittelalterlichen Geschichtswissenschaft heranzuziehen, ohne es darauf ankommen zu lassen, ob sie gerade Mitglieder einer Akademie sind oder nicht, denn dass in Hamburg, Bonn, Freiburg usw. keine Akademie ihren Sitz hat, kann doch nicht gegen die dort wirkenden Historiker sprechen. Gleichzeitig mit der Errichtung einer Zentraldirektion muß auch die Frage des inneren Aufbaues der Monumenta erledigt

werden, denn die Gliederung in die alten fünf Abteilungen läßt sich heute kaum noch aufrechterhalten. Es muß hier, soweit es aus personellen Gründen überhaupt möglich ist, eine neue Gliederung der Monumenta geschaffen werden.

Ich halte es dagegen für sehr dankenswert, daß sich die Akademien für die Angelegenheit überhaupt interessieren und für die Monumenta auch weiterhin eintreten und so die Erhaltung der Monumenta gleichsam zu einer Forderung der deutschen Wissenschaft überhaupt machen. Damit ist über die zukünftige Gestaltung der Monumenta, über ihren Sitz und über die Personalangelegenheiten nichts Bindendes gesagt, sondern nur soviel getan, als unter den gegebenen Verhältnissen unmittelbar möglich und notwendig ist. Gerade die jüngsten Ereignisse in Erlangen beweisen doch nur, daß man sich möglichst zurückhalten soll. Ich sehe hier von meiner Person ganz ab, glaube aber, daß z.B. Herr Baethgen ohne weiteres mindestens in ebenso scharfer Weise angegriffen werden könnte und auch würde wie die Herren Süß und Althaus, die niemals bei der Partei, sondern mehr oder weniger aktive Gegner waren. Solange einzelne Personen und auch Institutionen vogelfrei sind und nicht die Möglichkeit haben ihre eigene Sache irgendwie zu verteidigen, dürfte es sich nicht empfehlen, allzu auffällig an die Öffentlichkeit zu treten. Vorerst genügt es m.E., daß die Monumenta ihren wissenschaftlichen Betrieb ebenso fortsetzen wie bisher und daß jede Unterbrechung vermieden wird, denn eine Unterbrechung könnte leicht zur völligen Stillegung führen.

Indem ich Ihnen nochmals für Ihr Schreiben danke, bleibe ich mit besten Grüßen in ausgezeichneter Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

20

Gräfelfing, d. 13.8.46.

Verehrter Herr Kollege! (Fr. Mayer)

Aus Ihrem letzten Brief ersehe ich, dass Sie die Bildung einer neuen Zentraldirektion noch hinausschieben möchten. Aber das ist einmal schon deshalb nicht möglich, weil sämtliche sechs Akademien ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt und alle bis auf Heidelberg bereits ihren Vertreter ernannt haben. Dann aber zwingt die ganze Lage dazu, so rasch als möglich eine handlungsfähige Leitung der Monumenta zu schaffen. Sie vertrauen einer raschen und wirksamen Entnazifizierung - ich kann nicht nach allen bisherigen Erfahrungen nicht so optimistisch sein, denn diese Entscheidung kann sich noch längere Zeit hinausschieben und man versichert mir hier, dass die Amerikaner gegenüber früheren Rektoren ausserordentlich ablehnend seien. Da wir nun keinerlei Gewissheit für eine baldige Entscheidung haben so muss inzwischen eine verhandlungsfähige Stelle vorhanden sein. Es geht nicht an, dass Dr. Meier, der das Vertrauen der Berliner Herren nicht in ausreichendem Masse besitzt, auf eigene Faust handelt; die Sicherung der nötigen Geldmittel, die Frage des örtlichen Verbleibs der M.G. erfordert eine grössere Autorität, als Herr Dr. Meier sie zu bieten vermag. Die österreichische Regierung hat, wie ich Ihnen schon schrieb, die Mittel für die Wiener Zweigstelle inzwischen bewilligt, mit Dresden, Stuttgart, Hannover und selbstverständlich mit Baiern sind die Verhandlungen im Gange, eingeleitet durch die in einer Art von Arbeitsgemeinschaft vereinten M.G. und Münchner Historische Kommission. Tritt eine neue Zentraldirektion an die Stelle dieser ad hoc gebildeten Arbeitsgemeinschaft, so sind die M.G. wieder auf festen Boden gestellt. Sie meinen, es sei am besten in aller Stille weiter zu arbeiten, aber es besteht bei der Haltung der Amerikaner, die soeben die Münchner Akademie und die Historische Kommission bestätigt haben, keinerlei Zweifel, dass sie auch den M.G. gegenüber volles Entgegenkommen zeigen werden. Wir haben ausserdem im letzten Jahre die Erfahrung gemacht, dass ein quieta non movere zu keinem anderen Ergebnis als Versäumen wichtiger Gelegenheiten führt. Nur diejenigen, die tatkräftig gehandelt haben, konnten etwas erreichen. Warten wir ab, bis die Regierungen unserer annahmen, so werden wir die alte Handlungsfreiheit in bezug auf Zentraldirektion und selbständige Wahl des Präsidenten vielleicht nicht zurückerhalten. Die Billigung einer neuen Zentraldirektion wird Ihre künftige Stellung nicht beeinträchtigen, da über Ihre Wiedereinsetzung, falls Sie freigesprochen werden, nirgends ein Zweifel besteht. Ich hoffe deshalb, dass Sie sich mit der Bildung der neuen Zentraldirektion einverstanden erklären. Die Konstituierung wird zunächst auf schriftlichem Wege erfolgen; vielleicht ist im Herbst eine Zusammenkunft möglich. Die Ernennung neuer Abteilungsleiter, die ja auch Sie wünschen, könnte ebenfalls auf schriftlichem Wege erfolgen; ich wäre dankbar, wenn Sie eine Liste dafür aufstellen würden;- einige Namen dafür hat auch Bethgen schon dafür genannt, aber auch hier soll nur mit Ihrem Einverständnis gehandelt werden.

In Sachen der Münchner Hist.Kommission hat sich das hiesige Ministerium mit schriftlichem Abstimmungen und Neuwahlen einverstanden erklärt; es wird also auch bei der M.G. in solcher Weise zu handeln sein - zuletzt entschuldigt Notzeit derartige Maassnahmen.

Mit besten Grüssen

Ihr

v G.

21

Prof. Th. Mayer

Pommersfelden, den 22.Sept. 1946

Herrn Geh. Rat Prof. Dr. W. G o e t z

G r ä f e l f i n g

Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheinrat !

Ich bin von München gut nachhause gekommen , musste aber dann die niederschlagende Nachricht empfangen, daß der Abtransport der Bibliothek des deutschen historischen Instituts in Rom bereits eingeleitet war . Sie erfolgt im Zuge der Einziehung alles deutschen Eigentums im Auslande . Die Bibliothek kommt zuerst nach Offenbach , wo zahlreiche Bibliotheken gestapelt und von dort aus weiter verteilt werden. Angeblich soll die Bibliothek ganz oder zum Teil nach Washington kommen . Es war nicht möglich , auch nur die handschriftlichen Materialien des hist. Instituts zurückzubehalten .Ich teile Ihnen diese Tatsache mit und bitte Sie zu überlegen, ob nicht eine Eingabe der Akademievertereter gemacht werden könnte, wo auf den Zusammenhang der beiden Bibliotheken , der MG und des deutschen hist. Instituts hingewiesen werden könnte . Ich überlege auch , ob ich mich an Kardinal Mercati wende, habe aber im Ganzen wenig Hoffnung an der vollzogenen Tatsache noch etwas zu ändern . Ich möchte nur nichts unversucht lassen. .

Auf Wiedersehen am nächsten Sonnatg den 29. um 16h 30 .

Mit besten Grüßen und in ausgezeichneter Hochachtung

H. Mayer

Prof. Th. Mayer

Pommersfelden, den 22. Okt, 1946

22

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. W. Goetz

München Gräfelfing
Irmenfriedstr.31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Ich schicke Ihnen gleichzeitig die beiliegende Abschrift einer Verfügung des Bayrischen Kultusministeriums, wonach die Monumenta Germaniae an die Universität in Erlangen angegliedert und mit dem Lehrstuhl für mittelalterliche Geschichte in Personalunion vereinigt werden soll. Es ist dies die Entscheidung, von der ich Ihnen schon erzählte, daß sie vom Finanzministerium veranlaßt worden ist. Ob und inwieweit das im einzelen stimmt, kann ich nicht kontrollieren, aber jedenfalls bedeutet das, daß die Errichtung der Zentraldirektion und deren Vorschläge völlig ignoriert worden sind. Ob und in welcher Weise die Zentraldirektion nun zu dieser neuen Sachlage Stellung nehmen wird, bleibt völlig Ihnen überlassen. Sie äußerten die Absicht für den Fall, daß eine Angliederung an Erlangen wirklich geplant würde, die Verlegung der Monumenta Germaniae außerhalb Bayerns zu verlangen. Sie sprachen damals von Göttingen. Ob es möglich ist, die Monumenta Germaniae aus der amerikanischen Zone hinauszubringen, scheint mir nicht sicher, aber außerhalb Bayerns kommen ja noch Heidelberg, Frankfurt und Marburg in irgendeiner Form in Betracht. Immerhin glaube ich aber, daß auch die jetzige Entscheidung des Bayrischen Kultusministeriums kaum das letzte Wort ist und dass die Durchführung dieser Verfügung vorerst aufgeschoben und dann wohl auch aufgehoben werden wird, denn ich bin überzeugt, daß die Münchener Kreise sich ob dieser Entscheidung stark ins Zeug legen werden, zumal ja alle Vernunftsgründe gegen sie sprechen. Was die Angliederung an die Universität Erlangen und die Vereinigung mit dem mittelalterlichen Lehrstuhl für die Monumenta Germaniae bedeuten würde, wurde ja von den Mitgliedern der Zentraldirektion klar ausgesprochen und ich nehme nicht an, daß die Bayrische Regierung sich nicht in so schroffer Weise ~~sich~~ über das Votum der Zentraldirektion und damit der deutschen Akademien hinwegsetzen wird.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung und besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

Ich glaube, daß in der ganzen Angelegenheit größte Eile erforderlich ist . Ich wäre Ihnen sehr dankbar , wenn Sie mich über die weiteren Entscheidungen auf dem Laufenden halten würfen .

23

Prof. Dr. Th.Mayer

Pommersfelden, 31.1o.1946

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. W. G o e t z

München Gräfelfing
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Ihr Schreiben vom 24. habe ich eben erhalten und ich danke Ihnen sehr dafür. Ich habe mich gefreut, daß Sie wegen des Planes, die Monumenta nach Erlangen zu verlegen, eine so energische Haltung einnehmen. Ich selbst glaube ja, daß man die ganze Angelegenheit als das letzte Kapitel der "Bitter-Süßen-Liebensgeschichten" (nach R.H.Bartsch) auffassen kann. Daß Herr v. Guttenberg selber nicht gewillt ist die Monumenta zu übernehmen, habe ich Ihnen bereits mitgeteilt, so daß ich glaube, daß es nicht notwendig ist, daß Sie nach Erlangen und Pommersfelden reisen, so sehr wir uns hier über Ihren Besuch freuen würden. Eine auch nur zeitweilige Einstellung der Monumenta möchte ich allerdings unbedingt verhindern, denn es bestünde dann die Gefahr, daß von irgendeiner Seite auf die Bibliothek gegriffen würde; nur die ununterbrochene Aufrechterhaltung des Betriebes während der ganzen Zeit seit dem Zusammenbruch hat die Monumenta vor dem Eingehen bewahrt. Ich bin überzeugt, daß sonst die Bibliothek längst an irgendeine Stelle zugeteilt worden wäre. Für die Übersendung des Protokolls der Sitzung der Zentraldirektion danke ich Ihnen bestens. Ich habe wegen der Spruchkammer an meinen Rechtsanwalt geschrieben und ich möchte ihm die Entscheidung darüber überlassen, ob es günstig und notwendig ist, ein Gutachten der Zentraldirektion einzufordern. Wenn das so wäre, würde ich Ihnen noch Unterlagen zuschicken. In dem Protokoll heißt es, daß ich zwar PG war, aber auch nicht-nationalsozialistische Mitarbeiter herangezogen habe. Das ist insofern ungenau, als sämtliche von mir angestellten Mitarbeiter Nicht-Parteigenossen waren mit Ausnahme von einer Dame, bei der aber ein ganz besonderer Fall vorliegt und die ich dann später, um eine angefangene Arbeit nicht zu unterbrechen, als Mitarbeiterin aufnahm. Ich bin jederzeit nur nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen und habe tatsächlich erst anläßlich der Ausfüllung von Fragebogen erfahren, wer PG war und wer nicht. Zu den sonstigen in dem Protokoll behandelten Fragen möchte ich bei Gelegenheit Stellung nehmen. Nur bei Punkt 8 bemerke ich, daß ein Schreibfehler vorliegt, es soll statt Zittermann"Fickermann" heißen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung uns besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

Prof. Dr. Th.Mayer Pommersfelden, 12.11.1946

24

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. Walter G o e t z

G r ä f e l f i n g

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Für Ihr Schreiben vom 5.d.M., das ich heute erhalten habe, danke ich Ihnen bestens. Heute kam wieder ein Brief von Herrn v.Guttenberg, der nochmals den Erlanger Standpunkt dartut. Danach schließt sich auch der Erlanger Rektor der Meinung v.Guttenbergs ganz an. Daß Herr Süß nicht allein die Sache ausgeheckt hat, ist mir nicht zweifelhaft, aber er hätte gleich Widerstand leisten müssen. Interessiert ist vor allem das Finanzministerium, das auf diese Weise die Monumenta billig schlucken wollte. Dafür ist der gegenwärtige Zeitpunkt günstig, weil ich nicht denazifiziert bin. Es fällt also mein Gehalt weg. Ein Gutachten der Zentraldirektion über meine Haltung für die Spruchkammer scheint mir nicht nötig zu sein, wenn es nicht verlangt wird. Etwas anderes wäre ein Schreiben, indem um die dringende Behandlung meines Falles gebeten wird. Das könnte vielleicht von Nutzen sein.

Die Schwierigkeiten der Mon.Ger. liegen in der Finanzierung. Ein Appell der Akademien ist gewiß höchst wertvoll, aber da die Akademien selber kein Geld haben und geben können, kommt es darauf an, daß sie ihre Regierungen zur Bewilligung veranlassen. Dasgleiche gilt wohl auch von der Zentraldirektion, hier müßte sie eingreifen, erreicht sie feste Zusagen von den einzelnen Länderregierungen, daß sie Geld geben wollen und sich nicht nur mit Zusicherungen des Interesses und des Wohlwollens begnügen, dann ist das Problem gelöst und die Zentral-Direktion hat ihre wichtigste Aufgabe erfüllt. Dann kann sie dem bayerischen Ministerium gegenüber fest auftreten, hat sie aber keinen Rückhalt an irgendwelchen anderen Regierungen, dann ist alles vergeblich und das hiesige Ministerium wird sich wenig an solche Proteste kehren. Ich habe mit Dr. Otto Meyer gesprochen, es soll bis Weihnachten gewartet werden, ob die Finanzfrage gelöst wird, dann muß etwas geschehen, weil die Mitarbeiter nicht länger ohne Gehalt leben können. Mit Erlangen sollen vorher keine Verhandlungen wegen Gehaltszahlungen aufgenommen werden, um nicht ein Präjudiz zu schaffen. Im übrigen möchte ich aber nochmals wiederholen, daß ich der festen Überzeugung bin, daß eine Unterbrechung der Arbeiten des Instituts den sicheren Tod der Monumenta zur Folge haben könnte, aber mann kann das hier notwendige Opfer nicht einfach den Mitarbeitern auflasten. Als unmittelbaren Ausweg könnte man vorschlagen, daß die Universität Erlangen als Zahlstelle beauftragt würde, die Gehälter und sonstigen Auslagen in der bisherigen Weise provisorisch weiterzuzahlen, daß aber eine Angliederung an die Universität vermieden wird. So könnte man die nötige Zeit gewinnen, um mit den anderen Regierungen die Angelegenheit zu bereinigen. Bayern bliebe also bis auf weiteres Treuhänder. Daß könnte es um so leichter übernehmen, da es nicht so sehr darauf ankommt, ob das Institut formell bayerisch ist oder nicht, wenn es nur in Bayern seinen Sitz hat. Aus den Monumenta ein Universitäts-Institut zu machen ist unmöglich, auf einen solchen Gedanken konnte nur jemand kommen, der von der Tätigkeit und den Aufgaben der Monumenta keine Ahnung hat.

Sie fragen mich wegen der Abteilungsleiter. Die Antwort ist nicht ganz leicht und auch nicht eindeutig klar zu geben. Ich kenne nicht die Gründe, weshalb man die eine oder andere Persönlichkeit genannt hat. Die Teilung in eine russische und eine nicht russische Zone mag auch mit gespielt haben. Ich gebe Ihnen unabhängig davon meine Auffassung bekannt, nachdem ich bisher davon abgesehen habe, weil ich glaube, daß diese Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keineswegs vordringlich ist.

Die SS sind seit Bresslaus Tod eigentlich verwaist. Kehr hat nichts für sie getan, sondern sie eingehen lassen, es blieb nur noch Hofmeister, der schwer zu behandeln ist und jetzt wohl alle Verbindungen abbrechen wird. Stach ist sicher ein guter Mittellateiner, aber Literarhistoriker und nicht in erster Linie Philologe und auch kein Historiker, er hat über mittelalterliche Dichtung gearbeitet, aber er kennt die Monumentatradition, die sehr komplizierte Editionstechnik der SS nicht, auch fürchte ich, daß er nicht die Übersicht über die Quellen und die Überlieferung besitzt, um die Tätigkeit planvoll in die Wege leiten zu können. Die Leitung der SS wird schwer sein, da hier ein Wiederaufbau nötig ist. Allerdings habe ich durch einige Arbeitsaufträge damit schon angefangen. Als Leiter hätte ich in erster Linie xx Baethgen genannt, der noch Mitarbeiter von Bresslau war und selbst ediert hat. Das würde auch gut passen, denn die SS hatten immer ihren Sitz in Berlin.

Für die LL ist Beyerle genannt. Da bin ich einverstanden, wenn er selbst will, der richtige Mann wäre freilich K.A.Eckhardt, der wird aber jetzt politisch nicht tragbar sein. Er hätte die nötige Energie und auch die Freude an den Editionen. Heymann und ich wollten die LL Eckhardt übertragen. Ich kann jetzt nicht sagen, ob diese Frage jetzt spruchreif ist. Die Teilung der LL in mehrere Abteilungen und die Übergabe der Spiegel an Planitz, ruft Bedenken hervor. Praktisch handelt es sich um den Schwabenspiegel, denn das Material der Sachsenspiegelglosse, die v.Schwerin bearbeitete, ist teils in München, teils in Wasserndorf ~~ist~~ verbrannt. Ob man es wieder aufbauen kann, kann ich nicht sagen. Es käme unmittelbar nur Frl. Dr. Sinauer in Frage, ich weiß aber nicht, wo sie steckt. Vielleicht ist sei als Jüdin ausgewandert, sie war die Tochter eines Freiburger Rechtsanwaltes. Beim Schwabenspiegel steht die Sache so, daß an der Ausgabe seit mehr als 7o Jahren herumgemacht wird. Die Ausgabe ist eine gemeinsame Angelegenheit der Mon.Germ. und der Wiener Akademie. Rockinger und besonders dann v.Voltelini hatten sie übernommen. Mitarbeiter war Klebel, der im Laufe von 12 Jahren sehr viel gearbeitet hat. Nach dem Tod v.Volt.s hat Planitz, sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl in Wien, wenn auch widerwillig, die Schwabenspiegelausgabe übernommen. Planitz hat aber persönlich nichts gemacht, sondern sich auf das "Leiten" beschränkt, gearbeitet hat auf Grund eines Stipendiums der Forschungsgemeinschaft Frl. Dr. Benna und mit Klebel gab es Krach. Ohne Klebel läßt sich aber die Sache nicht machen, ob freilich Klebel unter Planitz mitarbeiten wird, das muß sich erst zeigen. Bisher ging es nicht ohne Intervention von Herrn v.Srbik und mir, die in mehreren eingehenden Besprechungen und Sitzungen zum Ausdruck kam. Die Arbeit wurde geteilt und Klebel war eigentlich selbständig neben Planitz. Nach meinem Dafür halten wäre es doch besser, eine über Planitz und Klebel stehende Stelle für allfällig notwendigen Ausgleich einzuschalten.

Die Constitutiones von den sonstigen LL zu trennen, war m.E. richtig, sie gehören zusammen mit den Capitularien, die einer Neubearbeitung bedürfen. Die Const. sind seit Jahrzehnten das Sorgenkind der MG; ohne klaren Plan wurden die Stücke abgedruckt, wie sie gerade kamen. In der Einleitung zum I.Band der Const.Karls IV. war sogar offen zugegeben, daß die Ausgabe falsch angelegt sei. Stengel, der diese Dinge kennen müßte, hat sofort bei seinem Abgang erklärt, er wolle mit den Const. nichts mehr zu tun haben. Ich habe damals Baethgen gebeten,

sich der Sache anzunehmen, er sagte auch zu, kam aber im Laufe von mehr als einem Jahr nur zweimal in die Monumenta und sprach mit der Bearbeiterin Frl. Dr. Kühn, die nachher so klug war wie zuvor. Aus diesem Grunde habe ich mich selbst an die Sache gemacht und endlich einen neuen Plan für die Ausgabe fertig gebracht, der mir besser erschien und von manchen Kollegen, mit denen ich noch sprach, sehr begrüßt wurde. Wenn nun Baethgen jetzt doch die Leitung übernehmen will, so finde ich, man hätte doch noch mit mir darüber sprechen sollen. Als Hauptgrund sehe ich wohl, daß Frl. Kühn Bearbeiterin bleiben soll und weil sie in Berlin ist, sollen die Const. auch in Berlin bleiben und deshalb Baethgen die Leitung der Const. übergeben werden.

Von den Dipl. bleibt für mich nicht viel übrig, wenn die Wiener Abteilung ganz selbständig wird. Das ist mir nicht ganz recht. Ich habe den Plan einer vorläufigen Ausgabe der DD ins Leben gerufen, denn sonst bekommen wir die Urkunden nicht vor 5o Jahren (für 135 Urkunden Lothars III. brauchte man rund 23 Jahre, die DD Konrads III. sind noch nicht fertig, die Arbeit geht seit rund 2o Jahren, es handelt sich nach Stumpf um rund 25o Urkunden, von Friedrich gibt es rund 12oo Urkunden, von Heinrich VI. rund 5oo - 6oo). Ich hatte die Aufgaben verteilt, v.Fichtenau sollte die DD K III. bearbeiten, nachdem er lange Jahre Mitarbeiter von H.Hirsch gewesen ist und A.J.Walther die Urkunden Philipps und Ottos IV., nachdem er über die Kanzlei dieser Zeit eine Arbeit veröffentlicht hat. Statt dessen hat man Fichtenau jetzt die Babenberger Urkunden, die v.Mitis bearbeitete, übertragen, die DD K III aber Walther. Das war gegen die Interessen der MG, die nicht Jahre lang Mitarbeiter bezahlen können, um sie, wenn sie gut eingearbeitet sind, zu verlieren. Das wäre nicht vorgekommen, wenn eine zentrale Oberleitung da wäre.

Die Epistolae hat auch Baethgen übernommen. Meines Wissens hat er auf diesem Gebiet nie gearbeitet, der einzige, der darüber geforscht hat, ist Zatschek, den ich für sehr tüchtig halte, der aber nicht denazifiziert ist und jetzt in Wien lebt, vorausgesetzt, daß er nicht eingeht. Von Frl. Dr. Ertl weiß ich nichts, es war von ihr nicht allzuviel zu erhoffen.

Fickermann sollen die Poetae übertragen werden, aber nur die Arbeit, nicht die Leitung, weil er nicht Dr. ist. Tatsächlich haben wir keinen besseren Kenner dieser Materie, keinen besseren Bewahrer der Tradition von Strecker. Wenn man ihm einen promovierten oder auch auf einem Lehrstuhl sitzenden Leiter vorsetzt, wird das nicht ganz einfach werden. Meines Erachtens sollte man die Poetae neben Fickermann mit getrenntem Arbeitsgebiet an Stach übertragen und Stach formell die Mitgliedschaft in der Zentraldirektion einräumen.

Die Necrologia sollten v.Guttenberg übergeben werden, der ein Ausgabe übernommen hat. Schöffel - Würzburg ist leider gefallen. Die Concilia, die neben den Briefen Hinkmars Perels betreute, könnte man dem katholischen Mitglied der Zent.Dir. geben. Ich habe nämlich große Bedenken, daß man einen Katholiken als solchen in die Zentraldirektion nimmt, der nächste Schritt wäre, daß man einen Vertreter einer anderen Konfession oder politischen Richtung hineinwählen müßte. Wenn sich aber die Sache mit den Conc. machen ließe, wäre es gut.

Die Redaktion des DA sollen Holtzmann und Baethgen übernehmen. Und der Vorsitzende der Zent.Dir. soll nicht in der Redaktion sitzen? Das ist doch wohl unmöglich. Ich habe gegen Holtzmann nichts zu sagen, wenn es mich auch befremdet hat, daß er durch Jahre als Mitherausgeber des DA nicht einmal seine Anschrift angegeben hat, so daß man ihm nicht schreiben konnte. Es wird vor allem die Frage zu erörtern sein, ob das DA wieder Begleitzeitschrift der MG-Editionen werden soll oder allgemeine Zeitschrift für mittelalterliche Geschichte. Für Baethgen spricht daß der Verlag Böhlau in der russischen Zone ist. Kann man aber das DA ständig in der russischen Zone lassen? Ich hätte noch mancherlei zu sagen, aber ich weiß die Schwierigkeiten einzuschätzen, die sich aus der Zonenteilung ergeben und aus dem Umstand, daß man vorerst und vielleicht

noch einige Zeit Geld nicht aus einer Zone in die andere überweisen kann. Im übrigen glaube ich, man sollte nicht allzuviele Aufgaben übernehmen, sonst haben wir für keine genug. Gegenwärtig ist es doch so, daß wir wegen Geldmangel nichts anfangen können, darum sollen wir uns auch für nichts festlegen. Dann aber sollen wir abwarten, bis die Denazifizierungen durchgeführt sind, dann wird sich zeigen, wer und was übrig bleibt, welche Menschen uns noch zur Verfügung stehen. Mein Grundsatz war in der vergangenen Zeit, möglichst viel und möglichst viele an der Arbeit zu erhalten, denn die brauchbaren Menschen sind dünn gesät. Jetzt sind es noch weniger, es soll doch Aufgabe der Mon. Ger. sein, diesen Rest zu erhalten.

Zusammenfassend möchte ich sagen, es war fürs erste notwendig, daß sich eine Zentraldirektion gebildet hat, die aus den Vertretern der Akademien besteht und dann die Stimme der deutschen Wissenschaft darstellt. Ob die Zentraldirektion bereits von den Regierungen anerkannt ist, weiß ich nicht. Die nächste und entscheidende Aufgabe ist es, die erforderlichen Geldmittel zu sichern; erst wenn das gelungen ist, kann man weiter gehen, bis dahin ist alles andere ein Luftschloß. Dann wäre ein Arbeitsprogramm aufzustellen, dessen Durchführung mit den vorhandenen Mitteln und Personen möglich ist. Schließlich müßten satzungsmäßig die Rechte und Funktion des Vorsitzenden der Zentraldirektion und der Abteilungsleiter festgelegt werden, denn sonst besteht die Gefahr, daß die Abteilungen selbständige Teile werden, in die sich das ganze Ganze auflöst, eine Entwicklung, die ohnehin durch die Zoneneinteilung begünstigt wird. Dann würden die MG das Gegenteil von dem, was sie sein sollen.

Ich wollte Ihnen meinen Standpunkt mündlich ausführlicher darlegen, aber ich sehe augenblicklich noch nicht die Möglichkeit, wieder nach München zu kommen, bin aber gern bereit, auf Grund der Kenntnisse vom inneren Betrieb der Monumenta, die ich mir im Laufe meiner Tätigkeit als Präsident des Instituts angeeignet habe, noch weitere Erläuterungen zu geben.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung und besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

H. Mayer

26

Prof. Th. Mayer

13a, Pommersfelden, den 24.Nov. 1946

Herrn Geheimrat Prof. Dr. W. G o e t z

G r ä f e l f i n g

Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat !

In der gestern eingelangten Nummer der "Neuen Zeitung" las ich , daß in Berlin eine Zusammenfassung der verwaisten Institute erfolgen soll , wobei unter anderen meist naturwissenschaftlichen Institutan auch das archäolog. Institut genannt ist. Es ist gedacht, daß allenfalls auch Institute nach Berlin zurückgebracht werden sollen, soweit sie verlagert sind. Ich meine nun, daß diese Sache wohl auch für die Mon.Germ. Bedeutung haben könnte. Am 30. Nov. soll eine Besprechung in Stuttgart stattfinden. Es scheint beabsichtigt zu sein, wenigstens für die US Zone eine Einheitlichkeit herbeizuführen . Wäre es nicht notwendig, sich in diese Angelegenheit einzuschalten , je ich möchte fragen, ob Sie sich der Mühe unterziehen könnten, nach Stuttgart zu fahren? Ich wüsste niemand , der das sonst machen könnte . Ich kann mir eine Art der Finanzierung der MG kaum noch vorstellen , denn wenn sie jetzt nicht dabei sind, versinken sie in bajuvarischer Kleinheit und Kleinlichkeit . Übrigens hat sich , wie in der gleiche Zeitung steht eine Leibnitz-Gesellschaft gebildet, die ein Ersatz für die Notgemeinschaft sein soll. Sitz Hannover , In Bayern regt sich nichts !

Ich schicke Ihnen eine Denkschrift mit, damit Sie für alle Fälle Material haben, das Sie übergeben können oder das Ihnen als Grundlage für eine eigene Planung dienen kann .

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

Vielleicht könnte man auch die Angelegenheit der Bibliothek des deutschen historischen Instituts in Rom vorbringen , die Bücher befinden sich gegenwärtig , soweit wir unterrichtet sind, noch in Offenbach in einen Collecting Point .

27

Prof.Dr.Th.Mayer

Pommersfelden, 25.11.1946

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. W. G o e t z

Gräfelfing b.München
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Der Rechtsanwalt Dr. Rohnfelder in Forchheim hat mir einen Brief geschrieben, den ich erst erhalten habe, nachdem mein Schreiben an Sie schon zur Post gegeben war. In diesem Brief hat er mich aufgefordert Sie zu bitten, Sie möchten auch ein Gutachten über mich abgeben. Ich erlaube mir daher, Ihnen die beiliegenden Unterlagen zu übersenden, damit Sie sich selbst ein Bild über meine Tätigkeit machen können. Sie werden entschuldigen, daß ich Ihnen durchwegs Abschriften geschickt habe, aber ich möchte im gegenwärtigen Zeitpunkt die Originale nicht aus der Hand geben. Zu den einzelnen Gruppen Freiburg, Marburg usw. weise ich auf die zusammenfassende Schrift hin, die ich dem Rechtsanwalt zu seiner Information übergeben habe. Ich möchte dazu nur noch folgendes bemerken.

Die Angelegenheit der Bergung der italienischen Archivalien war mit großen Schwierigkeiten verbunden, weil es sich darum handelte, die Ausführung eines unmittelbaren Befehls des Reichsführers SS zu verhindern. Tatsächlich ist dies auch gelungen. Nun wurde mir aber kürzlich von einem Bekannten der Rat gegeben, von dieser Sache überhaupt nicht zu sprechen, weil alles was mit dem SD in Verbindung stand, auf die Spruchkammern wie ein rotes Tuch wirke. Nun habe ich in der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu verbergen und es macht mir nichts, wenn diese Sache noch genau untersucht würde, nur möchte ich vermeiden, daß dadurch ein Zeitverlust eintrete. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, in Ihrem Gutachten die Erwähnung des SD zu vermeiden. Ich werde auch dem Rechtsanwalt in diesem Sinne noch sprechen.

Wenn Sie die Materialien über meinen Abgang aus Freiburg und aus Marburg lesen, werden Sie vielleicht das Gefühl haben, ich hätte überall Krach gehabt. So war es nun allerdings nicht. Wenn ich Schwierigkeiten hatte, die vielfach zu einem Krach gediehen, so waren sie immer wieder darauf zurückzuführen, daß ich mich irgend einem Ansinnen der offiziellen Parteistellen oder Persönlichkeiten widersetzte. In Freiburg war es der Oberbürgermeister, der allerdings auch noch sehr stark von jemand aufgehetzt worden ist, der an meine Stelle treten wollte. In Marburg war es der Dozentenbundführer, der mir die größten Schwierigkeiten machte und mich bei der Partei zuvernadern suchte. In Berlin hatte ich gelegentlich meiner Berufung Schwierigkeiten mit Herrn Harmjanz, der schließlich entlassen wurde. Allerdings kostete das einen schweren Nervenkrieg, der über 1 Jahr dauerte und für mich einen Verlust von einigen Tausend Mark bedeutete. Daß man mir im Ministerium selbst von allen Seiten Glück wünschte, bemerke ich nur nebenbei; mit dem Reichsminister Rust allerdings hatte ich anläßlich seines 60.Geburtstages eine sehr heftige Auseinandersetzung über diesen Gegenstand.

Daß ich im September 1945 verhaftet und nach Hammelburg gebracht wurde, entsprach den Richtlinien der automatischen Verhaftungen, wurde aber unmittelbar veranlaßt durch die Denunzation des Bibliotheksdirektors der Bamberger Staatsbibliothek Dr. Max Müller und hatte zur Folge, daß seither meine Gehaltsbezüge nach 40jähriger Dienstzeit eingestellt worden sind. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie auf Grund dieser Unterlagen ein nicht zu

langes Gutachten möglichst bald an den Rechtsanwalt Dr. Rohnfelder und womöglich im Durchschlag auch an mich schicken würden. Es tut mir leid, daß ich Ihnen mit dieser Sache soviel Arbeit mache, es ist aber vielleicht doch ganz gut, wenn Sie über diese Dinge unterrichtet sind.

Mit dem Ausdruck des herzlichsten Dankes und besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

H. Mayer

Prof.Dr.Th.Mayer Pommersfelden, 4.12.1946 28

Herrn
Geheimrat Prof.Dr. W. G o e t z Gräfelfing b.München
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Ihr Schreiben vom 26.11. habe ich gestern erhalten. Die Ausführungen über die Monumenta sind wohl mittlerweile überholt. Ich nehme an, daß Sie meine Briefe vom 24. und 25.[1] samt den Beilagen erhalten haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir den Empfang dieser Schreiben stätigen würden. Auch würde es mich sehr interessieren, ob Sie irgendwelche nähere Kenntnis über die Verhandlungen, die in Stuttgart wegen der Reichsinstitute stattgehabt haben, besitzen. Laut Rundfunk sollen die Kultusminister der britischen und amerikanischen Zone demnächst zu einer Besprechung dieser Fragen zusammentreten; für Bayern wird Staatsrat Meinzolt dabei sein. Ich glaube es wäre gut, wenn Sie mit Staatsrat Meinzolt vorher sprechen könnten. Über des Höhe des Monumenta-Etats haben wir uns ja bereits unterhalten. Der Etat belief sich alles in allem auf rd. 90.000 - 100.000 RM. Der Etat des Römischen Instituts auf rd. 80.000 - 90.000 RM. Ein Notetat wird wohl auch nicht unter rd. 70.000 RM herabsinken können.

Auf die Anfrage von Herrn Fickermann, ob er noch als Mitarbeiter der Monumenta gelte und wieder eingestellt werden könnte, wäre m.E. eine unbedingt bejahende Antwort zu geben. Fickermann war Mitarbeiter von Strecker für die Poetae (also nicht für die Epistolae)

[1] Ein Eilbrief, ein eingeschriebener Brief.

und ist ein außerordentlich tüchtiger und kenntnisreicher Forscher. In meinem Schreiben vom 12.11., in dem ich auf Ihre Aufforderung hin zu den Beschlüssen vom 30.9. Stellung nahm, habe ich auch über Fickermann geschrieben. Ich möchte nochmals wiederholen, daß wir uns diesen Gelehrten jedenfalls für die Monumenta sichern müssen. Über den Mangel des Doktortitels würde ich bei ihm glatt hinwegsehen. Politisch belastet dürfte er, wie ich glaube, nicht sein, ob er PG war, weiß ich nicht, aber seiner ganzen Einstellung nach scheint mir das unwahrscheinlich zu sein. Man wird seine Anfrage endgiltig beantworten können, wenn die finanzielle Grundlage und überhaupt die Existenz der Monumenta gesichert ist, man sollte ihm aber jetzt schon unter diesem Vorbehalt mitteilen, daß er weiter als Mitarbeiter der Monumenta angesehen werden könne.

In ausgezeichneter Hochachtung u. mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

H. Mayer

29

Prof. Th. Mayer

13a, Pommersfelden, den 7.Dez. 1946

Herrn Geheimrat Prof. Dr. W. G o e t z

G r ä f e l f i n g

Hochverehrter Herr Geheimrat !

Ich habe jetzt die Mitteilung von Herrn v. Guttenberg erhalten, wonach das Ministerium auf den Einspruch wegen der Angliederung der MG an die Universität Erlangen in gar keiner Weise eingegangen ist . Das ist nun misslich , aber vielleicht nicht von al zugeroßer Bedeutun weil ja doch wohl auch die MG in den Kreis der Institute einbezogen werden dürften, die in irgendeiner Form von den Ministerien der briti amerikanischen Zone betreut werden sollen . Ich habe Ihnen deshalb am 24. Nov. und 4. Dez. geschrieben, hoffentlich haben Sie meinen Brief erhalten . Außerdem habe ich Sie gebeten, an die Spruckammer in Herzogenaurach eine Eingabe zu richten, in der um die Beschleunigung der Verhandlung gegen mich ersucht wird. Die Eingabe sollte an die Spruchkammer adressiert , aber an Dr.L. Rohnfelder in Forchheim , Luitpoldstr.4 ~~geschickt~~ geschickt werdem , er wollte sie dann der Spruchkammer übergeben. Weiter bat Dr. Rohnfelder auch um ein Gutachten der Zentraldirektion über mich. Ich habe Ihnen daraufhin am 25. Nov. das entsprechende Material geschickt . Die Sendungen gingen teils (die vom 24. Nov.) als Eilbrief , teils eingeschrieben an Sie ab. Ich weiß nicht , ob sie angekommen sind, denn es gab damals einmal ein Störung im Postverkehr von Pommersfelden , ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir den Empfang bestätigen wollten . Dr. Rohnfelder hat offenbar mit der Spruchkammer vereinbart, daß ein sches Schreiben der Zentraldirektion vorgelegt werden sollte , ich bitte Sie also diesen beiden Schreiben, sie brauchen ja nicht lange zu sein , an Dr. Rohnfelder zu schicken . Auch wäre ich sehr froh, wenn ich über die Verhandlungen in Stuttgart und über dienPläne der Ministerien irgendwie unterrichtet würde .

In ausgezeichneter Hochachtung und mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

GEHEIM!

30

Prof.Dr.Th.Mayer

Pommersfelden, 11.12.1946

Herrn
Geheimrat Prof.Dr. W. G o e t z
Gräfelfing
Irmenfriedstr.31

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Ihre Karte vom 9.d.M. habe ich erhalten und mit Befriedigung daraus ersehen, daß meine Briefe vom 24. und 25.11. richtig in Ihre Hand gelangt sind. Wie ich schon einmal schrieb, hatte ich Sorge, daß sie verloren gegangen sein könnten, weil einmal in der hiesigen Post eine größere Störung eingetreten war. Es tut mir sehr leid, daß Sie durch die Monumenta soviel Sorgen und Arbeit haben, aber diese Dinge sind durch die Verhältnisse bedingt, da jetzt gerade ein kritischer Zeitpunkt ist. Ich bin neugierig, was bei der Besprechung der Kultusminister herauskommt. Mein Vertrauen in die Bayer.Unterrichtsverwaltung ist nicht groß. Ich war erstaunt über Ihre Bemerkung, wonach die Erlanger-Frage völlig abgetan sei, nachdem gerade jetzt wieder das Ministerium im gegenteiligen Sinn entschieden hatte. Ich glaube allerdings nicht, daß es bei dieser Verfügung bleiben wird.

Ich darf wohl annehmen, daß Sie die Eingabe, die von der Spruchkammer in Herzogenaurach erbeten worden ist, bereits an Dr. Rohnfelder abgeschickt haben. Ich hätte Ihnen ja gern die Arbeit abgenommen und gleich einen Entwurf mitgeschickt, aber unaufgefordert wäre es für mich doch etwas peinlich gewesen.

Wegen Fickermann möchte ich mich nohmals auf meinen Brief vom 12.11. berufen und meine damalige Auffassung wiederholen, daß man Fickermann selbständig arbeiten lassen soll; wir haben nun einmal keinen besseren als ihn, vor allem anderen niemand, der die Monumenta-Tradition und die Arbeiten von Strecker so kennt wie er. Daß er nicht Doktor ist, würde mich gar nicht stören, da er auf Grund seiner Arbeiten zweifellos die Qualifikation für eine Dozentur hätte. Ich habe damals geschrieben, daß Stach auch für die Poetae hinzugezogen werden sollte, da er über mittelalterliche Dichter gearbeitet hat. Vielleicht könnte man ihm auch formell die Leitung der Poetae übertragen, aber ich möchte nochmals betonen, daß Stach niemals für die Monumenta gearbeitet hat; er wird sich sicherlich in die Poetae-Arbeit hineinfinden, was ich wegen der Scriptores sehr stark bezweifle. Einen besonderen neuen Arbeitsauftrag braucht man Fickermann nicht zu stellen, er soll dort anfagen, wo er selbst aufgehört hat und wo Stecker die Feder aus der Hand legen mußte. Er muß sich bekümmern, was an Nachlaß vorhanden ist, wie es mit dem Druck steht, denn soviel mir bekannt ist, ist der Satz des letzten Poetaebandes stehen geblieben, sodaß hier die Arbeiten glatt wieder aufgenommen werden können. Ihm einen speziellen Arbeitsauftrag zu geben, halte ich nicht für ratsam, weil niemand da ist, der die Arbeit genauer kennt als er selbst, vielleicht würde sich sogar empfehlen, von ihm einen Vorschlag über die Weiterführung der Poetaeabteilung einzuholen. Ob er seine Arbeiten in seinem jetzigen Wohnort weiterführen kann, weiß ich nicht, ich möchte es aber bezweifeln. Ich denke, Fickermann wird wohl auch früher oder später nach Pommersfelden kommen. Die Schwierigkeit wird nur darin bestehen, für ihn und seine Familie eine Wohnung zu beschaffen. Ich glaube aber, daß er hier besser arbeiten könnte als sonst irgendwo. Auch darüber sollte er seine eigenen

Wünsche bekannt geben.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung und besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

P.S. Mit einer festen Zusage oder Anstellung Fickermanns sollte man aber m.E. noch warten, bis die finanzielle Basis für die Monumenta gefunden ist, denn ich bin nicht sicher, ob man gegenwärtig ohne weiteres den Personalstand vergrößern kann; wir müssen vorerst froh sein, wenn wir die schon bestehenden Auslagen zu decken imstande sind.

Prof. Th. Mayer 13a, Pommersfelden, den 13. Febr.47

Herrn Geheimrat Prof. Dr. W. G o e t z

~~13b,~~ Gräfelfing bei München.
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat !

Der Inhalt Ihres Schreibens vom 7., das gestern hier ankam, hat mich tief erschüttert . Dr. Hagmann (Sie schrieben wohl irrtümlich Dr. Handelsmann) war Mitglied des dt.hist. Instituts in Rom , er war während des Krieges lange Zeit als Dolmetsch eingezogen und wollte nach dem Zusammenbruch nicht nach Deutschland zurückkehren, er fand bei einem befreundeten Archivar in Verona, einem Geistlichen Unterschlupf und blieb dort bis jetzt . Er hat auch mir in der letzten Zeit , also vor ungefähr einer Woche ist der Brief gekommen, geschrieben , aber nichts davon erwähnt, daß er es war, der die Auslieferung der Bibliothek nach Rom veranlasst hat . Der Zweck ist klar, Hagemann möchte in Rom bleiben, wo es sich sicher angenehmer leben wird als im Reich .Gar wenn es gelingt, eine international bezahlte Stelle zu erlangen, so wäre dies schon das Opfer einer deutschen Bibliothek wert und man kommt sich auch noch als Kulturgesandter des deutschen Reiches undder der deutschen Wissenschaft vor .Schließlich ist das bei Bruhns auch nichts anderes . Leider denken aber noch manche andere , die vorher in Rom waren , ebenso, sie sind eben dem deutschen Leben und der deutschen Wissenschaft entfremdet und sehnen sich nach den schönen Pfründen in Rom . Was der Verlust der Bibliothek jetzt, nach dem Millionen von Büchern zugrunde gegangen sind, bedeutet , das bedenken sie nicht. Daß man in Deutschland über italienische Geschichte eigentlich überhaupt nicht mehr arbeiten kann , daß die deutsche Wissenschaft mehr denn je isoliert wird , daß man mit dem Transport , wenn schon, warten sollte, bis wir ein eiggnes Institut halten können, das spielt für die Herren kaum eine Rolle . Ich kann daher Hagemann den guten Glauben nicht zu billigen, er wusste, wie man bei uns denkt , aber er hat seinen Vorteil allein berücksichtigt. Er wird aber gewiß Leute finden, die ihn verteidigen, weil sie selbst hoffen, auf diese Weise ebenfalls nach Rom zu kommen . Ich möchte nicht Namen nennen .

Meine Denazifizierung zieht sich hinaus, da die Spruckammer , wie mir der Rechtsanwalt mitteilte, beim Sonderministerium angefragt hat,ob mein Fall nicht als Großfall zu behandeln ist . Die Anwort ist meines Wissens noch nicht eingetroffen . Daß es von Wert ist , daß eine Zentraldirektion vorhanden ist, ist gewiß, aber ich habe doch Sorge, daß bei dem jetzigen Zustand die MG eingehen, denn nur als Bibliothek für die Ferien ist das Institut zu gut und zu teuer, auch wenn man rechnet , daß damit manchem die Gelegenheit gegeben ist, sich hier mit Lebensmitteln einzudecken . Erlangen kommt jetzt weniger denn je in Frage, denn was bleibt von der Universität jetzt noch übrig ? Die Universitäten werden jetzt der Reihe nach ausgeschaltet und die Professoren und Rektoren

schauen zu; es gab schon Rektorenkonferenzen , ich habe nirgends gelesen, daß sie sich mit derser Zerstörung der Universitäten befasst hätten ,dagegen haben sie sich mit anderen Fragen breit gemacht . Mich erinnert das etwas an die Entlassung der 12 Generale im Februar 1938 , wo auch die übrigen zugeschaut und voraussichtlich an die bessere Vorrückungsmöglichkeit gedacht haben, , statt daß sie ihren Degen zur Verfügung gestellt hätten. Die deutsche Generalität hat damals ein großes Maß von Verantwortung auf sich geladen , möge es nicht dazu kommen,daß man auch den Professoren diesen Vorwurf einmal machen muss.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihren Brief , so unerfreulich sein Inhalt auch war und bleibe mit herzlichen Grüßen und Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

H. Mayer

Prof. Th. Mayer

13a, Pommersfelden, den 18.März 1947

Herrn Geheimrat Prof. Dr. Walter G o e t z

13b Gräfelfing bei München
Irmenfriedstr. 31

Hochverehrter Herr Geheimrat !

Ihre ferundliche Karte vom 14.d.M. habe ich erhalten, Sie hat sich mit meiner Karte gekreuzt . Nun ist meine Karte gegenstandslos geworden. Ivh erwartete hier Ihren Besuch für den 26. März , Quartier ist für Sie und Ihren Sohn und Schwiegertochter bestellt . Ich bitte Sie , gleich ins Schloß zu fahren und nach uns zu fragen. Meine Frau und ich wollen zu Ostern wieder versuchen , mit unseren Töchtern zusammen zu treffen, das war der Grund, weshalb ich nach München kommen wollte. Wir verschieben nunmehr unsere Abreise um einen oder ein paar Tage, wie es notwendig ist, nur möchte ich Sie bitten, daß Sie, wenn es sich machen lässt, Ihre Reise nicht auf später verschieben, weil wir auch Quartier usw bestellen müssen .

Den Brief an Dr. Otto Meyer habe ich gesehen, ich habe aber eigentlich nicht verstanden , worum es sich handelte, da meines Wissens Otto Meyer in gar keiner Weise illoyal gehandelt hat oder eigenmächtig gewesen ist . Von den Zuschriften , die Sie erhalten haben, wissen wir hier alle zusammen nichts . Es ist wirklich sehr gut, daß wir hier Gelegenheit haben werden, alle Fragen in Ruhe zu besprechen , in München fehlte doch immer wieder die Zeit zu einer gründlichen Aussprache .

In ausgezeichneter Hochachtung und mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Th. Mayer

23
x
xxxxxxx
Maria Josepha-Str. 11

13.1o.1947 33

Herrn
Prof. Dr. Theodor Mayer
Schloß Pommersfelden

Verehrter Herr Kollege!

Es ist mir sehr begreiflich, daß Sie sich durch den Gang der Dinge schwer betroffen fühlen, aber ich kann Ihnen doch nicht verhehlen, daß Sie sich mehrfach in Irrtümern bewegen, die Ihnen die wirkliche Sachlage verschleiern. Sie sehen, nachdem die Spruchkammer Sie als Mitläufer erklärt hat, Intrigen vor sich, die Ihnen den Weg zur vollen Wiedereinsetzung in das frühere Amt versperren. Wenn Sie mich näher kennen würden, so müßte Ihnen der Gedanke, daß ich an einer solchen Intrige teilgenommen hätte oder daß ich ihr Opfer geworden sei, fern liegen - es kann davon nicht die Rede sein. In meinen zahlreichen Verhandlungen im hiesigen Unterrichtsministerium und im Ministerpräsidium ist niemals von Ihnen gesagt worden, daß Sie ein "wilder Nazi" seien, ist Ihre politische Meinung kaum je in den Vordergrund gestellt worden - es war immer nur die Rede von der Haltung der Amerikaner. Sie haben vielleicht übersehen, daß in den soeben herausgekommenen milderen Bestimmungen der Militärbehörde ausdrücklich gesagt wird, daß "Mitläufer" in leitende Stellungen oder Lehrstellungen nicht kommen dürfen. Wie konnten wir uns gegenüber dieser im Ministerium bekannten und überall in der Praxis geübten Anschauung der Amerikaner anders einstellen als wir getan haben? Alle unsere Beschlüsse sind in der Zentraldirektion einstimmig gefaßt worden. Wir haben uns vor einem Jahre bereit erklärt, Sie wieder einzusetzen, falls es möglich sei - ob es möglich sein werde, war uns damals schon zweifelhaft. Die Stellung von Unterrichtsministerium und Ministerpräsidium ist erst seit letzten Ostern zur Klärung gekommen, als man die eindeutige Stellungnahme der Amerikaner erfuhr. Weder Prof. Rheinfelder noch Prof. Glum - die Vertreter der beiden Ministerien - haben je eine Animosität gegen Sie gezeigt, aber mir bei den Besprechungen immer wieder gesagt, daß gegenüber den Anschauungen der Amerikaner Ihre Wiedereinsetzung nicht möglich sein werde. Ich deutete Ihnen diese Sachlage an, als ich anfragte, ob Sie im Notfall als Abteilungsleiter bleiben würden, aber das lehnten Sie sehr bestimmt ab. Was für eine Intrige sollte bei den beiden Herren, die beide erst um Ostern herum in ihre Tätigkeit eintraten, gespielt haben?

Ich darf vermuten, daß Sie die Berliner Herren und vor allem Baethgen dabei im Verdacht haben. Aber auch hier liegt ein Irrtum vor. Sie glauben, daß Baethgen im eigenen Interesse im Herbst 1946 nach München gekommen sei. Aber der Sachverhalt ist folgender: als man in Berlin von der duch Otto Meyer zuerst angeregten Verlegung der MG. nach München hörte, bekam ich Proteste aller Berliner Universitätshistoriker einschließlich Brackmanns. Baethgen wurde der Wortführer - alles drehte sich nur um die Frage Berlin oder München. Als die Zentraldirektion zum ersten Mal wieder zusammentrat, wurde Baethgen von

der Berliner Akademie abgeordnet - er kam als Gegner der Verlegung nach München. Das also war der Zweck dieser Reise: an der Sitzung der Zentraldirektion teilzunehmen und die Berliner Anschauungen zu vertreten. Das Ergebnis der damaligen Verhandlungen war: noch eine Weile abzuwarten, ob Berlin in Frage komme oder nicht. Anfang 1947 teilte mir Baethgen mit, man habe sich nun doch in Berlin - abgesehen von dem Akademiepräsidenten Stroux - überzeugt, daß Berlin unmöglich sei, solange die Russen dort herrschten. Die erste Erwähnung einer Kandidatur Baethgens, falls Sie nicht in Frage kommen sollten, ist im Ministerium erst um Ostern 1947 gefallen, nachdem Heimpel und Holtzmann besprochen worden waren. Baethgen selber hat keinerlei Schritte zu seinen Gunsten getan - daß er als langjähriger Mitarbeiter der MG. in Frage kommen mußte, war ja selbstverständlich. Immerhin fiel die Entscheidung für ihn erst, als man im Ministerium wußte, daß die Zustimmung der Amerikaner für Sie nicht zu haben sei.

Die Sitzung der Zentraldirektion war etwa 3 Monate vorher angekündigt, einen Monat vorher bestimmt festgesetzt worden. Nach Ihren Mitteilungen war die Entscheidung der Spruchkammer für die zweite Hälfte des August zu erwarten - ich hatte also die Sitzung auf einen Zeitpunkt gelegt, bei dem diese Entscheidung nach Ihrer eigenen Angabe vorliegen mußte. Von einer erneuten Verschiebung habe ich erst erfahren, als die Sitzung nicht mehr abzusagen war. Eine Absicht, dem Spruchkammerentscheid vorzugreifen, kam also in keiner Weise in Frage. Aber wir wußten, daß der Entscheid, der ja im günstigsten Falle auf Mitläuferschaft lauten konnte, für die Präsidentschaft gleichgiltig geworden war, seit die Haltung der amerikanischen Militärbehörde uns bekannt war. Da wir das Schicksal der MG. nicht bis zu einer neuen Tagung in Frage stellen konnten, war die Beseitigung des Provisoriums, besonders unter der Leitung Otto Meyers, unbedingt notwendig; wir waren auch hier vollständig einig, als der Punkt Präsidentenwahl zur Beratung kam.

Sie nehmen daran Anstoß, daß Hartung an der Sitzung teilnahm. Da Baethgen mit den Berliner Kollegen zu der Überzeugung gekommen war, daß Berlin bis auf Weiteres für die Rückverlegung nicht in Frage komme, hatte Stroux uns ersucht, Hartung (der zur gleichzeitigen Sitzung der Historischen Kommission nach München gekommen war) als seinen Sonderbeauftragten anzuhören, obwohl auch Hartung die Rückverlegung nach Berlin nicht mehr vertreten konnte. Es erfolgte deshalb bei Beginn der Tagung der Zentraldirektion ein Beschluß, Hartung teilnehmen zu lassen, um volle Unparteilichkeit walten zu lassen. Sie werden nicht bestreiten können, daß das Recht der Zentraldirektion zu solchem Beschluß unbestreitbar ist.

Aber Sie sind noch weitergegangen und äußern Zweifel an der Rechtmäßigkeit der neuen Zentraldirektion. Durch einen Gewaltstreich war die ganze Verfassung der MG. von der nationalsozialistischen Regierung umgestürzt worden. Diese Umstürzung anzuerkennen war sicherlich ein sehr gewagter Standpunkt; jedenfalls haben die sämtlichen deutschen Historiker, soweit sie nicht der Partei angehörten (und das war doch immerhin die Mehrzahl!) diese gewaltsame Abänderung als ein schweres Unrecht angesehen. Wollten Sie sich gegen diese Anschauung wehren, so hätten Sie meiner Meinung nach sofort nach dem Umsturz

1945 die alte Verfassung wiederherstellen müssen. Diese Wiederherstellung geschah von München aus: die Münchener Akademie stellte im Einvernehmen mit dem hiesigen Unterrichtsministerium bei den deutschen Akademien den Antrag auf Wiederherstellung und im Falle der Zustimmung den Antrag auf Ernennung je eines Delegierten. Diese traten vollkommen ordnungsmäßig im Herbst 1946 zu ihrer Konstituierung als ZD. zusammen. Dann hat noch im Winter 1946/47 der Kontrollrat die Treuhänderschaft über alle Reichsorganisationen übernommen und das bairische Unterrichtsministerium als Untertreuhänder eingesetzt. Es ist mir unklar, wie Sie gegen diese Wiedererrichtung der ZD. irgendwelche Einwände erheben wollen - Sie müßten denn vom Standpunkt der ehemaligen nationalsozialistischen Regierung aus protestieren wollen, daß eine von ihr zu Unrecht abgeschaffte Behörde wieder eingesetzt worden sei, obwohl dies nicht nur zu der selbstverständlichen Beseitigung aller Spuren des Nationalsozialismus notwendig war, sondern zugleich die MG. von dem Vorwurf einer noch von nat.soz. Einfluß beherrschten Organisation rettete.

Sie nehmen Anstoß daran, daß ein Nichthistoriker an den Sitzungen der ZD. teilnahm. Ein Blick in die Statuten der MG. wird Sie überzeugen, daß die Akademien in der Wahl ihrer Vertreter völlig freie Hand haben. Herr Rehm wurde Vertreter von Leipzig, weil man dort keinen Historiker mehr zur Verfügung hatte und weil der Präsident Pring nicht kommen konnte. In diesem Jahre wurde ich von Leipzig aus delegiert, Rehm von München aus. Herr Grabmann ist in der Sitzung des vorigen Jahres einstimmig und statutengemäß kooptiert worden, da man sein Wissen in allen Fragen der Scholastik als sehr erwünscht für die künftige Arbeit der MG. ansah. Ich wüßte nicht, wie man das Recht der ZD. zu allen diesen Maßnahmen bestreiten könnte.

Sie haben einen Dank für Ihre Tätigkeit erwartet. Das wird die Aufgabe des neuen Präsidenten sein, der bisher noch in Berlin seine Verhältnisse ordnet und erst in der nächsten Zeit hier eintreffen wird - ich hatte kein Recht mehr, ihm darin vorzugreifen, seit ich ihm das Amt des Präsidenten übergeben hatte.

Sie setzen sich zugleich für Otto Meyer ein. Ich kann Ihnen darin nicht folgen, denn wenn ich auch anerkenne, was er für die MG. in Pommersfelden in äußerlicher Hinsicht getan hat, so hat er als stellvertretender Leiter doch sehr versagt. Und es war vor allem ein auch von Ihnen getadelter Vorgang, daß er sich seiner Tätigkeit bei den MG durch die Annahme von Lehraufträgen in Bamberg und Würzburg entzog, ohne sich um die Zustimmung der Zentraldirektion zu bewerben. Als ich auf Umwegen davon erfuhr, durfte ich ihn zweimal mahnen, ohne eine Antwort zu erhalten, und erst als ich kurz vor der Tagung der ZD. sehr energisch mahnte, kam das Gesuch um Genehmigung seines eigenmächtig Schrittes. Und so war seine gesamte Tätigkeit - den Voranschlag der für 1947/48 bekam ich von Herrn v. Guttenberg überschickt, nicht aber von Dr. Meyer und als ich ihn im August auf seine Verpflichtungen aufmerksam machte, kam die Antwort: da ich ihm nichts mitgeteilt hätte, brauche er mir auch nichts mitzuteilen. Er fügte hinzu, daß ich ihm meine Wahl zum Präsidenten erst 5 Wochen später mitgeteilt hätte. Herr Meyer ahnte offenbar nicht, daß meine Wahl erst der Bestätigung durch das Unterrichtsministerium bedurfte, ehe sie zu Recht bestand. Auf einer solchen Basis ließ sich mit Herrn Meyer nicht verhandeln. Dabei wußte er, daß ich Ihnen dauernd berichtete und wohl annehmen durfte, daß Sie ihm alles Nötige mitteilen würden. Was sollte ich Herrn Meyer

der

der eben erst aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, über Dinge befragen, die nur Sie mir beantworten konnten? Sie deuteten mir im Sommer an, daß Meyer wohl schwerlich noch lange bei den MG. bleiben werde. Nachdem er sich nach Würzburg umhabilitiert und Lehraufträge in Würzburg und Bamberg übernommen hat, sehe ich und ebenso die Zentraldirektion in der Tat keine Möglichkeit ihn als festangestellten Mitarbeiter zu behalten. Erst auf meine Veranlassung hin hat er Vorschläge für die neue Festsetzung seiner Bezüge gemacht; als er sein Frühjahr den MG. die Hälfte seiner Arbeitszeit entzog, ist ihm offenbar auch der Gedanke nicht gekommen, daß eine Neuregelung nötig sei. Sie werden mir auf Grund dieser Erfahrungen wohl zubilligen, daß ich in Dr. Meyer keinen geeigneten Stellvertreter für die Leitung der MG. sehen konnte.

Ich bleibe Ihnen gegenüber auf dem Standpunkt völliger freundschaftlicher Offenheit. Ich kann es nicht verhindern, daß Sie unter der gefallenen Entscheidung leiden, aber ich habe, seit ich von der Unmöglichkeit Ihrer Wiederwahl wußte, mit dem Ministerium um die Gewährung eines Ruhegehalts verhandelt und die Zusicherung einer Gewährung erhalten. Ich hoffe, Ihnen darüber in allernächster Zeit Bestimmtes mitteilen zu können; ich darf annehmen, daß Sie damit doch von der Sorge um Ihre Zukunft befreit werden.

Ich möchte hoffen, daß Sie auf Grund meines Briefes die Sachlage doch gerechter anschauen und Vermutungen fallen lassen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Ich wünsche, daß die unvermeidliche Entscheidung von Ihnen nicht als ein absichtlicher Schlag der Zentraldirektion gegen Sie angesehen wird.

Mit bestem Gruß

Ihr

S.

35

Satzung vom 9. I. 1875.

Statut für die Fortführung der Monumenta Germaniae historica.

§. 1. Für die Fortführung der Arbeiten der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde wird eine neue Zentraldirektion gebildet, in welche die Mitglieder der bisherigen Zentraldirektion eintreten, und welche in Verbindung mit der Königlich preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin steht.

§. 2. Die Zentraldirektion besteht aus mindestens neun Mitgliedern, von denen die Akademieen der Wissenschaften zu Berlin, zu Wien und zu München je zwei ernennen, ohne dabei an den Kreis ihrer Mitglieder gebunden zu sein. Die übrigen Mitglieder, falls Vacanzen eintreten oder die Zahl von neun Mitgliedern überschritten wird, werden von der Zentraldirektion gewählt.

§. 3. Einem Mitgliede der Zentraldirektion wird von derselben der Vorsitz und die allgemeine Geschäftsleitung übertragen. Der Vorsitzende muß seinen Wohnsitz in Berlin haben oder nehmen, und verliert seine Stellung als solcher, wenn er diesen Wohnsitz aufgiebt.

§. 4. Den Arbeitsplan der Gesellschaft stellt die Zentraldirektion fest und überträgt nach Gutfinden einzelne Abteilungen zu besonderer Leitung an geeignete Gelehrte.

§. 5. Die Gelehrten, welche die Leitung einzelner Abteilungen übernehmen, sind, falls sie nicht bereits der Zentraldirektion angehören, für die Zeit dieses ihres Auftrages Mitglieder derselben.

§. 6. Die Zentraldirektion faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Mehrheit der Anwesenden, deren mindestens drei sein müssen. Ist bei Wahlen im ersten Wahlgang nur relative Mehrheit erreicht, so wird die Abstimmung wiederholt; erzielt auch die zweite keine absolute Mehrheit, so entscheidet die relative. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Dieselbe hält jährlich um die Osterzeit eine Zusammenkunft in Berlin, zu der der Vorsitzende einige Wochen vorher sämtliche Mitglieder schriftlich einzuladen hat.

§. 7. In der jährlichen Zusammenkunft der Zentraldirekton wird alles für die wissenschaftliche Leitung der Arbeiten Wesentliche bestimmt, über die Folge der Publicationen, die Verlagscontrakte, etwaigen Neudruck einzelner Bände der Monumenta, die erforderlichen Reisen Beschluß gefaßt, von dem Vorsitzenden und den Leitern der einzelnen Abteilungen Rechnungen abgelegt, und der Etat des folgenden Jahres festgestellt.

§. 8. Nach Schluß der jährlichen Zusammenkunft der Zentraldirektion erstattet der Vorsitzende über die gefaßten Beschlüsse, die Rechnungsab

ge und den neuen Etat einen Bericht, welcher durch die Akademie zu Berlin dem Reichskanzler-Amte mit dem Ersuchen um Mitteilung auch an die österreichische Regierung überreicht wird.

§.9. Die in Berlin ansäßigen Mitglieder der Zentraldirektion bilden den permanenten Ausschuß derselben, versammeln sich auf Einladung des Vorsitzenden unter Vorsitz desselben und erledigen die Geschäfte, welche nicht bis zur nächsten Zusammenkunft der Zentraldirektion zu vertagen sind. Die nicht in Berlin ansäßigen Leiter einzelner Abteilungen können zu den Sitzungen des Ausschußes eingeladen werden. Die Beschlußnahmen des permanenten Ausschußes (~~§x6x~~) unterliegen denselben Normen wie die der Zentraldirektion (§.6). Von den gefaßten Beschlüssen erhalten sämtliche Mitglieder der Zentraldirektion Mitteilung.

Wahlen, Zuweisung der Abteilungen, sowie die Feststellung des Etats bleiben einer Plenarversammlung der Zentraldirektion (§§. 7 u.1o) vorbehalten.

§. 1o. Der permanente Ausschuß beruft in dringenden Fällen eine außerordentliche Zusammenkunft der Zentraldirektion.

§. 11. Die auswärtigen Mitglieder der Zentraldirektion erhalten, wenn sie zu einer Plenarversammlung nach Berlin berufen werden, für die Dauer ihres Aufenthalts in Berlin an Tagegeldern für den Tag 2o RM und außerdem Entschädigung für die Reisekosten. Dieselbe Vergütung erhalten die nicht in Berlin ansäßigen Leiter einzelner Abteilungen, wenn sie auf Einladung (§. 9) zu einer Ausschußversammlung sich begeben.

§. 12. Die Leiter der einzelnen Abteilungen wählen ihre Mit- und Hilfsarbeiter. Die Bedingungen ihrer Beteiligung werden, wenn es sich nicht um vorübergehende Arbeiten handelt, nach allgemeinen, von der Zentraldirektion festzustellenden Normen schriftlich vereinbart und der Zentraldirektion mitgeteilt.

§. 13. Für die wissenschaftlichen Arbeiten, sowohl die der Direktoren als die der Mit- und Hilfsarbeiter werden teils Honorare, teils Jahrgehalte (fixierte Remunerationen), teils Beides neben einander gewährt. Die näheren Bestimmungen darüber werden von der Zentraldirektion festgestellt.

§. 14. Die Zahlungen geschehen auf Anweisung des Vorsitzenden der Zentraldirektion.

§. 15. Für die Benutzung der vorhandenen Sammlungen und Vorarbeiten ist die Genehmigung des Vorsitzenden der Zentraldirektion und des Leiters der betreffenden Abteilung, für eine Publikation aus denselben die der Zentraldirektion erforderlich.

Pommersfelden, 22.Dez. 1945

Herrn

Es erscheint an der Zeit, bei der Jahreswende Mitarbeitern und Freunden des Reichsinstituts (Monumenta Germaniae historica) über dessen Schicksal seit Ende der Feindseligkeiten Mitteilung zu machen.

An seinem Pommersfelder Sitz hat das Institut keinerlei Einbußen erlitten und konnte mit dem dortigen kleinen Mitarbeiterstab (den Herren Dr.Henning und Otto Meyer - dieser seit Juni aus Kriegsgefangenschaft zurück -, den Damen Dr.Neumann, Ott und Peeck) seine Arbeiten, gestützt auf seine eigene Bibliothek, dank der großzügigen Gastfreundschaft der Schloßherrschaft ohne einen Tag Unterbrechung fortsetzen. Die Ausgaben der Vita Brunonis des Ruotger (Ott) und des Vinzenz von Prag (Peeck) konnten weit gefördert, der Apparat für die Edition der Diplomata Heinrich VI. (Henning), soweit dies mit den vorhandenen Fotographien und der gedruckten Literatur möglich ist, ausgebaut und erste einschlägige Diktat- und Kanzlei-Untersuchungen durchgeführt werden, Studien zur Entstehung des Hirsauer Formulars (Prof. Meyer), die zu grundlegend von der herrschenden Meinung abweichenden Ergebnissen führten, zu dem Reichshauptstadt-Translationen im frühen Mittelalter (Otto Meyer) sowie über die Herausbildung des Regien-Begriffes im 12.Jh. (Ott) stehen vor dem Abschluß, während der ständige Gast des Instituts (seit Januar d.J.) Dr. Haas seine großangelegte Darstellung der Kreuzzüge fortgesetzt hat.

Nach Aufhören einer Reichsverwaltung zunächst ohne vorgesetzte Behörde, namentlich überhaupt Mittel hat die Pommersfelder Dienststelle des Reichsinstituts zunächst beim zuständigen Landrat von Höchstadt erste Unterstützung gefunden. Im August hat namens der bayrischen Staatsregierung der zuständige Regierungspräsident für Ober- und Mittelfranken in Ansbach auf ihre Bitte über sie die vorläufige Treuhänderschaft übernommen und für ihre Bedürfnisse eine Nothaushalt gewährt.

Am 7.9.1945 wurde der Präsident des Instituts, Professor Theodor Mayer, der diese Verhandlungen mit den bayrischen Regierungsstellen noch selbst einleiten konnte, von der amerikanischen Militärregierung verhaftet "im Zuge einer Untersuchung der Beziehungen sämtlicher höherer Reichsbeamter zu ihren vorgesetzten Ministerien im dritten Reich", wie dann bemerkt wurde. Er befindet sich z.Zt. noch im Lager Hammelburg. Der Herr Regierungspräsident in Ansbach hat daraufhin den Unterzeichneten für die Dauer der Abwesenheit des Herrn Präsidenten mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Pommersfelder Dienststelle beauftragt.

Die Verbindung mit der Berliner Reststelle des Reichsinstituts wurde Ende November durch eine Reise des Unterzeichneten dorthin wieder hergestellt. Es ergab sich, daß diese von der Preußischen Akademie der Wissenschaften auf Grund besonderer Vollmachten des z.Zt. dafür zuständigen Magistrats der Stadt Berlin treuhänderisch übernommen und ihrer Historischen Kommission unterstellt worden ist, für die Herr Prof. Baethgen die Geschäfte der Reststelle führt.

Traum Regensburgs im 11.Jh., verbunden mit solchen über die Reliquien-

Auf Grund der in Berlin gepflogenen Verhandlungen hat die Preussische Akademie der Wissenschaften die Federführende im Kartell der deutschen Akademien die Bayrische Akademie der Wissenschaften gebeten, namens des Kartells das Institut in dem Bemühen um Sicherung seiner organisatorischen Unabhängigkeit und seiner gemeindeutschen Aufgabe bei den bayrischen Regierungsstellen zu unterstützen.

Über die in Kloster Michaelstein und in einer Saline in Neu-Staßfurt geborgenen handschriftlichen Materialien des Institutes kann auf Grund bisheriger Ermittlungen mitgeteilt werden, daß jene unversehrt sind, während diese durch Brandstiftung zum größten Teil vernichtet sein sollen; Sicherheit darüber kann erst nach Vorliegen der Genehmigung der Sowjet-Militär-Administratur durch persönliche Inaugenscheinnahme erreicht werden, worum sich die Berliner Restelle ebenso bemüht wie um die Sicherstellung der in den Kellern des ehemaligen Wirtschaftsministeriums und der Universität in Berlin geborgenen, teilweise noch verschütteten kleineren Akten- und Materialbestände.

Noch bleibt die traurige Pflicht zu erfüllen, von besonders schmerzlichen Lücken zu berichten, die im Mitarbeiterkreis des Instituts im abgelaufenen Jahr entstanden sind. Kurz vor Kriegsende ist in einem Lazarett in Ingram Dr. Brömse an den Folgen einer Krankheit gestorben, während Ende November Prof. Strecker in Berlin nach längerem Krankenlager verschied. Fräulein Dr. Mittelbrauker, lange Jahre Mitarbeiterin und Bibliothekarin der Monumenta, ehe sie sich dem Schuldienst widmete, hat am 29. April 1945 während des Kampfes um Berlin dort den Freitod gewählt. Zu vertraut sind die Namen der Toten jedem, der mit der Arbeit des Institute verbunden ist, als daß er nicht mit uns die Größe unserer Verluste ermessen könnte. An anderer Stelle wird hoffentlich bald Gelegenheit sein, ihre Persönlichkeit und ihr Lebenswerk entsprechend zu würdigen.

Über Zukunftspläne des Instituts zu sprechen ist verfrüht. Das Institut bittet versichert zu sein, daß alle seine Bemühungen zunächst darauf gerichtet sind, seinen Stab wieder so zu erweitern, daß ein größerer Mitarbeiterkreis herangezogen werden kann, den Fortgang der in Druck befindlichen Unternehmungen, insbesondere des "Deutschen Archivs" - Verbindungen mit den Verlagen des Instituts sind aufgenommen - zu ermöglichen und eine Übersicht über den heutigen Bestandszustand bzw. Verluste seiner handschriftlichen Materialien zu gewinnen. Es hofft bald, entsprechende Erfolge melden zu können. Doch sind jedem die zu überwindenden Schwierigkeiten verkehrs-, finanz-, technischer und anderer Natur zu vertraut, als daß er dem Institut hierzu nicht noch eine angemessene Frist zubilligen würde.

M.d.G.d.G.b.

Memorandum
über die Zukunft der 'Monumenta Germaniae historica'

Nachdem die "Monumenta Germaniae historica" die ersten kritischen Monate nach dem Zusammenbruch an ihrem Ausweichplatz in Schloß Pommersfelden, unangefochten von der amerikanischen Besatzungsmacht, dank der verständnisvollen Hilfe des Herrn Landrats von Höchstadt Dr. Fröhlich und dann des Herrn Regierungspräsidenten für Ober- und Mittelfranken überstanden haben, ihre weitere Existenz also zunächst praktisch gesichert und übrigens inzwischen theoretisch auch von Wissenschaftlern aus allen deutschen Gauen postuliert ist, erscheint es an der Zeit, über ihre künftige organisatorische Form sich Gedanken zu machen. Diese Frage wird freilich aus vielen Gründen, in erster Linie wegen der Abwesenheit des Präsidenten, vor dessen Haftentlassung nach einmütiger Auffassung keinerlei Definitivum geschaffen werden soll, aber auch wegen der derzeit durchaus labilen Gesamtlage Deutschlands nicht in nächster Zukunft ihre Lösung finden können. Andererseits wird mit der jetzt erfolgenden Erörterung und Festlegung des künftigen Sitzes der Instituts-Zentrale die Diskussion über sie ohnehin eröffnet. Dadurch wird es nötig, schon jetzt die künftige Marschrichtung im Auge zu haben, um Forderungen und Einsprüchen, wie sie von mancher Seite gegenüber dem bayrischen Plan zu erwarten sein werden, von vornherein begegnen zu können. Was im folgenden vorgetragen wird, basiert nicht allein auf eigenen Erwägungen, sondern gleichzeitig auf Sondierungen, Gesprächen und Korrespondenzen mit zuständigen Gelehrten. Bei mancherlei Abweichungen im Einzelnen herrscht erfreulicherweise völlige Einigkeit in der Grundauffassung, daß jede neue Organisationsform unabhängige Stellung, gemeindeutsche Aufgabe und gemeindeutschen Wirkungskreis des Instituts seiner Tradition entsprechend sichern muß.

Die gegenwärtige und, soweit das möglich, für die Zukunft vorauszusehende politische Struktur Deutschlands legt es nahe, eine Lösung entsprechend der aus den ersten Jahrzehnten des Instituts zu suchen. Freilich soll und wird es nicht mehr in die Form einer privaten Gesellschaft zurückfallen, wohl aber wird man an eine Art Institut eines kommenden Deutschen Bundes denken dürfen, das unter Bundespatronat, aber unter bayrischer Führung und Verwaltung steht. Dazu erscheint es angebracht, von Anfang an finanzielle ~~Lösungen~~ Lei-

sämtlicher bereits konstituierter und sich noch konstituierender deutscher Staaten, gleich viel in welcher Zone, anzustreben und, soweit dies die Verhältnisse erlauben, auch schon zu realisieren.

In praxi heißt das: Im Rahmen des bayrischen Staatshaushalts wird dem Institut zunächst solange ein provisorischer Etat gewährt, bis der endgültige Haushalt, aufgebaut auf den Leistungen der deutschen Staaten in Kraft treten kann. Das wird nach Lage der Dinge nur in Teilabschnitten möglich sein, am ehesten wohl zunächst auf dem Wege über den Ländrat der amerikanischen Zone in Stuttgart für die 3 süddeutschen Staaten. Für die Staats- und Provinzial-Regierungen der russischen Zone müßte ein ähnlicher Schritt über die deutsche Zentralverwaltung für die russische Zone in Berlin erfolgen. Welches der für die britische und französische Zone zweckmäßigste Weg ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Entsprechende Vorschläge hätten von der bayrischen Staatsregierung in Gemeinschaft mit dem Institut auszugehen; über das Kartell der deutschen Akademien wäre die Unterstützung der in den einzelnen Zonen zuständigen Akademien anzurufen.

Die bayrische Staatsregierung würde am Instituts-Haushalt schon dadurch den Hauptanteil übernehmen, daß sie dem Institut kostenfreie Unterkunft gewährt, abgesehen von der Möglichkeit, sich durch entsprechende Gestaltung einer sonstigen Leistungen einen führenden Einfluß zu sichern. Demgemäß wird in einem kommenden Statut die ausdrückliche Festlegung des zentralen Sitzes des Instituts in München und damit der führenden bayrischen Rolle erfolgen, wobei die Existenz von Nebenstellen des Instituts an anderen deutschen Orten, wie sie auch früher üblich waren (Straßburg, Wien), nicht ausgeschlossen werden darf, schon um den organisatorischen Einbau der Berliner Reststelle zu ermöglichen.

Einer Verteilung der Pflichten gegenüber dem Institut auf ganz Deutschland wird eine Einräumung von Rechten an diesem gegenüber der gesamtdeutschen Wissenschaft entsprechen müssen, die ebenfalls ihren statutarischen Niederschlag finden muß. Auch hier können Anknüpfungen an frühere Institutsverhältnisse dienlich sein, insbesondere an die Einrichtung der Zentraldirektion. Analog damals geltenden Bestimmungen könnte ihre Zusammensetzung aus je 2, von den Akademien des Kartells zu ernennenden Mitgliedern vorgesehen werden. In welcher Weise der Einfluß der bayrischen Archivverwaltung in der Zentraldirektion gesichert werden kann, wie die Wahl des Vorsitzenden der Zentraldirektion zustande kommt, welche beamtenrechtliche Stellung er im bayrischen Staate einnehmen wird, ob neben ihm noch andere Beamten und Angestellten-Stellen geschaffen werden,

(mindestens auf einen beamteten Geschäftsführer und eine Sekretärin als Angestellte sollte nicht verzichtet werden), das alles bedarf noch eingehender Erörterung. Leichter wird Einigkeit zu erzielen sein über die etwa notwendig werdende Berufung von Abteilungsleitern für die 5 traditionellen Instituts-Abteilungen (Scriptores, Diplomata, Leges, Epistolae, Antiquitates), soweit sich in der Zentraldirektion dafür nicht schon geeignete Kräfte finden.

Auf dem Wege zu diesen Fernzielen bedarf es aber zunächst einer Reihe von unmittelbar dringlichen Maßnahmen zur Sicherung der Existenz des Instituts. Dazu gehören:

1. Eine Erklärung der bayrischen Staatsregierung, der Zentralstelle des Instituts künftig ihren Sitz in München zu sichern und sie bis dahin an ihrem derzeitigen provisorischen Sitz in Pommersfelden zu erhalten.
2. Die Gewährung eines Haushalts, der die Bezüge der bisherigen ständigen Mitarbeiter in der gesamten amerikanischen Zone gewährleistet, darüber hinaus aber auch den Wiederabschluß von Honorarverträgen mit solchen freien Mitarbeitern, die in der amerikanischen Zone leben, die Wiederaufnahme von Druckvorhaben, insbesondere der Institutszeitschrift, des "Deutschen Archivs", sobald die Zeitumstände das erlauben, und schließlich die Erhaltung und Ergänzung der gerade jetzt so wertvoll gewordenen Instituts-Bibliothek ermöglicht.

Bei der Gestaltung des Gesamthaushaltes wird von vornherein darauf zu achten sein, daß namentlich für Druckkosten-Zuschüsse höhere Posten eingesetzt werden müssen. Einen erheblichen Teil von ihnnn, so z.B. die Gesamtkosten des "Deutschen Archivs" hat bisher die 'Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft' getragen, mit deren weiterem Funktionieren in der bisherigen Form kaum zu rechnen sein wird. Gerade an der möglichst baldigen Bereitstellung der erforderlichen Mittel für diese Zeitschrift liegt aber besonders viel, um sofort nach vorliegender entsprechender Lizenz der deutschen Wissenschaft des Mittelalters das Forum wiederzugeben, das ihr das "Deutsche Archiv seit langem war. Ihr Erscheinen ist der am leichtesten zu führende und gleichzeitig wirkungsvollste Beweis vom neuen Leben des Instituts.

Pommersfelden, 18.Januar 1946

Reichsinstitut für ältere
deutsche Geschichtskunde
(MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA)

Pommersfelden, 14.2.1946
Berlin-[illegible]
[illegible]

Nr.

Herrn
Geheimrat Goetz

Gräfelfing b. München
Irmenfriedstr. 31

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Aus Ihrem Schreiben vom 6.2., für das ich Ihnen ergebensten Dank ausspreche, ersehe ich zu meiner Freude, daß es Ihnen bereits gelungen ist, Herrn Staatsrat Mainzolt mit der Angelegenheit des Instituts zu befassen. Daß es bei der bekannten Knappheit der bayrischen Finanzen mit dem Haushalt für das Institut hapern würde habe ich befürchtet. Dem sucht deshalb auch mein Vorschlag, alle deutschen Staaten mit Beiträgen zu belasten, zu begegnen. Ich halte es weiterhin unter anderem auch aus diesem Grunde für sehr geraten, das Pommersfelder Provisorium beizubehalten, bis dieses Beitragssystem wenigstens z.T. in Gang gesetzt werden kann. Die bayrische Staatsregierung braucht dann nur theoretisch eine grundsätzliche Entscheidung zu fällen, in praxi kann sie es bei der Gewährung eines Nothaushaltes für das Etatsjahr 1946 von etwa 40.000,-RM (ohne Berücksichtigung der Bezüge des Präsidenten) bewenden lassen, der für Pommersfelder Verhältnisse voll genügt, ja, der noch erhebliche Einsparungen erlaubt, wenn das Wiederaufleben unserer Druckvorhaben, insbesondere unserer Zeitschrift, noch nicht gelingen sollte.

Was die Bezüge des Präsidenten angeht, so gilt es zu bedenken, daß sie seit 1935 die eines Reichsbeamten waren, der keinerlei anderes Amt daneben hatte, dem man also in seinen Bezügen mindestens den Spitzengehältern ordentlicher Professoren gleichstellen mußte. Die Tätigkeit des Präsidenten oder nach früherem Statut des Vorsitzenden der Zentraldirektion beschränkt sich durchaus nicht auf bloße Leitung oder Verwaltung - man denke nur an P.F.Kehr -, obwohl es auch solche Fälle gab, z.B. Koser.

Ihrer Auffassung, daß Berlin keine Einwände gegen München als Institutssitz hat, bedauere ich widersprechen zu müssen. Mir ging eben ein allerdings von recht geringer Einfühlung in die Gesamtlage zeugender Brief von Prof. Baethgen, dem Leiter der

. .

Berliner Dienststelle des Instituts zu, in dem es heißt: "Berlin ist der eigentliche Sitz des Instituts, und daran muß im Interesse der künftigen Entwicklung durchaus festgehalten werden".

Mit Prof. Bock, vermutlich z.Zt. in Wittingen bei Darrigsdorf (Provinz Hannover) suche ich seit längerer Zeit, bisher vergeblich, Fühlung zu nehmen. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Eröffnung von Verhandlungen in Rom?

Mit wiederholtem Dank für Ihr Interesse am Institut bin ich Ihnen ganz ergeben

Otto Meyer

P.S. Mein Brief vom 1. Feb. 46. an die Bayr. Akademie ist Ihnen doch wohl inzwischen bekannt geworden.

Abschrift

Berlin, den 21. März 1946
NW 7, Unter den Linden 8

40

Akademie der Wissenschaften
Nr. 119/46

Betr.: Zukunft des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde.

Geehrter Herr Doktor!

Ihr Bericht vom 3.v.M. über die Zukunft des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde hat bei allen beteiligten Stellen der Akademie lebhaftes Befremden hervorgerufen. Denn in der Besprechung, die am 27.November vorigen Jahres zwischen Ihnen, dem Herrn Präsidenten der Akademie, den Herren B a e t h g e n und S c h e e l und mir stattgefunden hat, haben Sie sich über Ihre Auffassung von der Stellung des kommissarischen Leiters einer Ausweichstelle in einer Weise geäußert, die uns zu der Erwartung berechtigte, daß Sie die Fortführung der wissenschaftlichen Arbeiten für Ihre Hauptaufgabe ansehen und die Rechtsverhältnisse des Instituts unberührt lassen würden. Statt dessen haben Sie ohne vorherige Anfrage bei der Akademie oder Professor B a e t h g e n Verhandlungen mit bayrischen Dienststellen geführt, die das ausgesprochene Ziel haben, die MGH unter die Leitung des bayrischen Staates zu bringen. Sie gehen dabei von der irrigen Voraussetzung aus, daß Pommersfelden jetzt der eigentliche Sitz des Reichsinstituts, Berlin aber nur eine "Reststelle" sei. Demgegenüber mache ich Sie nachdrücklich darauf aufmerksam, daß der Sitz des Reichsinstituts nach wie vor Berlin ist, daß, wie Ihnen in der erwähnten Besprechung vom 27.November mitgeteilt worden ist, der Magistrat der Stadt Berlin als die oberste deutsche Instanz im Bereich von Berlin die Akademie durch Verfügung vom 23.Juli vorigen Jahres beauftragt hat, diejenigen Institute, die sich bisher in Deutschland mit Geschichtsforschung beschäftigt haben, zu erfassen und für ihre Sicherstellung Sorge zu tragen, und daß die Akademie daraufhin Hrn.Professor Dr. B a e t h g e n mit der einstweiligen Leitung des Reichsinstituts beauftragt hat. Über die erforder-

An den
kommissarischen Leiter der Ausweichstelle
Pommersfelden des Reichsinstituts für
ältere deutsche Geschichtskunde
Herrn Dr.Otto M e y e r
(13a) P o m m e r s f e l d e n
Mittelfranken

liche Umgestaltung des Reichsinstituts kann eine Entscheidung wohl erst fallen, wenn die künftige Staatsform Deutschland feststeht. Bis dahin kann ohne die Zustimmung der Berliner Akademie der Wissenschaften keine Änderung der bisherigen Organisation, insbesondere keine Verlegung des Sitzes erfolgen.

Der Sekretar
der Philosophisch-historischen Klasse

gez. Hartung

Pömmersfelden, 26.4.1946
xxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxx
xxxxxxxxxx

An die
Bayrische Akademie der Wissenschaften München
Maria Josefastr. 11

Betr.: Zukunft des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde.
Anlage: 1.

In der Anlage übersende ich Abschrift des Schreibens Nr.119/46 des Sekretars der phil.hist.Klasse der Akademie der Wissenschaften zu Berlin an mich vom 21.3.1946 und bitte, mich gegen die darin zu Unrecht erhobenen Vorwürfe in Schutz nehmen zu wollen. Im einzelnen darf ich dazu feststellen:

1. Ich habe keine selbständigen Verhandlungen mit bayrischen Dienststellen über die Zukunft des Reichsinstituts geführt. Die mit der Bayr.Ak.d.Wiss. im Januar d.J. begonnenen Verhandlungen gehen auf die Anregung der Ak.d.Wiss. zu Berlin selbst zurück - vgl. deren Schreiben 816/45 an den Herrn Präsidenten der Bayr. Ak.d.Wiss. vom 28.11.1945 - bzw. auf die Einladung der Bay.Ak. d.Wiss.dazu - vgl. deren Schreiben Nr. 1553 vom 21.12.1945. Die Bayrische Archivverwaltung ist von sich aus an mich herangetreten und hat mir Kenntnis gegeben von ihrem Vorhaben, dem Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen Plan betreffend die Zukunft der Monumenta Germaniae Historica zu überreichen. Der Herr Regierungspräsident in Ansbach hat seinen diesbezüglichen Antrag ohne mein Zutun gestellt.

2. Meine Stellungnahme in den Verhandlungen mit der Bay.Ak. d.Wiss. und wann immer sonst ich dazu veranlaßt wurde, mich zur Zukunft des Reichsinstituts zu äußern, zielte nicht darauf ab, " die Monumenta Germaniae Historica unter die Leitung des Bayrischen Staates zu bringen". Mein Memorandum vom 18.1.1946 zu dieser Frage dient vielmehr dem Zweck, von vornherein den gemeindeutschen Charakter des Instituts sicher zu stellen; dazu mein Vorschlag der Beteiligung aller deutschen Staaten am Haushalt des Instituts und aller deutschen Akademien an seiner Führung. Im

Im übrigen betont das Memorandum gerade, die organisatorische Form der MGH könne aus vielerlei Gründen in nächster Zukunft kaum schon ihre endgültige Lösung finden; sie sei nur insoweit aufzuwerfen, als dies für die Sicherung der Existenz des Instituts in der Gegenwart nötig sei.

3. In der Besprechung vom 27.11.1945, auf die das Schreiben des Herrn Sekretars der phil.hist.Klasse der Ak.d.Wiss.zu Berlin Bezug nimmt, wurde mir nicht mitgeteilt, daß "der Magistrat der Stadt Berlin als die oberste deutsche Instanz im Bereich von Berlin die Akademie..... beauftragt hat, diejenigen Institute, die sich bisher in Deutschland mit Geschichtsforschung beschäftigt haben, zu erfassen und für ihre Sicherstellung Sorge zu tragen". Es wurde mir vielmehr mitgeteilt, daß "die Ak.d.Wiss. zu Berlin ... auf Grund besonderer Vollmacht des Magistrats der Stadt Berlin in dessen Eigenschaft als Treuhänder der Staatsanstalten, die in Berlin ihren Sitz haben, den hier verbliebenen Teil des Instituts verwaltet - vgl. das Schreiben der Ak.d.Wiss. zu Berlin Nr. 816/45 an den Herrn Regierungspräsidenten in Ansbach (in Abschrift auch der Bay.Ak.d.Wiss. zugegangen).

4. In der genannten Besprechung wurde mir auch nicht mitgeteilt, daß die Berliner Akademie "Herrn Prof. Baethgen mit der einstweiligen Leitung des Reichsinstituts beauftragt habe". Es wurde vielmehr dabei festgestellt laut dem geannnten Schreiben der Berliner Akademie an den Herrn Präsidenten der Bay.Ak.d.Wiss. vom 28.11.1945, "daß, solange sich der jetzige Präsident in Haft befindet, jede Entscheidung über eine anderweitige Besetzung der Stelle des Präsidentan ausgesetzt wird".

5. Als Sitz des Reichsinstituts und seines Präsidenten galt seit Anfang 1944, dem Zeitpunkt der Verlegung, Schloß Pommersfelden. In Berlin war nur eine Verwaltungsstelle verblieben.Diese Auffassung habe ich nicht begründet, sondern als die allgemein herrschende übernommen.

6. Jeder Verdacht einer illoyalen Haltung meinerseits gegenüber der Akademie der Wissenschaften zu Berlin wird entkräftet durch meinen ausführlichen Bericht über die in Bayern gehegten Pläne und gepflogenen Verhandlungen betreffend der Zukunft der Monumenta Germaniae Historica vom 3.2.1946. Seine unvoreingenommene Würdigung hätte sämtliche Mißverständnisse vermieden, die offenbar bei der Ak.d.Wiss.zu Berlin entstanden sind.

Ich benutze die Gelegenheit mitzuteilen, daß in einer Besprechung vom 5.4.1946, zu der mich der Herr Staatssekretär im Bayrischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingeladen hatte, dieser die Übernahme der treuhänderischen Verwaltung der Monumenta Germaniae Historica durch die Bayrische Staatsregierung grundsätzlich zugesagt und die Bereitschaft zur Gewährung der erforderlichen Haushaltsmittel für das Institut im Rechnungsjahr 1946 erklärt hat.

Otto Meyer.

Abschrift

Herrn Johannes Spörl

z. g. K.

Meyer

27. 4. 46.

Pommersfelden, Schloss
xxxxxxxx 10.6.1946.
xxxxxxxxx
xxxxxxxxx

An den
Herrn Präsidenten der Bayr.Akademie der Wissenschaften
M ü n c h e n
Maria Josephastr. 11.

Betr.: Komm.Leitung des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde in Pommersfelden.

Sehr geehrter Herr Präsident !

Mit verbindlichstem Dank für die mir mit Schreiben Nr.1950 vom 15.5.1946 mitgeteilte Stellungnahme zu dem Brief der Preuss.Akademie der Wiss. vom 21.3.46 an mich darf ich Ihnen heute melden, daß am vergangenen Dienstag, den 4.6.1946, der seit 7.9.45 von der amerik.Militär-Regierung in Hammelburg inhaftierte Präsident unseres Instituts, Prof.Theodor M a y e r, entlassen worden und an seinen hiesigen Wohnsitz zurückgekehrt ist.

Der Herr Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken in Ansbach, unter dessen Treuhänderschaft das Institut steht, hat daraufhin mit Erlass vom 5.6.1946 Nr.2846 b/ 2 II im Hinblick auf die Notwendigkeit eines Spruchkammer-Verfahrens für Prof.Mayer gemäss Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946 vor jeder weiteren Entscheidung über die Verwendung von Prof.Mayer mich beauftragt, die Führung der Geschäfte des Instituts in Pommersfelden weiterhin wahrzunehmen, bis ein anders lautender Bescheid von ihm oder von Seiten des Ministeriums für Unterricht und Kultus ergeht.

Genehmigen Sie, bitte, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez.Otto M e y e r

Abschrift

Herrn Geheimrat
W.G o e t z
Gräfelfing bei München

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Otto Meyer.

Reichsinstitut für ältere
deutsche Geschichtskunde
(MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA)

Berlin NW 7, den
Charlottenstraße 41
Fernruf: 18 27 69

Pommersfelden, 13.11.1946

Nr.

Herrn
Geheimrat Prof. Dr. W. G o e t z
Kommissarischer Leiter der Zentraldirektion der
Monumenta Germaniae historica G r ä f e l f i n g

Betr.: Ihr Schreiben vom 3.11.1946.

Hochverehrter Herr Geheimrat!

In Erwiderung Ihres o.a.Schreibens bitte ich, zunächst Ihnen ergebensten Dank sagen zu dürfen für die Benachrichtung der Dienststelle über die Bildung einer Zentraldirekton der Monumenta Germaniae historica und für die Entscheidung über deren Zuständigkeit.

Sie werden inzwischen gesehen haben, daß wir auch schon vor Eingang Ihrer Weisungen diesen entsprechend gehandelt haben.

Verhandlungen über die Finanzierung der Pommersfelder Dienststelle von hier aus erscheinen uns untunlich, da sie notgedrungen eine für die Intention der Zentraldirektion unerwünschte Präzedenz schaffen würden. Nach einer schriftlichen Äußerung des Herrn Prof. Freiherr v. Guttenberg gegenüber Herrn Prof. Th. Meyer sind die maßgebenden Stellen der Universität Erlangen dergleichen Auffassung und daher auch gar nicht verhandlungsbereit. Eine Existenzkrise unserer Dienststelle ist mit dieser Sachlage freilich unmittelbar gegeben; Ihrer optimistischen Auffassung über eine baldige anderweitige Entscheidung vermag ich mich bei dem schleppenden Gang der Ministerialbürokratie in der gegenwärtigen verworrenen Gesamtlage nicht anzuschließen.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung und Ergebenheit

Otto Meyer.

Zentraldirektion
der
Monumenta Germaniae

Gräfelfing, den 3.März 1947.

Verehrter Herr Doktor!

Mehrere Schreiben, die ich in den letzten Wochen von ganz verschiedenen Seiten erhielt, zeigen mir, dass es innerhalb der M.G. zur Zeit an innerem Zusammenhang und an fester Leitung fehlt. Offenbar ist es den Mitarbeitern(in weitestem Sinne genommen) noch nicht wieder zum Bewusstsein gekommen, dass es eine neue Zentraldirektion der M.G. gibt, die allein über die Arbeiten und die Personalien zu bestimmen hat. Ich erhalte Schreiben von völlig Unbefugten mit allerlei Vorschlägen über Personen und Arbeiten, die allein von der Zentraldirektion zu entscheiden sind. Sollte etwa der Glaube an eine völlige Willenlosigkeit der Zentraldirektion bestehen, so möchte ich einer solchen Anschauung sehr bestimmt entgegentreten. Wenn im Augenblick noch Verhandlungen schweben - über die Finanzierung, über die evtl.Verlegung nach München, usw. - so ist das kein Grund, an eine Nichttätigkeit der Zentraldirektion zu glauben und die den Mitarbeitern übergebenen Arbeiten nicht zu fördern. Ich bitte Sie deshalb, den Mitarbeitern der M.G. im Namen der Zentraldirektion bekanntzugeben, dass die laufenden Arbeiten der einzelnen Mitarbeiter fortzusetzen sind und dass ohne Mitwirkung der Zentraldirektion keinerlei Veränderungen vorzunehmen sind.

Spätestens Ostern wird eine neue Sitzung der Zentraldirektion stattfinden. Es sei hinzugefügt, dass Herr Dr. Sickermann wieder eingestellt ist und an seinen alten Aufgaben weiterarbeiten wird und zwar wahrscheinlich in Berlin.

Mit bestem Gruss

(Prof.W.Goetz)

Akademie der Wissenschaften
in Göttingen
(~~Sozietät der Reichsakademie~~)
H. H e i m p e l

46

Göttingen, den 5.Nov.1946

J.-Nr. .....

Hochverehrter lieber Herr Geheimrat!

Nachdem ich Ihren alarmierenden Brief vom 25.10.1946 erhalten, hat sich meine Aufregung schon wieder etwas besänftigt. Herr Holtzmann, der in den letzten Tagen hier war, konnte berichten, was Sie inzwischen wissen werden: dass Herr v.Guttenberg tatsächlich abgelehnt hat. Wichtig ist auch seine Mitteilung, dass die Kredite des zuständigen Landrats nicht aus Baywrischem, sondern aus Reichsmitteln stammten. Alles kommt jetzt darauf an, dass die einzelnen Länder möglichst bald dazu gebracht werden, Summen für die Monumenta in den Etat einzusetzen. Diese Matrikularbeiträge werden selbstverständlich nicht an ein Bayerisches Institut gegeben. Für die Göttinger Akademie wartet Herr Smend Ihr Anschreiben ab. Ob ein formeller Protest nötig ist, ist jetzt nach den Mitteilungen von Holtzmann noch nicht zu übersehen.

Zu den Monumenten überhaupt ist zu sagen, dass auf einer Arbeitsbesprechung mit Herrn Stroux dieser sich mit der vorläufigen Unterbringung der Monumenta in Pommersfelden und somit mit unserem Protokoll einverstanden erklärt hat. Doch meldete er energisch die grundsätzlichen Rechte von Berlin an und erklärte sich gegen eine Verlegung der Monumenta nach München. Doch sind die damaligen Besprechungen inzwischen ja überholt. Herr Holtzmann hat an Sie geschrieben. Bezüglich der Abteilungsleiter hatten wir manche Gespräche, die aber zunächst noch nicht praktisch werden. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Sie an Holtzmann den besten Berater haben und sich vielleicht einmal mit einer Generalanfrage über die Agenda an ihn wenden sollten.

Schliesslich noch zwei persönliche Bemerkungen. Die erste betrifft meine Berufungsangelegenheit, die zweite Herrn Berve.

Der Münchener Dekan schrieb mir einen äusserst optimistischen Brief, der meine Berufung nach München als unmittelbat bevorstehend

darstellt. Ich weiss wirklich nicht, was ich von dieser Art von Optimismus halten soll. Am Tag meiner Abreise, also Wochen nachdem der Dekan seinen Brief geschrieben hatte (den Brief fand ich hier in Göttingen vor), erklärte mir der Rektor, Herr Hohmann, meine Berufiung sei eine Sache des Finanzministers, denn Herr Schnabel habe zwar angenommen, wolle aber nicht auf den Konkordatslehrstuhl. Dieser müsse aber natürlich besetzt werden, wahrscheinlich mit Herrn Spörl. Der Protestant ist also in die Ecke manövrieet. Ich bewundere dieses Zusammenspiel, lege aber Wert darauf, Ihnen, Herr Geheimrat, vertraulich zu sagen, dass ich es durchschaue. Es darf damit nicht mehr lange gehen, sonst bin ich wirklich sehr bald gezwungen, die Münchener Tür zuzuschlagen und die Göttinger aufzumachen.

Die Sache Berve geht mich nichts an, weil sie eine Münchener Fakultätsangelegenheit ist. Doch bewegt mich meine Freundschaft Berve. Er hat wohl manches geschrieben, was man nicht billigen kann. Aber dass er mit Männern wie Wüst auf eine Liste der Unrettbaren gesetzt wird, hat er nicht verdient. Nur so viel für heute. Zu Weiterem bin ich immer bereit.

Hoffentlich finden Sie bald wieder in die gestörte Arbeit. Sie können sich beglückwünschen, nicht nach Göttingen gefahren zu sein. Ich bekam in München drei Stunden vor Abgang des Zuges den letzten Stehplatz in meinem Wagen.

Das Gutachten Meissinger, von dem ich in der Besprechung mit Stroux und den Göttingern berichtet habe, gebe ich in der Anlage zurück. Beschluss: Biel und Erasmus als Kartell-Unternehmungen ausgezeichnet geeignet. Luther auch, doch erst nach Befragung der zuständigen evangelischen Kirchenstellen durch Herrn Smend. Mit Herrn Meissinger wird Fühlung genommen, seine Gründungsabsichten konnte man sich nicht zu eigen machen. Meine persönliche Meinung ist, dass er etwa von sich aus mit einer kurzen Anregung noch einmal an Smend herantreten könnte.

In dankbarer Verehrung
stets Ihr

Weimpel

47

Göttingen, den 27.11.1946
Am Goldgraben 24

Hochverehrter, lieber Herr Geheimrat!

Herr Smend wird Ihnen inzwischen geschrieben haben, was über die offizielle Stellung der Göttinger Akademie zu den Monumenta zur Zeit zu sagen ist. Er wird wohlmauch schon angedeutet haben, dass dies hiesige Akademie skeptisch gegenüber dem Vorschlag ist, hinter Berlin, Wien und München als "kleine" Akademie mit nur 1 Vertreter zu rangieren. Darüber wird wohl nächstens Beschluss gefasst werden, ich glaube aber, dass Göttingen entweder je einen für alle oder aber auch für sich 2 Vertreter wünscht.

Ueber die Promotion Kehr hoffe ich nächstens Ihnen die gewünschte Notiz schicken zu können. Ich habe noch vergessen zu sagen, dass die hiesige Akademie bemüht ist, für den eintretenden Fall Räume für die Monumenta in Göttingen zu gewinnen. Es wird aber sehr schwer sein bei den hiesigen Raumverhältnissen.

Da Sie wegen Berve noch einmal nachfragen, darf ich mich wohl etwas deutlicher ausdrücken. Ich habe das bisher nicht getan, weil ich, was ich weiss, eigentlich garnicht wissen dürfte. Da es aber um das Schicksal eines Menschen geht, dem man im Begriff ist schweres Unrecht zu tun, so darf ich doch Ihnen, aber in ganz vertraulicher Weise das Folgende sagen, wobei ich besonders um absolute Diskretion gegenüber Dekan Scharff bitten muss. Nach mir zugekommenen Gerüchten scheint dieser die Angelegenheit Berve ganz ungeschickt behandelt zu haben. Der Althistoriker von Münster Herr Stier hat ihm, wohl nicht ganz ohne Absicht, seine neueste Publikation zugeschickt. In seinem Dankschreiben soll Herr S. seiner ja auch sonst immer wiederholten optimistischen Hoffnung Ausdruck gegeben haben, dass Berve wieder hergestellt werde. Darauf Protest aus Münster, das sei doch politisch ganz unmöglich. Diesen Brief soll Herr Scharff - es handelt sich für mich nur um unbeweisbare Gerüchte - in der Fakultät ungeschickter Weise vorgelesen und mit ihm einen falschen Eindruck erweckt haben. Er scheint jetzt auch über Berve eine andere Meinung zu haben. Kurz, es scheint so zu sein, dass schon die Fakultät Berve mit Existenzen wie Wüst u.dgl. in die

Kategorie der Unrettbaren eingereiht hat. Uch halte das Ver=
fahren für ungerecht, fahrlässig und unintelligent. Bitte be=
trachten Sie das aber als meine nur für Sie bestimmte Privat=
meinung. In der Sitzung soll kein einziger engerer Sachkenner
gewesen sein.

Ihre freundlichen Gesinnungen bezüglich meiner Berufung verpflichten mich erneut zur Dankbarkeit. Vorläufig scheint man in München wieder mit Entlassungen beschäftigt zu sein, und ich persönlich verspreche mir nichts, am wenigsten von Aktionen des dortigen Dekans.

Hier ist der Andrang zur Historie gross, meine Stauferzeit muss ich vor 700 Hörern doppelt lesen.

Mit verehrungsvollen Grüssen

stets

Ihr

Wimpel

Wien, I4. Mai I946.

Sieveringerstr 44.

48

Sehr verehrter lieber Herr Kollege,

Mit aufrichtiger Freude habe ich Ihren Brief v. I4. April erhalten, der eines der ersten Lebenszeichen von "der anderen Seite" war. Böse Zeiten liegen hinter uns, ich bin mit meiner Familie so leidlich durchgekommen. Mein kleines Häuschen in der Sieveringerstr 44 ist mir trotz Bomben und Russen erhalten geblieben. Persönlich bin ich gegenwärtig nur durch den grauen Star behindert, der noch nicht operiert ist; nach der Staroperation soll man ja wieder gut sehen können.

Was nun Ihre Fragen betrifft, so will ich sie der Reihe nach beantworten:

I) bin ich mit allen Wahlen einverstanden und sende Ihnen nachträglich dazu meine Zustimmung. Von österreichischer Seite möchte ich aufs wärmste den vortefflichen Kollegen Hermann Wopfner (Innsbruck) als neues Mitglied in Vorschlag bringen. An ausgesprochenen Neuzeitlern fehlt es uns gegenwärtig noch, da ja unglaublich viele Historiker Nazi geworden waren. (Bittner und Heigl haben übrigens Selbstmord verübt). Auf die Besetzung der neuzeitlichen Professur in Wien kann man ja gespannt sein, schön wäre es wenn Gerhard Ritter annehmen würde...

2) Monumenta Germaniae:

a) Die Wiener Zweigstelle der Monumenta, Diplomatastelle wird weiter gehalten werden, der jeweilige Direktor des Institutes für Geschichtsforschung an der Wiener Universität soll auch weiterhin der Leiter der Wiener Diplomatastelle sein. Der bisherige Leiter, Santifaller, ist gegenwärtig erkrankt, dürfte aber im Herbst wieder aktiv sein.

b) nach Rückfrage im Uniterrichtsministerium (Sektionschef Baron Skrbensky) kann ich mitteilen, dass der österr. Staat den Beitrag von RM 5.000 weiter zahlen will.

c) in das neuzubildende Kuratorium der MG wird die Wiener Akademie mich als ihren Vertreter entsenden.

3) Historisches Institut in Rom:

Bei aller Anerkennung der finanziellen und sonstigen Schwierigkeiten, die das Nebeneinander von zwei historischen Instituten sowie die Regelung der Bibliotheksfrage mit sich bringen wird, steht die öst. Regierung auf dem Standpunkt, dass vorerst einmal das österr. Hist. Institut auf Grund des österr. italien. Staatsvertrages wieder reaktiviert werden müsse. Die meisten Kollegen hier scheinen der gleichen Ansicht zu sein. Ich persönlich hätte es für praktisch gehalten, auch in der Institutsfrage ein Zusammengehen zu versuchen, besonders wenn wir versuchen würden, die Schweizer dazu zu gewinnen, sich an dem Institut in Rom mitzubeteiligen, so dass auch der Anschein eines Uberrestes aus der Nazizeit vermieden würde. Aber vielleicht können wir das für die spätere Zukunft im Auge behalten. Kollege Nabholz wird uns vielleicht gelegentlich darüber seine Meinung wissen lassen.

Jedenfalls aber bin ich Ihrer Ansicht, dass die Personalunion zwischen Leitung der MG und des Römischen Institutes kein glücklicher Gedanke, vom sachlichen Gesichtspubkt aus betrachtet, war.

Ich bin jederzeit gerne bereit, sehr verehrter Herr Kollege, sie bei unseren gemeinsamen wissenschaftlichen Unternehmungen zu unterstützen. Den Kontakt mit der jüngeren Genration habe ich noch durch meine Kollegin Patzelt, die jetzt an meinem durch sieben Jahre geschlossenen "Seminar für Wirtschafts-und Kulturgeschichte" mein Nachfolger geworden ist, sowie durch Staatsarchivar Kletler und einigen anderen, deren Namen Ihnen vielleicht nicht so geläufig sind. (Brunner, Bauer, Srbik Zatschek, Ubersberger Klebel sind alle suspendiert, z.T. endgültig entlassen.)

Österreichische Staatsbibliothek 253

Wie steht es denn mit dem Wiedererscheinen des "Archivs für Kulturgeschichte"? Wissen Sie übrigens etwas über Kollegen Hermann Aubin? Ich weiß, daß man ihn gerne auf die neuzeitliche Professur nach Wien berufen hätte, aber sein Aufenthalt war bisher nicht ausfindig zu machen.

Das Wetter ist bei uns sommerlich warm, die Luft zu schwül und gewittrig. Nun ja, man muß die Dinge und auch das Wetter nehmen, wie es kommt.

Aus England und Frankreich waren bereits Kollegen hier, die den Kontakt wieder aufnehmen wollen und auch bereit wären, an einem Austausch der Bibliographie mitzuarbeiten, um auf diese Weise zu helfen, die böse wissenschaftliche Lücke zu schließen.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und herzlichen Grüßen an Sie selbst und jene Kollegen, die sich meiner noch erinnern,

bin ich Ihr aufrichtig ergebener

A. Bozsoki

Prof.Dr.Brackmann
Berlin-Dahlem
Garystr.40

Z.Zt.Blankenburg-Harz den 12.1.46
Mewesstr.9

An die
Historische Kommission bei der Bayerischen
Akademie der Wissenschaften
z.H. von Herrn Geheimrat Prof.Dr.Walter Goetz

München 23
Maria-Josefastr.11

Sehr verehrter Herr Kollege!

Mit geraumer Verspätung erhielt ich Jhr Schreiben vom 3.Dezbr.1945 und beeile mich, es umgehend zu beantworten. Ich möchte zunächst zu Ihren Vorschlägen betr. die Ergänzung der Kommission durch neue ordentliche und ausserordentliche Mitglieder bemerken, dass ich mit der schriftlichen Abstimmung, die Sie vorschlagen, einverstanden bin. Ebenso stimme ich Ihren Vorschlägen betr. die Neuwahl der drei ordentlichen Mitglieder zu, obwohl ja von den drei vorgeschlagenen Persönlichkeiten, die mir sämtlich gut bekannt sind, Herr von Heckel bereits 65 Jahre alt ist und Geheimrat Grabmann soeben 76 Jahre alt geworden ist, aber ich erkenne Ihre Gründe, die Sie zu dem Vorschlage bestimmt haben, an und nehme also den Dreiervorschlag an. Das Gleiche gilt für Jhre Vorschläge hinsichtlich der ausserordentlichen Mitglieder, bei beiden kommt ja die Altersfrage nicht in Betracht.

Hinsichtlich der Wählbarkeit der weiteren von Jhnen vorgeschlagenen Herren Hartung, Rörig und Grundmann bin ich nur hinsichtlich Rörig schwankend, weil ich nicht weiss, ob er zuletzt nicht doch der Partei beigetreten ist. Die Wahl von Grundmann begrüsse ich sehr.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Altersfrage zurückkommen. Da ich in diesem Jahre 75 werde und auch in der Vergangenheit, wenigstens in den letzten Jahren mich an den Arbeiten der Historischen Kommission nicht habe beteiligen können, da die auf mich ruhende Arbeitslast zu gross war, so möchte ich es für richtig halten, wenn ich aus der Historischen Kommission ausschiede. Jch habe in den früheren Jahren mich an den Jahressitzungen beteiligt und auch mit grossem Interesse den Fortschritt der Arbeiten verfolgt, aber jetzt dürften Jüngere an die Stelle der Älteren treten müssen, und ich bitte es daher zu verstehen, wenn ich den Vorschlag mache, aus der Kommission auszuscheiden.

Jch benutze die Gelegenheit, um Jhnen meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, dass Sie bei den Angriffen auf München verschont geblieben sind. Sehr betrübt hat mich Jhre Mitteilung des Todes der Herren Fester und Leidinger und auch von dem Tode Bittners. Jch habe mit allen Dreien sehr viel zu tun gehabt und beklage es sehr, dass sie abberufen wurden. Jch werde ja wohl später einmal hören, in welcher Form der Tod sie betroffen hat.

Das Einzige, was ich bei meinem Ausscheiden aus der Historischen Kommission bedaure, ist, dass damit die Aussicht schwindet, die in ihr vertretenen Fachgenossen wenigstens einmal im Jahr begrüssen zu können, aber in dieser Zeit kann ein solcher Grund nicht massgebend sein. Ausserdem ist das Reisen in der jetzigen Zeit in unserem Alter mit so grossen Schwierigkeiten verknüpft, dass es für mich vermutlich doch unmöglich sein würde, an den Tagungen teilzunehmen. Jch gedenke aber in diesem Augenblicke, in dem ich aus dem Kreise der Historischen Kommission ausscheide, besonders auch des Zusammenseins mit Jhnen in München und auch in Prag und Berlin und hoffe, dass wir uns doch noch einmal, vielleicht in Berlin, wenn mir die Rückkehr nach dort wieder gestattet werden wird, wiedersehen werden.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen, besonders für Jhre jetzige Tätigkeit und für das, was Sie uns noch wissenschaftlich schenken werden

Jhr

Albert Brackmann

Den mir übersandten Fragebogen auszufüllen hat für mich wohl keinen Zweck, da ich ihn ja für die Berliner Akademie ausfüllen musste.

50

(19) Blankenburg (Harz), den 18. März 1946.
Mewesstr. 9/I.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Mein Schreiben vom 12. Januar 1946, das ich Ihnen auf Ihre Mitteilungen in Sachen der historischen Kommission zugehen liess, werden Sie hoffentlich inzwischen erhalten haben. Vorgestern bekam ich einen Brief von Herrn Baethgen, in dem er mir u.a. auch von seinen Münchner Besprechungen in Sachen der Mon.Germ.hist. erzählt und dabei erwähnt, dass die Ansichten über die Zukunft dieses grössten deutschen wissenschaftlichen Unternehmens zur Geschichte des MA. noch sehr auseinandergingen. Wie ich den kurzen Worten entnehmen darf, sind die anwesenden Fachgenossen nur darin einig gewesen, dass eine Verlegung des Sitzes und der Verwaltung von Pommersfelden nach Erlangen nicht in Betracht komme. Über die Gründe schreibt B. nichts, aber der an den Besprechungen nicht Beteiligte kann, wenn er sieht, dass sich dieselben Herren für eine Verlegung nach München ausgesprochen hätten, kaum zu einem anderen Urteil kommen, als dass dabei auch konfessionelle Gesichtspunkte bestimmend gewesen sind. Das hat mich als einen der wenigen Mitglieder der alten, von der vorigen Regierung aufgelösten, Zentraldirektion mit einer gewissen Besorgnis erfüllt, sodass ich mich dazu entschloss, Ihnen, bei dem ein konfessioneller Gesichtspunkt gewiss nicht in Betracht kommt, offen meine Meinung mitzuteilen mit der Bitte, sie als vertraulich behandeln zu wollen, da ich es sehr bedauern würde, wenn solche Fragen wie die Zukunft der M.G. in die Sphäre konfessioneller oder gar partikularistischer Streitigkeiten herabgezogen würde.

Die letztere Möglichkeit scheint mir augenblicklich die bedenklichste; soweit ich den kurzen Bemerkungen von Herrn Baethgen entnehmen kann, motiviert man die Verlegung nach München damit, dass nur dort die organisatorische Selbständigkeit des Instituts gewahrt werden könne, und erklärt zugleich, dass Akademie und Staat für eine diese organisatorische Selbständigkeit wahrende Lösung der Frage einzutreten in der Lage seien. Offenbar bezweifelt man also, dass das in dem bisherigen Berliner Sitz der Fall gewesen sein würde. Aber würde diese Sicherheit erreicht werden, wenn die bayrische Regierung sich entschliessen sollte, Andeutungen des jetzt stellvertretenden Leiters zufolge, mit Hilfe einer von der Militärregierung zu erwirkenden Beschlagnahme-Verordnung, die M.G. als bisheriges Reichseigentum in Pommersfelden einzuziehen und als bayrisches Staatseigentum nach München zu verlegen? Ganz abgesehen davon, dass der bayrische Staat damit unter Ausnutzung der politischen Lage einen Rechtsbruch begehen würde, der in Berlin nicht beabsichtigt wird, würde zum ersten Male der Charakter der M.G. als eines gesamtdeutschen Unternehmens in ein partikularistisches bayrisches Staatsunternehmen umgewandelt und damit auch jene Gefahr des konfessionellen Einflusses heraufbeschworen werden, von der ich oben schon Andeutungen machte. Würde es nicht richtiger sein, in dieser Notlage der deutschen Wissenschaft alle gesamtdeutschen Unternehmen und vor allem die M.G. dem Kartell der deutschen Akademien zu überweisen und sie dadurch vor der Gefahr des Partikularismus und der konfessionellen Beeinflussung zu bewahren? Ich könnte mir denken, dass gerade Ihnen Ihrer ganzen Vergangenheit nach eine solche Lösung der Frage besonders erwünscht sein müsste, und wende mich daher an Sie mit der Bitte, unter vertraulicher Behandlung dieser Vorschläge

Stellung zu ihnen zu nehmen. Ich bin offen gestanden von dem wenigen, was mir Herr Baethgen geschrieben hat, sehr erschüttert worden, und bitte daher, es mit dieser Empfindung entschuldigen zu wollen, wenn auch ich, obwohl an jenen Besprechungen nicht beteiligt, meine Ansicht offen ausgesprochen habe.

In der Hoffnung, dass es Ihnen gut geht, bin ich mit herzlichen Grüssen in der Erinnerung an frühere bessere Zeiten

Ihr

Brackmann.

51

z.Zt. Blankenburg/Harz, den 26. März 1946

Mewesstr. 9, I.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Ihren freundlichen Brief vom 24. Februar habe ich erst heute bekommen. Er kreuzte sich mit meinem am 17. März geschriebenen und am 19. abgesandten, in dem ich Sie um Ihre Ansicht hinsichtlich der Zukunft der M.G.bat. Nun stellen Sie an mich die Frage, ob ich nicht doch Mitglied der Historischen Kommission bleiben wolle, und motivieren sie mit dem Hinweis darauf, dass man ja auch schriftlich beraten und seine Erfahrungen zur Verfügung stellen könne. Sollten auch die übrigen Mitglieder der Kommission damit zufrieden sein, dann könnte ich Ihrer freundlichen Bitte gegenüber natürlich nicht auf meinem früheren Standpunkt verharren und müsste meinen Antrag, mich aus der Liste der Mitglieder streichen zu wollen, zurückziehen. Es kommt aber noch eine andere Erwägung zu dieser meiner Ansicht hinzu, die mit meinem unterwegs befindlichen und an Sie unter der Adresse der Historischen Kommission gerichteten Briefe zusammenhängt. Wir werden jetzt immer wieder wie in der Frage der M.G. vor die Entscheidung gestellt werden, ob wir für eine gesamtdeutsche Behandlung der Frage stimmen sollen. Unter diesen Umständen scheint es mir im Interesse der Sache zu liegen, dass in München Berliner und Göttinger, in Berlin Göttinger und Süddeutsche Stimmen gehört werden. Vielleicht wäre es gut, grade diese Frage auch in der nächsten Sitzung der Historischen Kommission zu erörtern; denn ich habe aus der Korrespondenz der letzten Wochen durchaus den Eindruck gewonnen, dass keine andere Frage die Fachgenossen so stark beschäftigt wie diese.

Aber ich will heute nur noch kurz auf Ihre Fragen und Mitteilungen eingehen. Für eine Wahl in die Historische Kommission würde ich Hartung ohne weiteres vorschlagen. Ich habe mit ihm seit 1923 in Berlin zusammen gearbeitet, habe mit ihm seit 1925 die "Jahresberichte für deutsche Geschichte" herausgegeben und ihn namentlich in meinen Kämpfen gegen das Regime Rust in der Akademie als unbedingt zuverlässig gefunden. Vielleicht erscheint er mitunter als etwas nüchtern, aber er hat zugleich einen trockenen Humor, der auch seine Schüler immer wieder anzog. Er besitzt ferner in der Fakultät (z.Zt. stellv.Dekan) und in der Akademie (z.Zt. stellv.Sekretar der phil.-hist.Klasse) ein gutes Ansehen. Ich kann ihn daher durchaus empfehlen. Für Ihre Mitteilungen über Fester, Leidinger, Bittner, von Srbik und K.A.von Müller danke ich Ihnen sehr und stimme Ihnen besonders in der Beurteilung v.Srbiks in jeder Beziehung zu. Ich glaube nicht, dass man ihn auf die Dauer in dem Kreise der Historischen Kommission entbehren könnte.

In dem Augenblick, in dem ich diese Worte niederschrieb, bekam ich die Nachricht, dass Brandi gestorben sei. Noch vor kurzem hatte er mir geschrieben, dass die Ärzte ihn seines Herzens wegen in ein Krankenhaus holen wollten; Nun hat sein Herz doch versagt. Ich habe hin und wieder Auseinandersetzungen mit ihm gehabt, aber angesichts des Todes denkt man doch nur an das Wertvolle, was in diesem Wissenschaftler und in diesem Menschen steckte, und dieser Rückblick hat mich doch sehr bewegt.

Mit herzlichsten Grüssen und Wünschen

Ihr

A. Brackmann.

Heidelberger
Akademie der Wissenschaften

Heidelberg, d. 2. 6. 46.

Hochgeehrter Herr Kollege!

Mit verbindlichem Danke bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 23. 5. Wir sind natürlich sehr gerne bereit, in das neu zu bestellende Kuratorium der Monumenta einen Vertreter zu entsenden. Es entspricht das auch durchaus den Ansichten, die uns vor längerem schon von der Berliner wie der Göttinger Akademie in der Angelegenheit mitgeteilt und mir kürzlich noch gelegentlich eines Besuches von Herrn Smend-Göttingen mündlich ausführlicher bestätigt wurden. Entspricht auch der Tatsache, daß unsere Akademie schon in dem nun aufgelösten Reichsinstitute für ältere deutsche Geschichtskunde einen Vertreter besaß. Es war als solcher s. Z. auf Vorschlag des damaligen Leiters der MGH, Stengel, vom Reichsministerium meine Wenigkeit bestimmt worden, vermutlich weil man nach Edw. Schröders Tode wieder einen Germanisten dabei haben wollte.

Wir sind nun infolge besonderer Umstände im Augenblick nicht in der Lage zu bestimmen, welcher von den 3 Historikern, die unserer Akademie als ord. Mitglieder angehören, in das neue Kuratorium zu entsenden sein wird. Es wohnen zwei von ihnen nicht in Heidelberg und sollen doch zur Sache ge-

hört werden. Ich muß darum um ein wenig Geduld bitten. Sie sollen so bald als möglich Nachricht über unsere Entscheidung erhalten.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr ergebener

Hinrich Lauffer

53

DR. FRITZ RÖRIG
UNIVERSITÄTSPROFESSOR

BERLIN-ZEHLENDORF, 15.März 46
XXXXXXXXXXXX
XXXXXXXXXXX
Beuckestr,4

Verehrter,lieber Herr Geheimrat!

Am 21.Februar 1945 haben Sie mir zum letzten Male geschrieben. Für diese Karte danke ich Ihnen herzlich. Bei Ihnen liegt der seltenere Fall vor, daß man jetzt nicht besorgt fragen muß, wie es Ihnen und den Ihren ergangen ist; Ihnen gegenüber kann man nur mit Freude feststellen, daß Ihnen Genugtuung für manches unerfreuliche Erlebnis der letzten 12 Jahre geworden ist, wie es auch mich besonders gefreut hat, daß Theodor Heuß seine Fähigkeiten jetzt an so wichtiger Stelle verwerten kann. Wenn ich Ihnen etwas von uns berichten darf, so sind wir am letzten Kampftag in Zehlendorf, am 24.April bei einem schweren Fliegerangriff gerade hart am Schlimmsten vorbeigekommen, dagegen war unser Haus so sehr beschädigt, daß wir uns zum Umzug in eine kleinere, aber doch recht ansprechende und für unsere Zwecke passende Wohnung entschlossen haben. Natürlich haben auch wir den schweren Zeiten unsere Opfer gebracht. Ernährungsmäßig und der Gesundheit nach sah es Ende vorigen Jahres schlimm bei uns aus. Seitdem haben wir von auswärts mancherlei Hilfe bekommen, sodaß es jetzt wieder entschieden aufwärts geht.

Wir Historiker sollen vom nächsten Semester ab lesen; trotzdem haben wir reichlich genug zu tun. Gestern sprach ich in der Akademie über "Mittelalter und Schriftlichkeit". Von meiner historisch-publizistischen Tätigkeit, die ein kleines Gegengewicht gegen allzu viele auflösende Tendenzen schaffen möchte, darf ich Ihnen eine Probe beilegen.

Zu meiner Freude erfuhr ich gestern in der Akademie, daß Sie sich für eine vorläufige Betreuung der Mon.Germ.Hist.durch die

bayrische Regierung eingesetzt haben. Mir scheint der Vorschlag, daß die Monumenta endgiltig von einem Kuratorium der verschiedenen deutschen Akademien betreut werden sollen, der richtige zu sein. Möchten die Monumenta weiterhin ein wirkliches Denkmal deutscher Einheit sein und nicht in einen innerdeutschen "zwischenstaatlichen" Competenzenstreit hineingezogen werden!

Es würde mich sehr freuen, wenn unsere alten Beziehungen sich jetzt wieder beleben würden. Zunächst hoffe ich, daß diese Zeilen Sie und die Ihren bei persönlich gutem Wohlsein und nicht ohne irgendwelche begründete Hoffnung für eine deutsche Zukunft treffen mögen.

Mit allen guten Wünschen für Sie und Ihre Famile und mit herzlichen Grüßen

Ihr

König

54

DR. FRITZ RÖRIG
UNIVERSITÄTSPROFESSOR

BERLIN-ZEHLENDORF, HOHENZOLLERNSTR. 42
FERNRUF: 84 22 48
Beuckestr.4

30.April 46

Verehrter, lieber Herr Geheimrat!

Meinen herzlichen Dank für Ihren freundlichen Brief vom 15.April. Sie haben vollkommen recht: erst jetzt kann man wieder offenherzig sprechen und schreiben. Wer innerhalb der letzten 12 Jahre in amtlucher Tätigkeit war, war notgedrungen fortgesetzt irgendwelchen Zweideutigkeiten ausgesetzt und konnte nicht frei atmen. Ich nannte es, "im Brackwasser leben". Daß ich wenigstens bis 1933, d.h.bis zum letzten Augenblick, wo man frei handeln konnte, mich gegen das kommende Unheil gewehrt habe, mag Ihnen der beiliegende Auszug aus einem Briefwechsel mit Herrn von Eynern vom Jahre 1931 zeigen.

Sehr gefreut hat mich auch Ihre Zustimmung zu meinem Reichsaufsatz, dem heute ein weiterer folgt. Von anderer Seite sind diese Aufsätze unfreundlich mißgedeutet worden, obwohl ich sie in vollkommener, mir garantierter Selbständigkeit geschrieben habe. So meinte Brackmann in einem Brief an Hartung, es beständen Widersprüche zwischen diesen Artikeln und meinen Beziehungen zu Rust. Ich habe darauf Herrn Brackmann die zweite Beilage in Maschienenschrift zugeschickt, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

In der Frage der M.G. freue ich mich der übereinstimmenden Meinung, daß die Monumenten einem Kartell der Akademien unterstellt werden sollen, also einer Kommission, in der die mittelalterlichen Historiker der Akademien sitzen. Der Regelung und Klärung bedarf noch die finanzielle Sicherung der Monumenten. Nach dem was Dr.Meyer nach Berlin geschrieben hatte, waren gewisse Sorgen, die hier auftraten, vollkommen berechtigt. Auch schien es, daß Herren der bayrischen Archivverwaltung ein etwas weitgehendes Interesse an den Monumenten bewiesen, das etwas an die Zeiten des seligen Montgelas erinnerte und nach dem grob zupackendem Münchner Zentralismus etwa Nürnberg und Bamberg gegenüber schmeckte. Es läßt sich nicht leugnen, daß für Berlin und die Berliner mittelalterliche Geschichtswissenschaft ein sehr erheblicher Schaden erwachsen würde, wenn die jahrzehntealte Verbindung zwischen Universität und der Zentralstelle der Monumenten gelöst würde; jedenfalls war es fehl am Platze, von Berlin als einer "Reststelle der Monumenten" zu sprechen. Am zweckmäßigsten würde ich es finden, wenn eine Besprechung der mittelalterlichen Historiker der verschiedenen Akademien sich ermöglichen ließe. Die Schwierigkeiten ließen sich vielleicht überwinden. Jedenfalls beruhigt es mich, daß Sie an der ganzen Angelegenheit ein lebhaftes Interesse nehmen und auch sie im gesamtdeutschen Sinne sehen.

Mit herzlichem Gruße stets

Ihr

Rörig

Herrn Geheimrat
Prof.Dr.Goetz

(13b) Gräfelfing b.München
Irmenfriedstr.31

Berlin-Schlachtensee, 15. II. 45
Lagardestr. 15

55

Sehr verehrter Herr Kollege Goetz!

Wenn ich Ihrem Wunsche folge u. die Biographie von Heinrich Abeken übernehme, so geschieht das natürlich unter der Voraussetzung, daß wissenschaftliche Arbeit in Berlin möglich bleibt u. zur Ablieferungszeit auch noch Postverbindung mit München besteht. Universitäts- u. Reichstagsbibliothek arbeiten noch; unsere Seminarbibliothek haben wir vor etwa 5/4 Jahren mit vieler Mühe im Oderbruch „sichergestellt", wo sie jetzt wohl von den Russen beschossen wird. Im übrigen warten wir auf die Dinge, die kommen werden; daß sie sehr Erfreuliches bringen werden glauben selbst die Optimisten nicht mehr.

Für die Beamtenbiographien möchte ich Sie übrigens auf den Oberarchivrat Dr. H. O. Meisner in Potsdam, Bredowstr. 4 aufmerksam machen. Er wird sich freuen, wenn er beteiligt wird, während ich mich der Aufgabe nur aus Pflichtgefühl unterziehe.

Mit den besten Grüßen in Erinnerung an die Zeiten der Histor. Reichskommission

Ihr F. Hartung

Berlin- Schlachtensee, Lagardestr. 17/19
den 25. Mai 46

Sehr verehrter Herr Kollege Goetz!

Zwar hofft Baethgen, dass er in der nächsten Woche nach dem Süden abreisen und dann auch Sie besuchen kann, aber ich möchte doch nicht unterlassen, Ihnen für Ihr freundliches Schreiben vom 1. Mai bestens zu danken. Ihre Worte haben mich wesentlich beruhigt. Sie dürfen überzeugt sein, dass es uns bei der ganzen Aktion für die Neugestaltung der MGH keineswegs darauf ankommt, persönlich oder auch örtlich eine Rolle zu spielen. Der Hauptgedanke ist, die Gelegenheit zu benutzen, um nach der Politisierung unserer Forschungsanstalten in der Form vom "Reichsinstituten" mit "Führern" wieder zu Formen zu gelangen, die den wissenschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, dabei womöglich an alte Traditionen wieder anzuknüpfen und wenn es möglich ist, auch die Zersplitterung in den Organisationen zu überwinden, die wir uns weder mit unsern finanziellen Kräften noch im Hinblick auf die verfügbaren Arbeitskräfte in Zukunft werden leisten können. Wir haben auch von vornherein an die Lösung gedacht, die Sie in Ihrem Brief andeuten, nämlich an eine Anlehnung an das Kartell der Akademien als die wohl einzige Instanz, die eine über die Zonengrenzen hinausgehende Gemeinschaftsarbeit in die Wege leiten u. vielleicht sogar die alten Verbindungen mit den Wiener Gelehrten, vielleicht auch mit den schweizerischen, aufnehmen könnte.

Ich bin auch überzeugt, dass selbst der Berliner Magistrat, als er die Akademie (nicht Baethgen persönlich) mit der Sorge für die Institute der Geschichtforschung beauftragte, lediglich an die Berliner Stellen gedacht hat. Praktisch ist dabei nicht viel herausgekommen. Vom ehemäligen Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland ist nichts mehr vorhanden, das Gebäude, in dem es sich befand, ist restlos zerstört. Auch das Kaiser-Wilhelm- Institut für deutsche Geschichte ist einstweilen erledigt, da sein Leiter Kehr ebenso wie der Bearbeiter der Germania sacra Dr. Wentz verstorben sind. Das Ganze sollte nur verhüten, dass etwa vorhandene Bibliotheksreste verschwänden; viel war leider nicht mehr zu machen.

Aber bei aller Einsicht in die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage kann ich doch mein Einverständnis mit dem Vorgehen von Dr. Meyer, der mir seit seiner Studienzeit sehr gut bekannt , in seiner persönlichen Zuverlässigkeit freilich schon vor Jahren etwas zweifelhaft geworden ist, nicht ohne weiteres erklären. Als wir uns am 27. XI.v.J. in der Wohnung von Stroux besprachen- der Scheel, der daran teilnahm, ist nicht der Kieler Theologe, der meines Wissens emeritiert oder entlassen jedenfalls nicht als Professor bestätigt worden ist, sondern ein Orientalist, der die Verwaltungsgeschäfte der Akademie besorgte, seither aber auch als Pg entlassen ist-, hat er versprochen, mit uns in Fühlung zu bleiben, aber diese Zusage hat er nicht recht eingehalten.

Ueber die Einzelheiten einer neuen Organisation für die MGH wird sich Baethgen mit Ihnen unterhalten können. Ich hege nicht nur wie Sie die Hoffnung, dass die Verhandlungen in fruchtbarem Zusammenwirken geführt werden, sondern bin fest überzeugt, dass es bei dem anscheinend überall vorhandenen guten Willen bald dahin kommen wird.

Zu Ihrem Brief

Ich hätte Ihnen unmittelbar geantwortet, wenn ich nicht durch die Vorbereitung einer Historikertagung für die Universitäten der sowjetischen Zone, die ich neben den Dekanatsgeschäften zu besorgen hatte, stark in Anspruch genommen gewesen wäre. Erschienen waren alle z.Zt. zugelassenen Lehrkräfte der Geschichte. Es waren erschütternd wenige. Aus Leipzig kamen Kötzschke, der noch immer eine Seele von Mensch , aber doch recht alt u. zittrig ist, ein Dozent Dr. Mau, der äusserlich wenigstens seinem Namen Ehre macht, fürs MA u.Dr. Köster vom Verlag Koehler & Amelang als Lehrbeauftragter für neuere Geschichte, aus Greifswald Hofmeister, aus Rostock Hohl (alte Gesch.) u. ein Studienrat Fiesel, der an-

geblich etwas vom MA versteht, aus Halle Lintzel u. Hinrichs, aus Jena Fr. Schneider u. Haussherr. Die Tagung diente der Aussprache über die Aufgaben der Geschichtswissenschaft in der heutigen Zeit, vor allem über die Möglichkeit, im Winter mit Vorlesungen wieder anzufangen. Darüber wurde zwei Tage mehr oder minder klug geredet, am 3. Tage wo wir unter uns waren, während an den beiden Haupttagen allerhand Vertreter der Zentralverwaltung u. sonstige Interessenten dabei gewesen waren, machten wir dann einen Lehrplan, der nicht weniger als 46 Vorlesungen aufführt. Zwei Hauptfragen blieben dabei freilich unbeantwortet, nämlich, welche Universität einen Lehrkörper hat oder bald haben wird, um alle diese 46 Vorlesungen in 8 Semestern darzubieten und welcher Student in der Lage sein wird, sie alle in sich aufzunehmen. Immerhin haben wir für die Studenten insofern gesorgt, als wir ausdrücklich gesagt haben, dass niemand verpflichtet sein soll, sie alle zu hören.

Die Erfahrungen, die Baethgen u. ich bei der Besprechung der Lehrpläne für den Geschichtsunterricht an den Schulen gemacht haben, berechtigen uns zu der Hoffnung, dass schliesslich auch aus unsern Plänen für die Universitäten etwas herauskommen wird, mit dem sich arbeiten ~~wird~~. Für den Augenblick können wir eine gewisse Planung im akademischen Unterricht nicht entbehren, denn die Studierenden sind hilfloser, als wir in unserm 1. Semester gewesen sind. Wenn dereinst die Abiturienten auf die Universität kommen, die alles Wissen u. Verständnis mitbringen, die der neue Lehrplan für die Schulen vorschreibt, dann können wir auf den etwas schulmässigen Lehrplan verzichten. Aber diese Zeit werde ich schwerlich erleben. Denn wenn ich oben gefragt habe, wo die Universitäten einen unsern Plänen gewachsenen Lehrkörper hernehmen sollen, so ist diese Frage erst recht für die Schulen zu stellen.

Aber die Hauptsache scheint mir zu sein, dass wir anfangen u. das Beste, was wir können, aus der Situation herausholen.

Mit den besten Grüssen

Ihr ergebener

Hartung

57

München, den 3.April 1946.
Giselastrasse 12.

Sehr verehrter lieber Herr Hartung!

Ihr Brief vom 13.März hat mich vor kurzem erreicht. Lassen Sie mich zunächst meine Freude darüber aussprechen, dass die Berliner Historiker die Ereignisse des vergangenen Jahres heil überstanden haben. Grüssen Sie vor allem die Herren Rörig und Baethgen mit meinen herzlichen Empfehlungen; vielleicht geben Sie den beiden Herren den Text dieses Briefes, da ich nicht weiss, ob die alten Adressen noch zutreffen.

Zu dem von Ihnen angeschnittenen Thema habe ich zur Zeit kaum eine Meinung, keinesfalls aber kein Amt. Wenn Ihre Annahme, dass ich in München, wo übrigens historische Vorlesungen gehalten werden dürfen, eine akademische Tätigkeit fände, trifft nicht oder doch noch nicht zu. Ich war zur Vertretung hierher gebeten, und meine fast perfekte Berufung scheiterte an Widerständen, deren personale Träger mir unbekannt sind, und die sich auf gewisse Sätze in meinem Deutschen Mittelalter stützten - eine von allen Beteiligten als höchst fragwürdig bezeichnete Basis für die Angriffe auf meine Person. Die Sache, die schon negativ erledigt schien, lebt aber jetzt mit einiger Aussicht auf Erfolg und ohne mein Zutun wieder auf. Zunächst werde ich wahrscheinlich im Sommersemester in Göttingen Schramm vertreten.

Mit der Frage des Verbleibs der Monumenta war und bin ich also nicht befasst. Ich möchte in dieser Frage jetzt umso weniger das Wort nehmen, als die Bayerische Akademie durch Herrn Goetz eben den Weg beschritten hat, den Sie für die Gesamtorganisation der historischen Forschung ins Auge gefasst haben, indem nämlich die Münchner Akademie an die übrigen Akademieen mit dem Vorschlag herangetreten ist, das Kartell zu veranlassen, den Monumenta eine neue Rechtsbasis zu geben. Auf einer anzustrebenden Kartellsitzung oder auch durch schriftliche Voten wird dann Gelegenheit sein, auch die Ortsfrage festzulegen. Meine persönliche, aber nicht von persönlichen Wünschen diktierte Meinung, in der ich mich aber korrigieren lasse, ist diese, dass es zur Zeit nicht tunlich ist, zum mindesten die Bibliothek über eine Zonengrenze zu bringen.

Auf dem von Herrn Goetz bezüglich der Monumenta schon beschrittenen Wege, wird auch das Kartell zu Ihren interessanten Vorschlägen Stellung nehmen können. Es ist nicht meine Sache, der Meinung der Münchner historischen Kommission in dieser Frage vorzugreifen. Mir persönlich ist der Gedanke, durch das Kartell eine Vereinheitlichung herbeizuführen, sehr sympatisch.

(Heimpel)

Dr. Leo Santifaller
ord. Professor der Universität
Wien I., Singerstraße 27, II.

58

Wien, am 13.Juni 1946

Betrifft: Monumenta Germaniae.

Hochgeehrter Herr Geheimrat!

Am 7.Juni 1946 hatten wir bei Herrn Hofrat Dopsch eine Besprechung über die Monumenta Germaniae. Ausser Herrn Hofrat Dopsch waren anwesend: Frau Professor Patzelt, Herr Professor v.Loehr, Universitätsdozent Dr.Anton Julius Walter als Mitarbeiter und ich als Leiter der Wiener Diplomata-Abteilung. Auf Wunsch von Herrn Hofrat Dopsch und der übrigen Genannten gestatte ich mir Ihnen folgendes mitzuteilen:

1) Wie Ihnen wohl bekannt ist, habe ich im Jahre 1943 die Herausgabe der Urkunden Kaiser Friedrichs I. übernommen. Einen Jahresbericht für 1943-1944 habe ich im April 1944 an den Präsidenten des Reichsinstituts übersendet.

2) Im April 1945 haben mich die Bearbeiter der Urkunden Konrads III. (Privatdozent Fichtenau) und Philipps und Ottos IV. (Privatdozent Anton Julius Walter) gebeten, so wie es vor 1938 bezw. 1935 war, eine Wiener Diplomata Abteilung zu bilden und dieselbe zu leiten. Im Interesse der Monumenta Germaniae und des Wiener Instituts habe ich, so gut ich es vermochte, diesem Wunsche entsprochen und hoffe, dass Sie, Herr Geheimrat, bezw. die Zentraldirektion damit einverstanden sind.

3) Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht 1944-1945 und 1945-1946 werde ich mir erlauben demnächst vorzulegen. Für heute möchte ich nur

Österreichische Zensurstelle
18
- W. -

Herrn

Geheimrat Univ.Professor
Dr.Walter G o e t z

Gräfelfing bei München
Irmenfriedstr.31

kurz folgendes berichten: der langjährige Mitarbeiter H.v.Fichtenau ist leider von seiner Mitarbeit endgültig zurückgetreten. Dafür hat sich Herr Walter bereiterklärt, die Fertigstellung Konrads III. zu übernehmen; unter der Voraussetzung, dass ihm ein Mitarbeiter gewährt wird, hofft er im Jahre 1947 den Band druckfertig machen zu können. An den Barbarossa-Urkunden wurde noch 1944-1945 fleissig gearbeitet, doch seitdem ist leider die Mitarbeiterin Frl.Dr.Gross ausgeschieden. Die Urkunden Philipps und Ottos IV. betreut weiterhin Herr Walter. Da sich ein Grossteil des Materials für Heinrich VI.(insbesondere die Fotokopien) im privaten Besitz von Herrn Walter befindet, schiene es mir am besten, auch die Bearbeitung Heinrichs VI. nach Wien zu übertragen - dies vor allem auch aus dem sachlichen Gesichtspunkte, weil doch die Urkunden Heinrichs VI. aufs engste mit denen seiner Vorgänger und seiner Nachfolger zusammenhängen; Kanzlei-, Schrift- und Diktatuntersuchungen lassen sich ja nur im Zusammenhang des Gesamtmaterials ausführen.

4) Zur endlichen Fertigstellung Konrads ~~IV.~~ III. und zur Weiterführung Friedrich I. benötigt die Wiener-Diplomata-Abteilung dringend einer geschulten Hilfskraft. Eines von unseren Institutsmitgliedern, das in diesen Wochen die Institutsprüfung ablegt, ist dafür in Aussicht genommen. Ich halte eine monatliche Vergütung von 250 S für angemessen.

5) Wie Ihnen wohl bereits Herr Hofrat Dopsch mitteilte, hat das österreichische Bundesministerium für Unterricht erfreulicherweise einen Jahresbeitrag für die Monumenta Germaniae in der Höhe von 5000 S zugesichert. Früher war es unseres Wissens üblich, dass der österreichische Beitrag unmittelbar an die Zentraldirektion der Monumenta Germaniae überwiesen wurde und die Zentraldirektion hat dann von sich aus die Wiener Abteilung bezw. deren Mitarbeiter besoldet. Da aber gegenwärtig alle Ueberweisungen ins Ausland bezw. ausländische Ueberweisungen nach Oesterreich unmöglich sind, schiene es uns am einfachsten, wenn der

österreichische Beitrag vom Wiener Ministerium direkt an die Wiener Diplomata-Abteilung überwiesen würde. Die Wiener Abteilung könnte dann alsogleich einen vielleicht sogar zwei Mitarbeiter besolden und die Arbeiten daher möglichst fördern.

Wenn Herr Geheimrat mit unserem Vorschlag einverstanden sind - worum wir Sie ersuchen - dann bitten wir Sie namens der Zentraldirektion ein Schreiben an das "Oesterreichische Bundesministerium für Unterricht" zu richten und darin zu ersuchen, es möchte der für das laufende Rechnungsjahr bewilligte Zuschuss von 5000 S für dieses Jahr der unter meiner Leitung stehenden Wiener Diplomata-Abteilung überwiesen werden. Es wäre vielleicht am einfachsten, wenn Herr Geheimrat dieses Schreiben an mich senden wollten; ich würde es dann zugleich mit meinem Liquidierungsantrag direkt dem Ministerium vorlegen.

6) Dass die Wiener Akademie der Wissenschaften Ihr an Hofrat Dopsch gerichtetes Schreiben in der Sitzung vom 17.Mai mit lebhaftem Interesse und mit bestem Danke für Sie, hochverehrter Herr Geheimrat, zur Kenntnis genommen hat, haben Sie ja bereits durch Herrn Hofrat Dopsch erfahren. Desgleichen, dass die Akademie sich erlaubte aufmerksam zu machen, dass nach dem im Einvernehmen mit der Wiener Akademie bezw. mit der österreichischen Regierung 1875 aufgestellten und bis 1935 in Geltung gebliebenen Statut die Wiener Akademie, so wie die Berliner und die Münchener Akademie, stets zwei Delegierte in die Zentraldirektion entsendet hat - abgesehen davon, dass nach eben diesem Statut jeder Abteilungsleiter von selbst Mitglied der Zentraldirektion ist.

Dies erlaubte ich mir Herrn Geheimrat mitzuteilen und bin mit den aufrichtigsten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Leo Santifaller

Österreichische Zensurstelle 18 - W. -

60

Historische Kommission
München.

München/Gräfelfing, d.12.8.46.
Irmenfriedstr.31

An das österreichische
Unterrichtsministerium.
Wien.

Laut Mitteilung des Herrn Professors Santifaller hat das Unterrichtsministerium zur Erhaltung der Wiener Zweigstelle der Monumenta Germaniae historica von neuem eine jährliche Summe von 5000.-- Schilling bewilligt. Im Auftrag der Monumenta spreche ich dem Ministerium den aufrichtigsten Dank aus; es ist dadurch die Erhaltung der Wiener Zweigstelle nicht nur gesichert, sondern auch dem Gesamtunternehmen der Monumenta der wertvollste Dienst geleistet. Da die Wiener Akademie mit der neugebildeten Zentraldirektion der Monumenta einen Vertreter stellt, so bleibt das alte Zusammenwirken Österreichs und Deutschlands bei einem der grösten Unternehmen der Wissenschaft die alte Zusammenarbeit in erfreulichster Weise gesichert. Das Ministerium möge deshalb des aufrichtigsten Dankes für sein grosszügiges Vorgehen versichert sein.

Verehrungsvollst

I.A. der Monumenta historica
Prof. Dr. Walter Goetz.

Wahlordnung für die korrespondierenden Mitglieder.

§ 1. Die Wahl der korrespondierenden Mitglieder wird in zwei auf einander folgenden Sitzungen vorgenommen, in deren erster die Anträge eingebracht werden, während in der zweiten die Diskussion darüber eröffnet und zum Schluss abgestimmt wird.

§ 2. Die Abstimmung erfolgt mit geschlossenen Zetteln und zwar für jeden Kandidaten in einem gesonderten Wahlgang, nach alphabetischer Ordnung der Namen.

§ 3. Zur Gültigkeit der Wahl ist die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Bei Stimmengleichheit gilt die Wahl als abgelehnt.

Für die Wahl der Mitglieder der Zentraldirektion sowie des Präsidenten bleiben die bisher geltenden Bestimmungen (vergl. Neues Archiv 17,892, S.626 f.) in Kraft.

[redacted]nstitut für ältere
deutsche Geschichtskunde
(MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA)
Der Präsident

München 27,
~~Berlin NW 7,~~ den 10. August 1948.
~~Charlottenstraße 41~~
~~Fernruf: 16 27 89~~
Sternwartstr. 20

An die

Mitglieder der Zentraldirektion
der Monumenta Germaniae Historica

Nr.

Wie ich schon jetzt mitteilen möchte, ist die nächste Tagung der Zentraldirektion für Anfang Oktober in Aussicht genommen. Doch kann ich endgültige Einladungen noch nicht ergehen lassen, da ich bisher noch keine Klarheit über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel habe erhalten können. Persönlich lege ich den grössten Wert darauf, dass die Tagung zustandekommt. Daher bitte ich die Mitglieder, überlegen zu wollen, auf welche Weise sich die Kosten etwas ermässigen liessen. Vielleicht könnten die Akademie-Vertreter erreichen, dass die Kosten ihrer Reise in diesem Ausnahmefall und ohne Präjudiz von ihren Akademien übernommen würden. Allgemein wäre ich den Mitgliedern dankbar, wenn sie ihre Ansprüche auf Reisekosten und Tagegelder nach Möglichkeit einschränken und sich evtl. mit Ratenzahlung einverstanden erklären wollten.

Herr Prof. Th. Mayer hat als Antwort auf die von Herrn Goetz und mir vorgelegten Denkschriften neuerdings ein vom Juni 1948 datiertes Rundschreiben versandt, über das ich einige Bemerkungen anfügen muss. Ich habe mich bisher bemüht, die Diskussion mit einem Mindestmass von persönlicher Polemik zu führen. Der Ton, den Herr Mayer jetzt anschlägt, zwingt mich zu meinem Bedauern diese Zurückhaltung aufzugeben. Dabei halte ich es im Interesse des Ansehens der deutschen Geschichtswissenschaft allerdings nicht für angebracht, den Streit weiter vor der Öffentlichkeit einer grösseren Anzahl von Fachgenossen auszutragen. Vielmehr wende ich mich lediglich an die Mitglieder der Zentraldirektion, die meiner Auffassung nach ein besonderes Recht auf genauere Information haben. Auch kann ich Herrn Goetz, der sich zur Zeit in der Schweiz aufhält, in der Beantwortung des gegen ihn gerichteten Teils des Rundschreibens nicht vorgreifen. Ich beschränke mich daher vorläufig auf die folgenden Feststellungen, füge jedoch zugleich hinzu, dass ich den Mitgliedern der Zentraldirektion zu jeder ergänzenden Auskunft schriftlich und mündlich jederzeit zur Verfügung stehe:

1.) Es ist unrichtig, dass ich mein Berliner Ordinariat noch beibehielte, vielmehr ist die dahingehende Behauptung des Herrn Mayer samt der daran geknüpften Vermutung, dass ich mich in München auf keinem ganz sicheren Boden fühlte, reiner Unsinn. Ich habe mein Berliner Ordinariat am 1. November 1947 niedergelegt, nachdem ich die Berufung nach München erhalten und angenommen hatte, habe seitdem das Gehalt nicht mehr bezogen und schon im Winter-Semester 1947/48 in Berlin nicht mehr gelesen. Es gibt auch sonst keine Tatsache, welche die Behauptung des Herrn Mayer auch nur im entferntesten rechtfertigte.

2.) Ich nehme davon Kenntnis, dass Herr Mayer die in seinem ersten Rundschreiben aufgestellte Behauptung, ich hätte Anfang September 1947 in München angegeben, ich sei in Sachen seines Spruchkammer-Verfahrens bereits in Berlin vernommen worden und brauchte deshalb nicht persönlich zu der Verhandlung zu kommen, auf meine Richtigstellung hin nunmehr stillschweigend fallen gelassen hat. Dafür äussert er jetzt verhüllte Zweifel an meiner Angabe, dass ich keine Ladung zu der Verhandlung am 6.September erhalten hätte. Ich stelle daher nochmals ausdrücklich fest, dass mich keine derartige Ladung erreicht hat. Eingeschriebene Briefe habe ich mir in der Tat auf die Reise nach Süddeutschland nicht nachschicken lassen und zwar deshalb, weil der Postverkehr zwischen Berlin und den Westzonen sich damals so langsam abwickelte, dass ein mir von Berlin aus nachgesandter Brief mich auf der Reise doch nicht erreicht haben würde. Infolgedessen habe ich von der Existenz der beiden eingeschriebenen Briefe vom 26.8. und 2.9. erst aus dem Rundschreiben des Herrn Mayer erfahren.

Herr Mayer scheint weiter andeuten zu wollen, dass ich irgendwelchen Grund gehabt hätte, es zu scheuen, "als Zeuge Rede und Antwort stehen" zu müssen. Es wäre sehr zu wünschen, dass Herr Mayer sich entschliessen wollte, etwas deutlicher zu sagen, was er damit eigentlich meint. Es sei ihm schon jetzt versichert, dass ich ihm dann die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben werde. Im übrigen hatte ich schon in meiner Bemerkung zu der Denkschrift des Herrn Goetz betont, dass ich keine Veranlassung gehabt hätte, mich von mir aus zu einer Vernehmung bei der Verhandlung am 6.September, deren Termin ich gesprächsweise in München erfuhr, zu melden und zwar besonders deshalb, weil ich nicht annehmen konnte, dass meine Aussage die Position des Herrn Mayer verbessern würde. Herr Mayer will das offenbar nicht verstehen, und so muss ich jetzt hinzufügen, dass es schwerlich in seinem Interesse gewesen wäre, wenn ich über die näheren Begleitumstände seiner Berufung nach Berlin hätte aussagen müssen. Denn es würde doch wohl ein etwas eigentümliches Licht auf den von ihm so sehr betonten Zwangscharakter dieser Berufung geworfen haben, wenn zur Sprache gekommen wäre, dass er, obwohl bei Herrn Minister Rust "persona ingratissima", es in dessen Ministerium trotzdem erreichen konnte, dass ihm zur Leitung des damaligen Reichsinstituts und des damit verbundenen Historischen Instituts in Rom auch noch ein Ordinariat an der Berliner Universität zugesichert wurde und zwar hinter dem Rücken der in Frage kommenden Philosophischen Fakultät und dass diese Pfründenkumulation lediglich an der entschiedenen, auf die einmütige Stellungnahme aller Berliner Historiker gestützten Ablehnung des damaligen Dekans scheiterte, eine Haltung, die Herr Mayer den Beteiligten auf das Schwerste verübelte.

3.) Es ist unwahr, dass ich Herrn Mayer, wie er behauptet, jemals gebeten hätte, die Leitung der Monumenta zu übernehmen. Wahr ist, dass ich zu einer solchen Bitte überhaupt keine Gelegenheit hatte, da ich von seiner Ernennung zum Präsidenten des Reichsinstituts erst erfuhr, als sie vollendete Tatsache war, und dass ich eine solche Bitte auch niemals ausgesprochen haben würde, weil ich seine Wahl mit Rücksicht darauf, dass ihm die besonderen Aufgaben, die ihn an der Spitze des grössten deutschen Editionsinstitutes erwarteten, bei seiner Forschungsrichtung ziemlich fern lagen, niemals für sehr glücklich gehalten habe.

4.) Zu dem "Gutachten" des Herrn Scheel habe ich zunächst das Folgende zu bemerken: Ich habe Herrn Scheel darauf hingewiesen, dass eine in dem von ihm verfassten und unterschriebenen "Gutachten" über mich enthaltene Behauptung (vergl. unten Punkt 5) nicht den Tatsachen entspreche und

ihn aufgefordert, diese Angabe richtig zu stellen, und zwar vor demselben Kreise, in dem sie durch Herrn Mayer verbreitet worden sei. Herr Scheel hat mir daraufhin unter dem 6.August geantwortet, dass er diesem Wunsche nicht entsprechen könne, da er nicht wisse, an wen Herrn Mayer sein Rundschreiben versandt habe. Wörtlich fährt er dann fort:"Übrigens sind Sie in einem - entschuldbaren - Irrtum. Ich habe zwar den Entwurf zu einem Gutachten verfasst, das von mir aber bis heute nicht gezeichnet worden ist, weil es noch umgearbeitet werden sollte. Ausserdem sollte es auch nicht versandt, sondern lediglich zu informatorischen Besprechungen beim Bayerischen Staatsministerium Verwendung finden. Die Aufnahme in das Rundschreiben und die Untersetzung meines Namens ist ohne meine Zustimmung vorgenommen worden. Das Gutachten ist daher in der jetzigen Fassung nicht als eine Erklärung von mir anzusprechen, jedenfalls nicht in Bezug auf die Bemerkung über Sie." Ich habe diesen Feststellungen nichts hinzuzufügen.

5.)Bei der eben erwähnten Angabe des sogenannten Gutachtens handelt es sich um die Behauptung, dass ich die Unterabteilung Mittelalter des Geschichtsinstitute der Deutschen Arbeitsfront geleitet hätte, die ich nur als eine ungewöhnlich dreiste Erfindung bezeichnen kann. Tatsache ist, dass ich eine solche oder auch nur entfernt ähnliche Stellung oder Funktion niemals innegehabt habe. Die einzige Beziehung, die ich je zur Deutschen Arbeitsfront gehabt habe, bestand darin, dass ich im Sommer des Jahres 1936 dazu aufgefordert wurde, in einer von der wissenschaftlichen Abteilung der Deutschen Arbeitsfront geplanten Geschichte der Deutschen Arbeit einen Abschnitt über "Die deutsche Kirche und die Arbeit im Mittelalter" zu übernehmen. Ich habe daraufhin an einer informatorischen Besprechung teilgenommen und zunächst meine Mitarbeit zugesagt, diese Zusage in einem vom 17.Oktober 1937 datierten Brief aber wieder zurückgezogen mit der ausdrücklichen Begründung, dass ich mich auf Grund meiner religiösen Einstellung der, wie ich inzwischen festgestellt hatte, ausgesprochen antikirchlich gedachten Generallinie des Werkes nicht anpassen könne. Zu einer tatsächlichen Mitarbeit ist es daher auch niemals gekommen, ebensowenig wie ich jemals ein Honorar von der Deutschen Arbeitsfront bezogen habe. Seitedem habe ich niemals wieder die leiseste Beziehung zu der Deutschen Arbeitsfront oder ihren wissenschaftlichen Instituten unterhalten.

Ich habe über diesen Sachverhalt dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus als meiner vorgesetzten Behörde eine dienstliche Mitteilung gemacht. Gegen Herrn Mayer muss ich im Hinblick auf diesen Punkt wie auf Punkt 1 den Vorwurf erheben, dass er in der leichtfertigsten Weise Gerüchte verbreitet, die mir abträglich sein sollen, ohne sich die leiseste Mühe zu geben, sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.

6.)Es ist nicht meine Sache, zu den in dem "Gutachten" gegen die Berliner Akademie und ihre Leitung erhobenen Angriffen Stellung zu nehmen. Aber einen Punkt, der mich persönlich berührt, muss ich sogleich richtigstellen. Das "Gutachten" zitiert das Protokoll eines Beschlusses der Berliner Akademie vom 13.9.1945 und interpretiert ihn dahin, dass damit eine Entscheidung über das damalige Reichsinstitut im ganzen getroffen und mir seine Leitung übertragen worden sei. Der wirkliche Sachverhalt ergibt sich demgegenüber aus dem Wortlaut des in dem Protokoll erwähnten Antrages der Historischen Kommission vom 21.8., dessen voller Wortlaut den Mitgliedern der Zentraldirektion zur Kenntnisnahme zur Verfügung steht. Dieser Antrag beginnt vollkom-

men unmissverständlich mit dem Satze: "Die Historische Kommission richtet an den Herrn Präsidenten den Antrag, die Akademie möge den in Berlin verbliebenen Teil des Reichsinstitutes für ältere deutsche Geschichte (Monumenta Germaniae) vorläufig unter ihre Obhut nehmen." Zur Begründung wird dann ausgeführt, dass aus Pommersfelden noch keine Nachrichten nach Berlin gedrungen seien und dass an die Aufnahme einer Verbindung vorerst - im September 1945! - auch weiterhin nicht zu denken sein werde; ob der Präsident des Instituts, Prof.Th.Mayer noch die Funktion seines Amtes ausüben könne, müsse als zweifelhaft erscheinen. Andererseits müsse für die beiden in Berlin zurückgebliebenen Mitarbeiterinnen, Frl.Dr.Kühn und Frl.Dr.Brumm, gesorgt werden, und sei es notwendig, sich um die in Berlin und in der Ostzone ausgelagerten wissenschaftlichen Materialien der Monumenta zu bekümmern. Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass die Berliner Akademie zur Übernahme dieser Obhut durch die alten Beziehungen zu den Monumenta Germaniae besonders berufen sei, ebenso wie bei der zu erwartenden Neuorganisation die Herstellung einer engeren Verbindung zur Akademie im Sinne der alten Bestimmungen über die Zusammensetzung der Zentraldirektion zu erstreben sein werde.

Aus all dem geht vollkommen klar hervor, dass es sich bei dem Beschluss der Akademie vom 13.9.45 trotz des in seiner Kürze missverständlichen Protokolls um nichts anderes gehandelt hat als um die Berliner Dienststelle. Für die Tatsache, dass sich daran auch weiterhin nichts geändert hat, kann ich mich auf das Zeugnis von Herrn Mitteis berufen, der im Sommer 1946 Mitglied der Berliner Akademie und sogleich auch ihrer Historischen Kommission wurde und der mich ermächtigt hat, in seinem Namen zu erklären, dass in den Sitzungen der Historischen Kommission oder anderer Gremien der Akademie, denen er beigewohnt habe, niemals von einer Übernahme des gesamten Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde auf die Berliner Akademie die Rede gewesen sei. Er habe nicht den Eindruck gewonnen, dass sich die Akademie zur Verfügung über das ehemalige Reichsinstitut im Ganzen für befugt gehalten habe; es habe sich immer nur um die Fürsorge für die in Berlin verbliebene Dienststelle gehandelt.

Herrn Mayer ist zugute zu halten, dass die erwähnte Protokollnotiz für den Aussenstehenden in der Tat missverständlich klingt. Was aber Herr Mayer genau wissen muss und sicher auch genau weiss, ist die Tatsache, dass ich mich, solange ich in Berlin war, in meinen Funktionen abgesehen von meiner Teilnahme an den beiden Sitzungen der Zentraldirektion, durchaus auf die Leitung der Berliner Dienststelle beschränkt habe, dass ich niemals den Versuch gemacht habe, eine Autorität gegenüber der Pommersfeldener Dienststelle zu beanspruchen oder mich in ihre Geschäfte einzumischen, dass ich es - und zwar in der bewussten Absicht, keinerlei Missverständnisse aufkommen zu lassen - auch vermieden habe, nach Pommersfelden zu kommen, und dass ich die erste Weisung dorthin habe ergehen lassen, als ich im April 1948 von München aus die Geschäfte des Präsidenten übernommen hatte. Damit fällt das ganze Märchen von der "Berliner Intrige" in sich zusammen.

gez.: Baethgen

[redacted]Institut für ältere
deutsche Geschichtskunde
(MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA)
Der Präsident

München 27,
~~Berlin NW 7, den~~ 10. August 1948.
~~Charlottenstraße 41~~
~~Fernruf: 16 27 88~~
Sternwartstr. 20
Nr.

An die

Mitglieder der Zentraldirektion
der Monumenta Germaniae Historica

Wie ich schon jetzt mitteilen möchte, ist die nächste Tagung der Zentraldirektion für Anfang Oktober in Aussicht genommen. Doch kann ich endgültige Einladungen noch nicht ergehen lassen, da ich bisher noch keine Klarheit über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel habe erhalten können. Persönlich lege ich den grössten Wert darauf, dass die Tagung zustandekommt. Daher bitte ich die Mitglieder, überlegen zu wollen, auf welche Weise sich die Kosten etwas ermässigen liessen. Vielleicht könnten die Akademie-Vertreter erreichen, dass die Kosten ihrer Reise in diesem Ausnahmefall und ohne Präjudiz von ihren Akademien übernommen würden. Allgemein wäre ich den Mitgliedern dankbar, wenn sie ihre Ansprüche auf Reisekosten und Tagegelder nach Möglichkeit einschränken und sich evtl. mit Ratenzahlung einverstanden erklären wollten.

Herr Prof. Th. Mayer hat als Antwort auf die von Herrn Goetz und mir vorgelegten Denkschriften neuerdings ein von Juni 1948 datiertes Rundschreiben versandt, über das ich einige Bemerkungen anfügen muss. Ich habe mich bisher bemüht, die Diskussion mit einem Mindestmass von persönlicher Polemik zu führen. Der Ton, den Herr Mayer jetzt anschlägt, zwingt mich zu meinem Bedauern, diese Zurückhaltung aufzugeben. Dabei halte ich es im Interesse des Ansehens der deutschen Geschichtswissenschaft allerdings nicht für angebracht, den Streit weiter vor der Öffentlichkeit einer grösseren Anzahl von Fachgenossen auszutragen. Vielmehr wende ich mich lediglich an die Mitglieder der Zentraldirektion, die meiner Auffassung nach ein besonderes Recht auf genauere Information haben. Auch kann ich Herrn Goetz, der sich zur Zeit in der Schweiz aufhält, in der Beantwortung des gegen ihn gerichteten Teils des Rundschreibens nicht vorgreifen. Ich beschränke mich daher vorläufig auf die folgenden Feststellungen, füge jedoch zugleich hinzu, dass ich den Mitgliedern der Zentraldirektion zu jeder ergänzenden Auskunft schriftlich und mündlich jederzeit zur Verfügung stehe:

1.) Es ist unrichtig, dass ich mein Berliner Ordinariat noch beibehielte, vielmehr ist die dahingehende Behauptung des Herrn Mayer samt der daran geknüpften Vermutung, dass ich mich in München auf keinem ganz sicheren Boden fühlte, reiner Unsinn.

Ich habe mein Berliner Ordinariat am 1.November 1947 niedergelegt, nachdem ich die Berufung nach München erhalten und angenommen hatte, habe seitdem das Gehalt nicht mehr bezogen und schon im Winter-Semester 1947/48 in Berlin nicht mehr gelesen. Es gibt auch sonst keine Tatsache, welche die Behauptung des Herrn Mayer auch nur im entferntesten rechtfertigte.

2.) Ich nehme davon Kenntnis, dass Herr Mayer die in seinem ersten Rundschreiben aufgestellte Behauptung, ich hätte Anfang September 1947 in München angegeben, ich sei in Sachen seines Spruchkammer-Verfahrens bereits in Berlin vernommen worden und brauchte deshalb nicht persönlich zu der Verhandlung zu kommen, auf meine Richtigstellung hin nunmehr stillschweigend fallen gelassen hat. Dafür äussert er jetzt verhüllte Zweifel an meiner Angabe, dass ich keine Ladung zu der Verhandlung am 6.September erhalten hätte. Ich stelle daher nochmals ausdrücklich fest, dass mich keine derartige Ladung erreicht hat. Eingeschriebene Briefe habe ich mir in der Tat auf die Reise nach Süddeutschland nicht nachschicken lassen und zwar deshalb, weil der Postverkehr zwischen Berlin und den Westzonen sich damals so langsam abwickelte, dass ein mir von Berlin aus nachgesandter Brief mich auf der Reise doch nicht erreicht haben würde. Infolgedessen habe ich von der Existenz der beiden eingeschriebenen Briefe vom 26.8. und 2.9. erst aus dem Rundschreiben des Herrn Mayer erfahren.

Herr Mayer scheint weiter andeuten zu wollen, dass ich irgendwelchen Grund gehabt hätte, es zu scheuen, "als Zeuge Rede und Antwort stehen" zu müssen. Es wäre sehr zu wünschen, dass Herr Mayer sich entschliessen wollte, etwas deutlicher zu sagen, was er damit eigentlich meint. Es sei ihm schon jetzt versichert, dass ich ihm dann die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben werde. Im übrigen hatte ich schon in meiner Bemerkung zu der Denkschrift des Herrn Goetz betont, dass ich keine Veranlassung gehabt hätte, mich von mir aus zu einer Vernehmung bei der Verhandlung am 6.September, deren Termin ich gesprächsweise in München erfuhr, zu melden und zwar besonders deshalb, weil ich nicht annehmen konnte, dass meine Aussage die Position des Herrn Mayer verbessern würde. Herr Mayer will das offenbar nicht verstehen, und so muss ich jetzt hinzufügen, dass es schwerlich in seinem Interesse gewesen wäre, wenn ich über die näheren Begleitumstände seiner Berufung nach Berlin hätte aussagen müssen. Denn es würde doch wohl ein etwas eigentümliches Licht auf den von ihm so sehr betonten Zwangscharakter dieser Berufung geworfen haben, wenn zur Sprache gekommen wäre, dass er, obwohl bei Herrn Minister Rust "persona ingratissima", es in dessen Ministerium trotzdem erreichen konnte, dass ihm zur Leitung des damaligen Reichsinstituts und des damit verbundenen Historischen Instituts in Rom auch noch ein Ordinariat an der Berliner Universität zugesichert wurde und zwar hinter dem Rücken der in Frage kommenden Philosophischen Fakultät und dass diese Pfründenkumulation lediglich an der entschiedenen, auf die einmütige Stellungnahme aller Berliner Historiker gestützten Ablehnung des damaligen Dekans scheiterte, eine Haltung, die Herr Mayer den Beteiligten auf das Schwerste verübelte.

3.) Es ist unwahr, dass ich Herrn Mayer, wie er behauptet, jemals gebeten hätte, die Leitung der Monumenta zu übernehmen. Wahr ist, dass ich zu einer solchen Bitte überhaupt keine Gelegenheit hatte, da ich von seiner Ernennung zum Präsidenten des Reichsinstitute erst erfuhr, als sie vollendete Tatsache war, und dass ich eine solche Bitte auch niemals ausgesprochen haben würde, weil ich seine Wahl mit Rücksicht darauf, dass ihm die besonderen Aufgaben, die ihn an der Spitze des grössten deutschen Editionsinstitutes erwarteten, bei seiner Forschungsrichtung ziemlich fern lagen, niemals für sehr glücklich gehalten habe.

4.) Zu dem "Gutachten" des Herrn Scheel habe ich zunächst das Folgende zu bemerken: Ich habe Herrn Scheel darauf hingewiesen, dass eine in dem von ihm verfassten und unterschriebenen "Gutachten" über mich enthaltene Behauptung (vergl. unten Punkt 8) nicht den Tatsachen entspreche und ihn aufgefordert, diese Angabe richtig zu stellen, und zwar vor demselben Kreise, in dem sie durch Herrn Mayer verbreitet worden sei. Herr Scheel hat mir daraufhin unter dem 6. August geantwortet, dass er diesem Wunsche nicht entsprechen könne, da er nicht wisse, an wen Herr Mayer sein Rundschreiben versandt habe. Wörtlich führt er dann fort: "Übrigens sind Sie in einem - entschuldbaren - Irrtum. Ich habe zwar den Entwurf zu einem Gutachten verfasst, das von mir aber bis heute nicht gezeichnet worden ist, weil es noch umgearbeitet werden sollte. Ausserdem sollte es auch nicht versandt, sondern lediglich zu informatorischen Besprechungen beim Bayerischen Staatsministerium Verwendung finden. Die Aufnahme in das Rundschreiben und die Unterstützung meines Namens ist ohne meine Zustimmung vorgenommen worden. Das Gutachten ist daher in der jetzigen Fassung nicht als eine Erklärung von mir anzusprechen, jedenfalls nicht in Bezug auf die Bemerkung über Sie." Ich habe diesen Feststellungen nichts hinzuzufügen.

5.) Bei der eben erwähnten Angabe des sogenannten Gutachtens handelt es sich um die Behauptung, dass ich die Unterabteilung Mittelalter des Geschichtsinstituts der Deutschen Arbeitsfront geleitet hätte, die ich nur als eine ungewöhnlich dreiste Erfindung bezeichnen kann. Tatsache ist, dass ich eine solche oder auch nur entfernt ähnliche Stellung oder Funktion niemals innegehabt habe. Die einzige Beziehung, die ich je zur Deutschen Arbeitsfront gehabt habe, bestand darin, dass ich im Sommer des Jahres 1936 dazu aufgefordert wurde, in einer von der wissenschaftlichen Abteilung der Deutschen Arbeitsfront geplanten Geschichte der Deutschen Arbeit einen Abschnitt über "Die deutsche Kirche und die Arbeit im Mittelalter" zu übernehmen. Ich habe daraufhin an einer informatorischen Besprechung teilgenommen und zunächst meine Mitarbeit zugesagt, diese Zusage in einem vom 17. Oktober 1937 datierten Brief aber wieder zurückgezogen mit der ausdrücklichen Begründung, dass ich mich auf Grund meiner religiösen Einstellung der, wie ich inzwischen festgestellt hatte, ausgesprochen antikirchlich gedachten Generallinie des Werkes nicht anpassen könne. Zu einer tatsächlichen Mitarbeit ist es daher auch niemals gekommen, ebensowenig wie ich jemals ein Honorar von der Deutschen Arbeitsfront bezogen habe. Seitdem habe ich niemals wieder die leiseste Beziehung zu der Deutschen Arbeitsfront oder ihren wissenschaftlichen Instituten unterhalten.

Ich habe über diesen Sachverhalt dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus als meiner vorgesetzten Behörde eine

dienstliche Mitteilung gemacht. Gegen Herrn Mayer muss ich im Hinblick auf diesen Punkt wie auf Punkt 1 den Vorwurf erheben, dass er in der leichtfertigsten Weise Gerüchte verbreitet, die mir abträglich sein sollen, ohne sich die leiseste Mühe zu geben, sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.

6.) Es ist nicht meine Sache, zu den in dem "Gutachten" gegen die Berliner Akademie und ihre Leitung erhobenen Angriffen Stellung zu nehmen. Aber einen Punkt, der mich persönlich berührt, muss ich sogleich richtigstellen. Das "Gutachten" zitiert das Protokoll eines Beschlusses der Berliner Akademie vom 13.9.1945 und interpretiert ihn dahin, dass damit eine Entscheidung über das damalige Reichsinstitut im ganzen getroffen und mir seine Leitung übertragen worden sei. Der wirkliche Sachverhalt ergibt sich demgegenüber aus dem Wortlaut des in dem Protokoll erwähnten Antrages der Historischen Kommission vom 21.8., dessen voller Wortlaut den Mitgliedern der Zentraldirektion zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Antrag beginnt vollkommen unmissverständlich mit dem Satze: "Die Historische Kommission richtet an den Herrn Präsidenten den Antrag, die Akademie möge den in Berlin verbliebenen Teil des Reichsinstitutes für Ältere deutsche Geschichte (Monumenta Germaniae) vorläufig unter ihre Obhut nehmen." Zur Begründung wird dann ausgeführt, dass aus Pommerfelden noch keine Nachrichten nach Berlin gedrungen seien und dass an die Aufnahme einer Verbindung vorerst - im September 1945! - auch weiterhin nicht zu denken sein werde; ob der Präsident des Institute, Prof. Th. Mayer noch die Funktion seines Amtes ausüben könne, müsse als zweifelhaft erscheinen. Andrerseits müsse für die beiden in Berlin zurückgebliebenen Mitarbeiterinnen, Frl. Dr. Kühn und Frl. Dr. Brumm, gesorgt werden, und sei es notwendig, sich um die in Berlin und in der Ostzone ausgelagerten wissenschaftlichen Materialien der Monumenta zu bekümmern. Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass die Berliner Akademie zur Übernahme dieser Obhut durch die alten Beziehungen zu den Monumenta Germaniae besonders berufen sei, ebenso wie bei der zu erwartenden Neuorganisation die Herstellung einer engeren Verbindung zur Akademie im Sinne der alten Bestimmungen über die Zusammensetzung der Zentraldirektion zu erstreben sein werde.

Aus all dem geht vollkommen klar hervor, dass es sich bei dem Beschluss der Akademie vom 13.9.45 trotz des in seiner Kürze missverständlichen Protokolls um nichts anderes gehandelt hat als um die Berliner Dienststelle. Für die Tatsache, dass sich daran auch weiterhin nichts geändert hat, kann ich mich auf das Zeugnis von Herrn Mitteis berufen, der im Sommer 1946 Mitglied der Berliner Akademie und sogleich auch ihrer Historischen Kommission wurde und der mich ermächtigt hat, in seinem Namen zu erklären, dass in den Sitzungen der Historischen Kommission oder anderer Gremien der Akademie, denen er beigewohnt habe, niemals von einer Übernahme des gesamten Reichsinstitute für Ältere deutsche Geschichtskunde auf

die Berliner Akademie die Rede gewesen sei. Er habe nicht den Eindruck gewonnen, dass sich die Akademie zur Verfügung über das ehemalige Reichsinstitut im Ganzen für befugt gehalten habe; es habe sich immer nur um die Fürsorge für die in Berlin verbliebene Dienststelle gehandelt.

Herrn Mayer ist zugute zu halten, dass die erwähnte Protokollnotiz für den Aussenstehenden in der Tat missverständlich klingt. Was aber Herr Mayer genau wissen muss und sicher auch genau weiss, ist die Tatsache, dass ich mich, solange ich in Berlin war, in meinen Funktionen abgesehen von meiner Teilnahme an den beiden Sitzungen der Zentraldirektion, durchaus auf die Leitung der Berliner Dienststelle beschränkt habe, dass ich niemals den Versuch gemacht habe, eine Autorität gegenüber der Pommerfeldener Dienststelle zu beanspruchen oder mich in ihre Geschäfte einzumischen, dass ich es - und zwar in der bewussten Absicht, keinerlei Missverständnisse aufkommen zu lassen - auch vermieden habe, nach Pommerfelden zu kommen, und dass ich die erste Meldung dorthin habe ergehen lassen, als ich im April 1940 von München aus die Geschäfte des Präsidenten übernommen hatte. Damit fällt das ganze Märchen von der "Berliner Intrige" in sich zusammen.

gez.: Boethgen

Herr Professor Baethgen und Herr Geh.Rat Goetz haben auf mein Rundschreiben von Ostern 1948 eine gemeinsame Erwiderung verfasst. Da ihre Darstellung der Vorgänge ein von den wirklichen Tatsachen sehr verschiedenes Bild ergibt, muss ich leider noch einmal meine Zeit für eine Aufklärung opfern und die Geduld der Herren Kollegen nochmals in Anspruch nehmen.

Zu dem von Herrn Baethgen gezeichneten Schreiben ist zu sagen, dass es in der Hauptsache ein Bericht über meine eigne Tätigkeit ist sowie über jene Ereignisse, die sich zur Zeit meiner eigenen Leitung hier und in Berlin abgespielt haben. Mehr hätte es vermutlich die mittelalterlichen Historiker interessiert, zu erfahren, was Herr Baethgen mit seiner Ernennung am 1.1.1948 für die MGH geleistet hat, da nach Angabe von Herrn Goetz die Wahl im Sept.47 so überaus dringend war. Wäre durch eine Verschiebung der Sitzung der ZD und der Wahl des Präsidenten bis nach der Entscheidung der Spruchkammer wirklich so viel Arbeit versäumt worden? Dem Vernehmen nach behält Herr Baethgen sein Ordinariat in Berlin noch bei; sollte er selbst sich in München auf keinem ganz sicheren Boden fühlen?

Im Übrigen verweise ich auf die Ausführungen von Herrn Prof. Scheel, Mainz früher Direktor der Berliner Akademie. Sie sind im Anhang beigefügt.

Aus ihnen geht hervor, dass dieselben Personen, die im Jahre 44 meine Ernennung zum Akademiemitglied beantragten, nach dem Zusammenbruch sofort die Ausschaltung meiner Person betrieben, um Herrn Baethgen an meine Stelle zu setzen.

Im diesem Zusammenhang bringe ich nunmehr den Wortlaut jenes anonymen Schreibens, welches der Anlass war, dass meine Spruchkammerverhandlung vom 22.Juli 47 auf den 22.Sept., also bis nach der Sitzung der ZD, vertagt werden musste.

An den Herrn Öffentlichen Kläger der Spruchkammer Höchstadt a.d.Aisch

Zur Verhandlung gegen Professor Mayer-Pommersfelden teilen wir Ihnen folgendes mit:

Theodor Mayer ist in Hochschulkreisen als eine der schlimmsten Blüten bekannt. Er war einer der Führer des sog. "Kriegseinsatzes der geistigen Wissenschaften" und hat als Leiter von dessen Abteilung mit mittelalterlicher Geschichte mehrere Sammelwerke (z.B. das Reich und Europa) herausgegeben und schrieb selbst lange Artikel dazu. Diese nationalsozialistischen Arbeiten sollten den Anspruch des Grossdeutschen Reiches auf Europaherrschaft wissenschaftlich begründen. Theodor Mayer organisierte auch laufend Kongresse und Tagungen, z.B. den Historikertag in Erlangen im Jahre 1944 und 1945 den Historikertag in Braunau !

Sicher erzählt er Ihnen heute, dass er im 3.Reich zu diesen hohen Ämtern gezwungen worden sei. In Wahrheit hat sich der masslos ehrgeizige und geldgierige Österreicher, der wegen seines überheblichen Charakters in Kollegenkreisen allgemein unbeliebt war, nur über die Partei zum Rektor von Marburg (1939) und zum Präsidenten des Reichsinstituts in Berlin (1942) aufgeschwungen.

Sicher hat er Ihnen nichts davon erzählt, dass er langjähriger Vertrauensmann des SD war und beim Reichssicherheitshauptamt aus und ein ging und manchen brav antifaschistischen Wissenschaftler ans Messer geliefert hat.

Wenn Sie wissen wollen, wer Theodor Mayer wirklich war und nicht wieder einen grossen und verantwortlichen Nazi laufen lassen wollen, so glauben Sie nicht den Gutachten, die er sich erbettelt, erschlichen oder erpresst hat, auch nicht seinen Kreaturen und Komplizen, die ihn noch immer fürchten. Fragen Sie doch mal an der Universität Berlin, seiner letzten Wirkungsstätte, nach, vielleicht bei Prof. Baethgen, Dahlem, Buggestr. 5 oder bei Prof. Holtzmann, Bonn, Hindenburgstr, 123 oder bei Stadtarchivar Feger, Konstanz, Stadtarchiv. Allerdings will ja auch heute noch niemand mit dem übergefährlichen Burschen zu tun haben, zumal er nichts unterlassen würde, sich bei den staatlichen Stellen ins Vertrauen zu schleichen, so dass er in merkwürdiger Weise noch immer in Pommersfelden die Leitung des Instituts haben soll.

Wir hoffen, dass die deutschen Behörden den Fall entsprechend erledigen werden, so dass eine Intervention der Militärregierung nicht nötig sein wird und zeichnen

Karl Matejko Alois Schreiber
(beide Unterschriften mit Maschinen schrift).

Dieses Belastungsschreiben bezeichnete der öffentliche Kläger in der offenen Spruchkammerverhandlung auf Grund der Erhebungen , Zeugenaussagen usw. als "verlogen, niederträchtig und gemein"; Herr Goetz nennt den Schreiber einen "Schurken".

Herr Baethgen nahm in seiner Zeugenaussage vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte am 14.Nov.1947 in folgender Weise dazu Stellung:
Ich bin mit Prof. Mayer etwa seit 1928 bekannt.
Zum ersten Absatz des übersandten Schriftsatzes:
Die Darstellung ist etwas übertrieben, aber im Ganzen richtig. Dass die Arbeiten, die veröffentlicht wurden, ein ausgesprochen nazistisches Gepräge trugen, kann man nicht sagen. Die Kongresse wurden im Auftrage des damaligen Reichs-Unterrichtsministeriums veranstaltet.
Zum zweiten Absatz:
Die hier angegebenen Tatsachen sind richtig. Tatsächlich hat allerdings Mayer die Qualifikation zu den genannten Ämtern gehabt. Ebenso sicher ist aber, dass er die Ämter ohne seine Beziehungen zur NSDAP nicht bekommen hätte. Im besonderen Masse gilt das von der Stellung als Präsident des Reichsinstituts in Berlin (1942). Über den nächsten Absatz kann ich nichts aussagen, da mir davon nichts bekannt ist. Mir ist von seinen Mitarbeitern des Reichsinstituts gesagt worden, dass er Beziehungen zum Sicherheitsdienst hatte. Von Denunziationen ist mir nichts bekannt.
Was den nächsten Absatz betrifft, so ist mir von einem Gutachten etwas bekannt, das sich Mayer von Prof. Mitteis (damals Rostock, jetzt in Berlin) ausstellen liess meines Wissens darüber, dass Mayer ihn zu einem Vortrag etwa 1943 oder 1944 z. einem Vortrag aufgefordert habe. Prof. Mitteis galt damals als politisch nicht "zuverlässig" und war von Wien nach Rostock strafversetzt worden. Richtig ist, dass das Urteil von den Fachkollegen an der Berliner Universität überwiegend ungünstig war.
Von dem erwähnten Gutachten des Prof. Mitteis kann nicht gesagt werden, dass es erschlichen war.
Nicht bekannt ist mir, dass 1945 ein Historikertag in Braunau stattgefunden hat.
Zeugengebühr wird nicht verlangt.
V.g.u.
gez. Dinkelacker. gez. Prof. Dr. Baethgen.
gez. Trompak.

Die beiden andern angeführten Belastungszeugen Holtzmann und Feger (letzterer hat nach eigenen Angaben nur in Rom mit Herren aus dem Kreis des Instituts über mich gesprochen) sagten ebenso entlastend aus wie alle übrigen Zeugen und Gutachten. Da die Aussage des Herrn Baethgen nach erst der Verhandlung eintraf, habe ich von ihr erst durch seinen eigenen Hinweis erfahren. Die Aussage des Herrn Baethgen, der mein Nachfolger werden wollte, ist die einzige ungünstige in dem ganzen Verfahren. Ich erinnere aber an den alten Rechtsgrundsatz: "Blutige Hand nimmt kein Erbe".

Die Ladungen zur Verhandlung in Höchstadt ergingen an Herrn Baethgen mit eingeschriebenem Brief vom 20. Aug. und 2. Sept., anscheinend hat sich aber Herr Baethgen auch eingeschriebene Briefe nicht nachschicken lassen und ist so darum herum gekommen, dass er als Zeuge Rede und Antwort hätte stehen müssen.

Da Herr Baethgen das anonyme Schreiben zum Teil bestätigt, muss ich in einigem dazu Stellung nehmen:

68

Selbstverständlich hatte ich mit dem SD zu tun; das ergab sich zwangsläufig während meines Marburger Rektorats und kam zahlreichen Kollegen und Studenten, denen ich beigestanden bin, sehr zu Gute. Auch mit dem RSHA hatte ich zu tun, ich musste sehr vorsichtig verhandeln, als ich in Italien den von Himmler befohlenen Abtransport der italienischen Archivalien ins Reich verhinderte. Weiter verlangte das RSHA, dass ich den beim SD Verona als Sonderführer tätigen Dr. Weigle aus Institutsmitteln bezahlen sollte, was ich jedoch ablehnte.

Dass ich Braunau für eine Tagung über bairische Fragen wählte, hatte seinen Grund in dem Umstand, dass Braunau zu meiner engsten Heimat gehört, wo ich durch alte freundschaftliche Beziehungen einen Wirt gewinnen konnte, der Quartier und Verpflegung übernahm, was bekanntlich schon damals schwierig war, während andere Orte, z.B.Linz,auch stark unter Fliegeralarm standen.

Über meine Tätigkeit beim Einsatz der Geisteswissenschaften zitiere ich die Herren Tellenbach und Aubin:
Tellenbach,11.August 1947:"Es wäre ja grotesk, wenn Ihnen aus dem sogenannten "Kriegseinsatz" ein Vorwurf gemacht würde." 16.August 1947."Es ist auf solchen Tagungen offen ausgesprochen worden,dass die Geisteswissenschaften nur unter dem Titel "Kriegseinsatz" in Wirklichkeit die Möglichkeit gewonnen hatten, friedliche wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen.Dass dies gelang, war eine höchst verdienstliche Leistung von Herrn Prof.Dr.Mayer.Ich lege grossen Wert darauf, dass nicht einmal auf dem Titelblatt der Werke vom "Kriegseinsatz" die Rede war, sondern lediglich "Deutsche Geisteswissenschaften" stand. Mit Nationalsozialismus hatten die Tagungen nichts zu tun."
Aubin,Gutachten vom 28.Nov.1945:Th.Mayer handelte hierbei als amtlich bestellter Führer der mittelalterlichen Historiker. Seitdem innerhalb der deutschen Historikerschaft diese Aufgabe übernommen hatte,zog dort,für seinen,den mittelalterlichen Teil, wieder der wahre wissenschaftliche Geist ein. In Verbindung mit den Rechtshistorikern hat er eine äusserst segensreiche Tätigkeit durch die Veranstaltung solcher Arbeitstagungen wie durch Sammelveröffentlichungen entfaltet. Obwohl ihm sein Mandat von den nationalsozialistischen Machthabern übertragen war, hat er es durchaus im Sinne propagandafreier Wissenschaftlichkeit ausgeübt. Das wird jeder Teilnehmer bezeugen, das beweisen die Themen der Vorträge und Sammelbeiträge,das kam in der Zusammensetzung zum Ausdruck (Zusammensetzung des Teilnehmerkreises),der neben dem genannten Mitteis noch andere vom Nationalsozialismus beargwöhnte, beiseitegestellte oder angefeindete Gelehrte umfasste. In diesen Fällen bin ich darüber unterrichtet, dass es sich um ein planvolles Vorgehen Mayers, aus den angeführten Gesichtspunkten gehandelt hat."
Und weiter unten im gleichen Schreiben:
"Dass Th.Mayer das Institut überhaupt in dem gleichen objektiven wissenschaftlichen Sinn geleitet hat, darüber dürfte es in der deutschen Wissenschaft nur eine Stimme geben." "Er hat es weiter in den bewährten Bahnen streng sachlicher Wissenschaftlichkeit gesteuert, die seinem Wesen als Publikationsinstitut für alle Quellen des Mittelalters entsprach."

Herr Baethgen behauptet, ich sei durch die NSDAP Rektor und Präsident geworden. Tatsächlich bin ich Rektor geworden, weil ein SS-Angehöriger vermieden werden sollte. Präsident der MGH wurde ich auf Vorschlag von meinem Vorgänger Prof.Stengel;ausserdem hat eine Reihe von Historikern, unter ihnen Herr Baethgen selbst mich dringend gebeten, die Leitung zu übernehmen.

Herr Minist.Rat Dr.Frey,Berlin,hat mir als seinerzeitiger Referent bestätigt,dass ich bei Reichsminister Rust "persona ingratissima" war und er mich kassieren wollte. Herr Baethgen und Herr Goetz müssten aus meinem Rundschreiben und aus dem Spruchkammerurteil, das ich Herrn Goetz geschickt habe, wissen, dass mir vom Ministerium am 10.4.42 mitgeteilt wurde, dass ich als Rektor und Professor abgesetzt sei und die Leitung der MGH übernehmen müsste,widrigenfalls eine Disziplinaruntersuchung mit dem Ziele der Entlassung aus dem Staatsdienst eingeleitet würde. Gleichwohl hat Herr Baethgen das Denunziationsschreiben des "Schurken" bekräftigt.
Wie sehr hatte ich doch mit meinem tiefen Misstrauen gegen Herrn Baethgen und mit der Ablehnung einer Mitarbeiterstelle unter ihm recht!

Das Gutachten von H.Mitteis hat folgenden Wortlaut:

Jch habe Prof.Dr.Theodor Mayer stets als ausgezeichneten Gelehrten und aufrechten Menschen kannen gelernt. Er hat die Verfälschung des deutschen Geschichtsbildes durch den Nationalsozialismus nie mitgemacht,ist immer für die Verständigung unter den Nationen und die Hochschätzung der ausländischen Wissenschaft eingetreten.Als ich im Jahre 1938 nach dem Umsturz in Österreich meine Professur in Wien verlor,hat er sich auf meine Seite gestellt, er hat alles getan,um mir die wissenschaftliche Weiterarbeit zu erleichtern; mir ein Referat auf einer von ihm geleiteten Tagung in Magdeburg(Nov.1942) übertragen und mich zur Mitarbeit an dem von ihm herausgegebenen Sammelwerk "der Vertrag von Verdun herangezogen. Wie ich nachträglich erfuhr, hat er als Rektor der Universität Marburg sogar den Versuch gemacht, meine Berufung dorthin zu erreichen. Jch ersehe daraus, dass er sein Rektorat durchaus objektiv geführt und die sachliche Leistung über die Politik gestellt hat, trotzdem er wusste, dass die NS- Dozentenführung gegen mich eingestellt war.

Die Mitteilung des Ministeriums durch den Kurator vom 10.April 1942 lautete:
1) Prof.Dr.Theodor Mayer ist seit 1.April 1942 nicht mehr Hochschullehrer. Er hat unter keinen Umständen mehr Vorlesungen und Übungen an der Universität Marburg abzuhalten. Sein Amt als Rektor ist mit Ablauf des 31.März 1942 erlöschen. Prof.Dr.Th.Mayer hat die Rektoratsgeschäfte sofort dem Prorektor zu übergeben.
2) Prof.Dr.Th.Mayer ist vom 1.4.42 ab mit der kommissarischen Leitung des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde in Berlin beauftragt und hat diese Stellung spätestens am 15.April 1942 anzutreten, andernfalls der Herr Minister sofort das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Staatsdienst gegen ihn eröffnen wird.

Herr Baethgen sagt:"Ebenso sicher ist aber, dass er die Ämter ohne seine Beziehungen zur NSDAP nicht bekommen hätte. Im besonderen gilt das von der Stellung als Präsident des Reichsinstituts(1942). Herr Baethgen ist 1939 von Königsberg nach Berlin berufen worden!

Auf das Schreiben von Herrn Goetz muss ich leider ausführlicher eingehen und bedauerlicher Weise mit vielen Zitaten belegen. Herr Goetz hat die Eigenschaft dass er Berichtigungen nicht zur Kenntnis nimmt und trotz wiederholter und fest belegter Richtigstellungen die gleichen unrichtigen Behauptungen immer wieder aufstellt. sowie er sich seiner eigenen Briefe später ebenso wenig erinnert wie der Briefe, die er selber erhält. Das kann aber nichts daran ändern dass ich unbedingt auf Klärung dringen muss, nicht so sehr aus persönlichem Jnteresse, sondern viel mehr um des Wiederauflebens der MGH willen, die mit solchen Mitteln nicht aus der Agonie zu erwecken sind, in der sie noch immer trotz der am 1.1.48 erfolgten Ernennung von Herrn Baethgen ruhen.

Zu den einzelnen Punkten:
Die Einführung des Führerprinzips ist nicht vom Ministerium ausgegangen, dieses hat sich um diese Frage während der Leitung durch Kehr nicht gekümmert. Die Aufhebung der Zentraldirektion und die Einführung einer neuen Verfassung der MGH wurde vielmehr von P.F.Kehr veranlasst, den niemand als Nationalsozialisten bezeichnen wird.

Jch selber dachte darüber anders, denn ich sah die daraus folgende Jsolierung der MGH. Jch schrieb an Herrn Goetz am 18.Juli 46:"Wenn es einmal zu einer ZD kommt, wird es notwendig sein, die führenden Männer der mittelalterl. Geschichtswissenschaft heranzuziehen, ohne es darauf ankommen zu lassen, ob sie gerade Mitglieder einer Akademie sind oder nicht, denn dass gerade in Hamburg, Bonn, Freiburg usw. keine Akademie ihren Sitz hat, kann doch nicht gegen die dort wirkenden Historiker sprechen."
Am 21.Nov.47 an Herrn Goetz:
"Bei den Berufungsverhandlungen im Frühjahr 1942 habe ich als Bedingung gestellt, und diese Bedingung ~~ist~~ wurde vom Ministerium angenommen, dass wieder eine Zentraldirektion eingerichtet würde. Jch arbeitete auch eine in diesem Sinne gehaltene Denkschrift aus. Die Durchführung begegnete allerdings im Kriege sehr grossen Schwierigkeiten. Jch hatte einmal eine briefliche Unterhaltung mit Brandi über diesen Gegenstand. Brandi war Ehrenmitglied. Jch teilte ihm mit, dass ich die Errichtung einer Zentraldirektion gefordert und bewilligt erhalten hätte, und fuhr fort: "Gleichwohl habe ich es bisher vermieden, irgend welche Änderungen wesentlicher Art vorzunehmen, ich habe vielmehr die Geschäftsführung, so wie ich sie von Herrn Stengel übernommen hatte, beibehalten. Jch glaube alles, was nicht für den Bestand des Jnstituts, die Erhaltung seiner Bibliothek und die Bewahrung seiner Arbeitsfähigkeit, soweit das jetzt im Kriege überhaupt möglich ist, und unmittelbar notwendig ist, zurück-

stellen zu sollen... Vorerst bin ich befriedigt, dass die Bibliothek des Reichsinstituts ebenso wie die des römischen Instituts aller Voraussicht nach gesichert und benützbar sind. Nach dem Kriege wird man die Möglichkeiten und Notwendigkeiten klarer überblicken können." (Schreiben vom 18.Juli 1942). Nach dem Zusammenbruch war Pommersfelden durch mehrere Monate von jeder Postverbindung abgeschnitten, die Bahn hierher unterbrochen, von kaum jemand wusste man die Adresse, ob die Akademien bestanden, war ungewiss, wer Mitglied und als solches anerkannt, war unbekannt, Reisen war unmöglich, so dass irgend eine Sitzung ganz ausgeschlossen war. In dieser Situation war nicht an eine Zentraldirektion zu denken, es gab nur die Sorge, die MGH am Leben zu erhalten. .. Das gelang und war ein voller Erfolg, die Verfassung der MGH war dem gegenüber zweitrangig, diese Frage konnte, ja musste aufgeschoben werden, andererseits haben sich die MGH jederzeit aus den politischen Fragen herausgehalten. Ich habe die Beziehungen zum Frank-Institut abgelehnt und solche zur SS sofort einschlafen lassen. Es gab überhaupt keine "Spuren des Nationalsozialismus" zu beseitigen, sondern nur zu arbeiten, und das geschah."

Trotz dieser Aufklärung, die ich Herr Goetz gab, sagt er im Rundschreiben, ich hätte mich gegen die Wiedereinführung der alten Verfassung mit einer Zentraldirektion gestellt!

Zur Frage meiner Wiedereinsetzung oder Einstellung als Mitarbeiter bringe ich folgende Stellen aus Originalbriefen:

Brief von Herrn Goetz an mich vom 8.Juli 1946:

> Das von den Berliner Historikern angeregte Eingreifen des Berliner Magistrats konnten wir nur für eine wertlose Geste halten, die nur gemacht worden war in der Angst vor einer Übersiedlung der MGH nach München... Im Übrigen wird niemand daran denken, weder hier noch in Berlin, Ihre Stelle neu zu besetzen, solange nicht eine Entscheidung über Ihr Schicksal gefällt ist. Verhandlungen über einen Nachfolger haben in keiner Weise stattgefunden.... An einer Veränderung der Leitung ist uns wirklich nichts gelegen, da wir die MGH bei Ihnen in bester Hand wissen.... Sie werden ja der Zentraldirektion selbstverständlich angehören und so wird nichts ohne Ihr Wissen geschehen"

(Bemerkenswert ist hier, dass Herr Goetz das Eingreifen des Berliner Magistrats als von den Berliner Historikern veranlasst bezeichnet, weiters dass nie über einen Nachfolger verhandelt worden sei, während doch die Berliner Akademie schon 1945 Herrn Baethgen die Leitung übertragen hatte, weil sie meine Stelle als unbesetzt ansah, seit ich von der Akademie ausgeschlossen war. Herr Baethgen gibt selbst als Begründung an, "zudem(ich) der Berliner Akademie nicht mehr als Mitglied angehörte." Wie hat man doch Herrn Goetz hinters Licht geführt!)

30.Sept.46, Protokoll der Sitzung vom 30.Sept.1946:

> Erfolgt seine Freisprechung, so soll er ohne weiteres in sein Amt wieder eingesetzt werden."

5.Oktober 46, Herr Goetz an mich:

> Ihre Wiedereinsetzung wurde als selbstverständlich angesehen, sobald Ihre Entnazifizierung erfolgt sein wird. Ich habe das Amt abgelehnt, da ich auch sachlich nicht als Vorsitzender tauge."

Dagegen am 9.Juli 1947 Herr Goetz an mich:

> "Man ist hier im Ministerium ungewiss, ob die Amerikaner die Zustimmung zu Ihrer Wiedereinsetzung/geben würden, aber sprach doch entgegenkommend über die Möglichkeit, Sie dann als Abteilungsleiter zu behalten und im schlimmsten Fall Ihnen ein Ruhegeld zu gewähren. Ich möchte jedenfalls alles tun, Ihre künftige Lage zu sichern, falls die volle Wiedereinsetzung nicht gelingen sollte. Die Amerikaner wollen, wie bisherige Erfahrungen zeigen, kein früheres Parteimitglied in eine führende Stellung kommen lassen. Aber es gibt auch Ausnahmen!"

Schreiben von Herrn Goetz an mich vom 7.Sept. 1947.

> "Vor uns lag die Auskunft, dass die Amerikaner Ihre

Wiedereinsetzung keinesfalls gestatten würden... Wir haben deshalb Baethgen zum Präsidenten gewählt - seine Berufung nach München ist sofort nach unserer Tagung vollzogen worden. Übrigens wurde auch die Möglichkeit Jhrer Verwendung als Abteilungsleiter im Ministerium bezweifelt."

Schreiben von Herrn Goetz an mich vom 18.Sept.1947:

Bei den vorfühlenden Verhandlungen mit den Amerikanern stellte sich heraus(was ich Jhnen neulich mitzu teilen vergass), dass sie keinen Vorschlag annehmen würden, falls es sich um einen Rektor der Nazizeit handle."

Mein Schreiben an Herrn Goetz vom 2.Okt.47.

"Auf Jhre Bemerkung wegen der Wiedereinsetzung der Rektoren möchte ich nur mit dem Hinweis antworten, dass mein Nachfolger als Rektor in Marburg, Prof.Reinhard, der auch PG war und, wie man mir sagte, seit 1933, wieder voll eingesetzt ist und liest.... ich sagen,dass die Fälle eben individuell behandelt werden...."

Nun schreiben Sie, dass jemand bei den Amerikanern vorgefühlt habe. Wer war dazu befugt und wer unterrichtet? War der Herr, der bei den Amerikanern war, von diesen Dingen unterrichtet? Hat er sie den Amerikanern vorgelegt? Mir war vom CIC und von der Mil.Regierung, letzterer indirekt, mitgeteilt worden, dass gegen meine Wiedereinsetzung nichts vorliege und ich mit ihr rechnen könne."

Mein Schreiben an Herrn Goetz vom 5.Okt.1947.

"Jch übersende Jhnen hier die beiliegende Abschrift des Urteils der Spruchkammer in Höchstadt. Dass dieses Urteil so spät erging, war die Folge einer beispiellosen Jntrige, die durch ein Belastungsschreiben, dessen Unwahrheit einwandfrei nachgewiesen ~~wurde~~ worden ist, die Verzögerung der Verhandlung bis nach der Sitzung der "Zentraldirektion" erreichte. Leider sind auch Sie dieser Jntrige zum Opfer gefallen, obwohl die Tatsache, dass die MGH überhaupt noch bestehen und besonders dass sie in Bayern sind, mir zu verdanken ist, wurde nicht einmal das Spruchkammerurteil abgewartet ... Darauf hatte ich ein Anrecht."

Schreiben von Herrn Goetz an mich vom 13.Okt. 47.

"Die erstes Erwähnung einer Kandidatur Baethgens, falls Sie nicht in Frage kommen sollten, ist im Ministerium erst um Ostern 1947 gefallen, nachdem Heimpel und Holtzmann besprochen worden waren..."

Herr Goetz an mich vom 25.Juli 1947.

"Sie lehnen in Jhrem letzten Brief die ev. Übernahme einer Abteilungsleiterstelle ab - ich kann das verstehen."

Schreiben von Herrn Goetz an mich vom 17.Nov.47.

"Da Sie Reichsbeamter waren, so ist zunächst ein Ruhegeld nicht möglich da es noch kein Reich gibt. Aber wir vereinbarten folgendes: Sie erhalten aus dem Etat der MGH ein laufendes Honorar, also ein Gehalt, dessen Höhe bestimmt werden soll, sobald der Stab der Mitarbeiter im Dezember aufgestellt wird."

Mein Brief an Herrn Goetz vom 30.Nov.47.

"Eben habe ich die schriftliche Bestätigung von der zuständigen Militärregierung erhalten, dass sie gegen meine Wiedereinstellung nichts einzuwenden habe und diese Dinge den Deutschen überlasse, Wer hat die Auskunft der Mil.Regierung eingeholt? Kannte der Herr die Akten oder nur den Tratsch und die Nachrede? Hat die amerikan.Mil.Regierung ihre Auffassung wegen meiner Person schriftlich gegeben?"

Diese Frage ist, obgleich mehrmals gestellt,niemals beantwortet worden

Schreiben von Herrn Goetz an mich vom 13.12.47.

"Jch möchte Sie dringend ersuchen, auf einen Ausgleich und auf eine gemeinsame Arbeit sich umzustellen, nicht aber auf einen nutzlosen Kampf, der Sie vielleicht um alle Zukunftsaussichten bringen würde... Jhre Schritte waren vergeblich, aber ihre Wirkung ist höchst ungünstig für Sie... Jch weiss nicht,ob ich Jhnen schon früher schrieb, was von amerikan.Seite ausdrücklich betont wurde:das von einer Wiedereinsetzung

70

ohne Neuwahl nicht die Rede sein könne, Sie seien nicht suspendiert, sondern abgesetzt und deshalb sei in jedem Fall eine Neuwahl notwendig.

Damit ist einwandfrei dargetan, dass in der Auffassung des Herrn Goetz ein Wandel eingetreten ist. Weiter ist klar, dass ich tatsächlich Mitarbeiter werden sollte. Endlich, dass Herr Goetz trotz mehrfacher Anfrage meinerseits nicht angegeben hat, wer bei der amerikan. Mil.Regierung, "vorgefühlt" hat, ob der Herr richtig informiert war oder nicht, ob eine schriftliche Auskunft vorlag und wie deren Wortlaut war. Weiter, dass die Spruchkammerverhandlung nicht abgewartet wurde, obwohl Herr Goetz auf Grund meines Schreibens vom 22.Juli 47 bekannt war, dass die Verzögerung durch ein anonymes Denunziationsschreiben hervorgerufen war. Weiter dass die zuständige amerikan. Mil.Regierung eine andere Stellung einnahm als die, die Herr Goetz in der Sitzung der ZD angegeben hat und dass Herr Goetz die schriftliche Erklärung d der amerikan.Mil.Regierung einfach ignorierte. Ich verwahre mich aufs schärfste gegen die Methode, angebliche Äusserungen irgend einer amerikanischen Stelle immer wieder als offizielle Entscheidungen gegen mich ins Treffen zu führen, und schriftliche amtliche Mitteilungen der zuständigen amerikan.Mil.Regierung unbeirrt zu übersehen. Endlich geht aus dem letzten Schriftstück hervor, dass es einen unmissverständlich drohenden Ton hat. Diese Drohung, die mit dem Umstand meiner materiellen Not rechnete, sowie die Erkenntnis, dass es unmöglich ist, Herrn Goetz von einer einmal gefassten Meinung abzubringen, haben mich veranlasst, seither jede Korrespondenz mit ihm einzustellen.

Ich begreife, dass man mir eine Mitarbeiterstelle angeboten hat: m man wollte so die Anerkennung des Herrn Baethgen erreichen und Gras über den Gewaltakt wachsen lassen.

Zur Frage der Gesetzmässigkeit der "Zentraldirektion" und der Rechtsgiltigkeit ihrer Beschlüsse:

Auf meine Frage, ob die Herren Aubin und Heimpel wirklich von den Akademien in Göttingen und Heidelberg delegiert waren, hat Herr Goetz keine eindeutig präzise Antwort gegeben, es ist daher anzunehmen, dass ihre Delegation nicht erfolgt ist. Die Berliner Akademie war ursprünglich nicht zugelassen ; die Leipziger Akademie ist es bis heute noch nicht, eine private Meinungsäusserung des Präsidenten ist daher keine rechtsgültige Delegation, wir haben doch kein Führerprinzip!

Herr Hartung war als Sonderbeauftragter von Herrn Stroux und als Sachverständiger anwesend. Er hat aber auch gestimmt und gewählt. Das war statutenwidrig. Von <u>acht</u> Mitgliedern der ZD waren also <u>vier</u> nicht ordentlich ausgewiesen, zwei wurden von den nicht Ausgewiesenen zugewählt, so bleiben höchstens zwei Mitglieder, Herr Goetz und Herr Baethgen, übrig! Beschlüsse, die auf diese Weise gefasst worden, sind nicht rechtsgiltig. Ich schrieb, dass Herr Hofmeister das "einzige, gewählte und ernannte Mitglied" der alten ZD sei. Herr Goetz belehrte mich, dass auch die Herren Brackmann und Grabmann der früheren ZD angehört hätten. Das ist richtig, aber diese beiden Herren waren Akademievertreter, die von den entsendenden Akademien durch andere Personen ersetzt werden konnten. Grotesk ist es aber, dass diese "ZD" die "Zuwahl" von Herrn Hofmeister ablehnte. Es ist klar, dass Beschlüsse, die von einer so zusammengesetzten "Zentraldirektion" gefasst wurden, ungiltig sind. Die Beschlüsse der Sitzung vom 4. 5. September 1947 waren, wie ein Teilnehmer sagte, "ein abgekartetes Spiel", denn schon vor der Sitzung waren die Kandidaturen von Holtzmann und Heimpel, sowie mein Anspruch abgetan worden, vermutlich ohne dass die Mitglieder der "ZD" etwas davon erfuhren.

Auf Bemerkungen wie die, dass ob ich bei mildester Beurteilung als

Mitläufer anzusehen sei oder nicht, gehe ich nicht ein, sie richten sich selbst. Jnteressant sind sie nur durch ihren Widerspruch zu folgendem Schreiben von Herrn Goetz an die Spruchkammer am 18.12.1946:

"Soweit ich die Geschäftsführung Prof.Dr.Theodor Mayers verfolgen konnte, war sie von vollkommener Unparteilichkeit; er wählte die Mitglieder lediglich nach ihrer wissenschaftlichen Befähigung aus und lie liess sich dabei von Parteirücksichten in keiner Weise beeinflussen, wobei ich vor allem auf den Fall des jüd.Prof.Dr. Perels hinweisen möchte, den er schützte, bis ihn die Gestapo abholte. Prof.Mayer hat durch sein Verhalten die Politisierung der MGH erfolgreich aufgehalten und die Arbeiten in Gang gebracht, bis er im Herbst 1945 seines Amtes enthoben und interniert wurde. Jch möchte aber auch betonen, dass es allein Prof.Mayer zu danken ist, dass die in Rom befindliche Abteilung der Bücherei der Mon. rechtzeitig nach Deutschland verbracht wurde, eine Bibliothek von einziger Art, wie sie in Deutschland an keiner anderen Stelle vorhanden war. Jch setze mich deshalb für eine Entnazifizierung Prof.Mayers aufs wärmste ein."

Was die Erwähnung einer Diätendozentur anlangt, so muss ich die Angaben von Herrn Goetz ergänzen. Vom Ministerium wurde mir dieses Angebot als vorläufige Lösung gemacht und ich habe mich einverstanden erklärt. Darauf wurde vom Ministerium an die Philospph. Fakultät in Erlangen in diesem Sinne geschrieben. Die Fakultät hat einhellig zugestimmt, aber dann stellte sich heraus, dass keine Stelle frei sei und damit war die Angelegenheit erledigt. Das Kultusministerium hat zwar in einem Brief festgestellt, dass es eine "Ehrenpflicht" sei, mich zu versorgen, damit ich wissenschaftlich weiter arbeiten könne, getan wurde aber weiter nichts. Das Angebot des Kultusministeriums ist mir aber deshalb wichtig, weil es beweist, dass keine Bedenken politischer Art gegen meine Lehrtätigkeit meinerseits bestehen können. Dabei ist bekannt, dass hier ein strengerer Masstab angelegt wird als an eine Beamtenstelle. Politische Bedenken scheinen also nur von den Kollegen, vorzüglich von Herrn Goetz und dem daran interessierten Herrn Baethgen vorgebracht zu werden zu sein.

Es war im dritten Reich für einen Professor nicht schwer, unbeschadet seiner politischen Überzeugung und unbehindert der freien Forschung und Lehre zu leben, wenn der Rektor Schild und Blitzableiter war. Es erforderte aber oft Mut, Standhaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein, als Rektor seine Universität durch alle Gefahren durchzusteuern, Professoren und Studenten zu schützen , die freie Forschung und Lehre zu bewahren und Unrecht gut zu machen. Da haben die Rektoren und Leiter von wissenschaftlichen Instituten und auch die Beamten in den Ministerien mehr geleistet, als nach aussen bekannt geworden ist. Mögen jene, die sich heute hinter den "Grossen Unbekannten" aus Amerika zurückziehen, das gleiche Verantwortungsgefühl für die deutsche Wissenschaft bekunden wie die grosse Mehrzahl der Rektoren!

Nachschrift vom 6.Juli 1948(gehört hinter das Gutachten Scheel). Prof.Baethgen hat mir ohne vorherige Fühlungnahme mit Schreiben vom 2.Juli,eingegangen am 5.Juli, mitgeteilt, dass er im Einverständnis mit dem bayerischen Staatsministerium für Unterricht die Universitätskasse in Erlangen angewiesen habe, mir den Betrag von je 400 DM für die nächsten drei Monate als Vergütung für meine Arbeiten für die Diplomatik und zur Erleichterung der durch die Währungsreform hervorgerufenen Schwierigkeiten auszuzahlen. Jch habe das Angebot mit Rücksicht darauf, dass aus der Annahme auf die schweigende Anerkennung des jetzigen Zustandes geschlossen werden müsste,in einem Schreiben an das bayerische Staatsministerium für Unterricht abgelehnt.

(gez.)Th. Mayer.

71

G u t a c h t e n

Über die Rechtsstellung des Präsidenten der Monumenta Germaniae Historica (Reichsinstitut für die ältere deutsche Geschichte)

Zu der Erklärung des Präsidenten des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichte (Monumenta Germaniae Historica) Professor Dr. Theodor M a y e r vom Ende März 1948 gebe ich folgendes Gutachten ab.

Die Berufung eines (offenbar kommissarischen) neuen Leiters für die Monumenta Germaniae Historica, obwohl der bisherige Präsident noch allen rechtens in seinem Amt ist, lässt es für erforderlich erscheinen, eine möglichst genaue Sachdarstellung, insbesondere über die Entwicklung seit 1945, zu geben, um das bei der Bayerischen Staatsregierung bereits vorliegende Material zu ergänzen und ihr so die Möglichkeit zu schaffen, die von ihr getroffene Entscheidung, die augenscheinlich auf unrichtigen Voraussetzungen beruht, nachzuprüfen. Dabei muss von der Tatsache ausgegangen werden, dass alle Zuständigkeiten der früheren deutschen Reichsregierung seit dem Beginn der Besetzung auf den Kontrollrat übergegangen sind, und dass von den regionalen Besatzungsbehörden der einzelnen Zonen/ Entscheidungen nur getroffen werden, die entweder ohnehin zu ihrer Zuständigkeit gehören, weil sie sich aus früherem Landesrecht ergeben, oder solche Entscheidungen, die ausdrücklich an sie delegiert worden sind. Genau so, wie Gesetze, die vom Kontrollrat nicht ganz oder teileise aufgehoben worden sind, weiterhin ihre Rechtsgültigkeit behalten, sind auch alle Jnstitutionen, Behörden usw. bestehen geblieben, sofern sie nicht ausdrücklich durch besondere Anordnung aufgelöst worden sind, oder ihrer Tätigkeit zum mindesten suspendiert worden ist. Das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichte ist vom Kontrollrat nicht aufgelöst worden, (die) das Amt des Präsidenten dieses Jnstituts ist auch in dem Gesetz über die Entnazifizierung nicht aufgeführt. Jn der Nichtbeachtung dieser klaren Rechtslage liegt der erste grundlegende Jrrtum bei der Beurteilung der Frage des Weiterbestehens des Reichsinstituts für die ältere deutsche Geschichte (Monumenta Germaniae Historica) , ein Jrrtum, der von dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften zu Berlin ausgegangen ist.

Die MGH. erhielten 1935 auf Antrag des damaligen Präsidenten Geheimrat Professor Dr. Paul K e h r (nicht auf Jnitiative des ehemaligen Reichsministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung !) die Bezeichnung "Reichsinstitut für die ältere deutsche Geschichte", und zugleich eine neue Satzung, nach der die Leitung zukünftig einem Präsidenten oblag. Nächst Hrn. K e h r wurde Professor B. S t e n g e l in dieses Amt berufen, der im April 1942 sein Amt an Professor Dr. Theodor M a y e r abtrat.

Anfang 1944 wurde das Jnstitut - mit nachträglicher Zustimmung des ehemaligen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung - aus Sicherheitsgründen von Berlin nach Pommersfelden verlegt. Diese Massnahme erfolgte nach eingehenden Besprechungen des Präsidenten M a y e r mit dem Direktor bei der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Professor Dr. Helmuth S c h e e l , wobei ausdrücklich betont wurde, dass es sich um eine - wenn auch zeitlich beschränkte - Verlegung handelte. Jn Berlin/ verblieben nur wenige nachgeordnete wissenschaftliche Hilfskräfte, die auch weiterhin dem Präsidenten des Reichsinstituts unterstanden. Ein besonderer Vertreter wurde nicht bestellt.

Etwa am 12. April 1945, als die Verbindung zwischen Berlin und Süddeutschland unmittelbar vor dem Abbruch stand, wurde Professor S c h e e l in seiner Eigenschaft als Direktor bei der Akademie vom Reichsministerium für Wissenschaft durch mündliche Anordnung vertretungsweise mit der Verwaltung der Reststelle Berlin des Reichsinstituts ~~beauftragt~~ betraut, in gleicher Weise, wie er bereits vertretungsweise seit längerer Zeit die Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung zu leiten hatte. Der Grund für die Bestellung als Vertreter lag vor allem in der Tatsache, dass die Räume des Reichsinstituts sich in demselben Gebäudekomplex befanden, wie die Räume der Akademie der Wissenschaften.

Laut Dienstanweisung begab sich Professor S c h e e l am 23.April 1945 ,als der Fall von Berlin und die Besetzung der Stadt durch die russischen Truppen nicht mehr zweifelhaft war, von seiner Wohnung in Berlin- Lichterfelde nach der Akademie, wo er am 27.April mittags eintraf.Die nächsten Tage bemühte sich Professor S c h e e l ,dafür Sorge

zu tragen, dass beim Eintreffen der Truppen nicht etwa im letzten Augenblick vom Akademiegebäude aus sinnloser Widerstand geleistet wurde (im Akademiegebäude befanden sich zu der Zeit gegen 2.000 Mann Militär verschiedenster Truppengattungen). Am 2.Mai früh 8 Uhr zogen die sowjetischen Truppen in den Stadtkern von Berlin ein. Während ausser sämtlichen Militärpersonen auch die Zivilisten abgeführt wurden, erhielten der stellvertretende Leiter der Staatsbibliothek, Bibliotheksrat Dr. S m e n d und Professor S c h e e l von dem kommandierenden russischen Offizier die Erlaubnis, mit ungefähr 40 Zivilpersonen im Akademiegebäude zu verbleiben und dessen Schutz weiterhin auszuüben. Diesem Umstand ist es zu danken, dass nichts von dem im Gebäude noch verbliebenen wissenschaftlichen Material verloren ging oder vernichtet wurde.

Am 9.Mai 1945 meldete Professor S c h e e l den Anordnungen der Besatzungsbehörde entsprechend die Akademie bei dem zuständigen Kommandanten in Berlin- Mitte und bezog in diese Meldung das Reichsinstitut für die ältere deutsche Geschichte mit ein. Er wurde spfort in seinem Amt bestätigt und erhielt ausdrückliche Weisung, für die Erhaltung und für den Schutz der Akademie und Institut Sorge zu tragen. Nachdem am 19.Mai eine neue Stadtverwaltung kommissarisch unter dem kommissarischen Oberbürgermeister Dr. W e r n e r gebildet worden war, wurde Professor S c h e e l unter dem 8. Juni 1945 auch von dieser im Amt schriftlich bestätigt.

Am 6.Juni 1945 waren die in Berlin verbliebenen (12) ordentlichen Mitglieder der Akademie zu einer ersten Sitzung nach der Einnahme Berlins zusammengetreten, in der der bis dahin mit der Führung der Geschäfte des Präsidenten der Akademie betraute Vizepräsident Professor G r a p o die Leitung unter Billigung der anwesenden Mitglieder vorläufig an das ordentliche Mitglied Professor Dr. Johannes S t r o u x abgab. Einen Wahlakt stellte der gefasste Beschluss nicht dar, weil die Mitglieder ihrer Zahl nach nicht das satzungsgemäss vorgeschriebene Quorum füllten und somit nicht beschlussfähig waren. Es handelte sich lediglich um eine Notmassnahme.

Trotz dieser ganz eklatanten Beschlussunfähigkeit entwarf Hr. S t r o u x eine neue Satzung für die Akademie, die aber nicht alle erforderlichen Belange umfasste, und daher lediglich als eine Teilsatzung anzusehen war. Diese Teilsatzung wurde 14 Tage später bei Anwesenheit von 14 ordentlichen Mitgliedern beschlossen, und die alte Satzung wurde ausser Kraft gesetzt. Weder die Besatzungsbehörde, noch die Stadtverwaltung (die garnicht zuständig gewesen wäre) hatten eine Satzungsänderung verlangt. Sie war lediglich von einem nachgeordneten, nicht legitimierten Sachbearbeiter der Stadtverwaltung angeregt und von Hrn. S t r o u x ausgeführt worden, stellt somit eine nicht gesetzliche Massnahme dar und ist als rechtsungültig anzusehen. Dieser Mangel ist nie geheilt worden.

Kurze Zeit darauf ereignete sich dann ein Vorfall, der zugleich auch den Beginn der Einschaltung der Akademie in die Zuständigkeit und in die Belange des Reichsinstituts für die ältere deutsche Geschichte einleitete, und zwar mit dem Ziel der Ausschaltung und Absetzung des Präsidenten Professor Dr. M a y e r , und der völligen Übernahme des Instituts durch die Akademie. Die Hintergründe dieser Massnahme sind bisher nicht vollkommen klar hervorgetreten, müssen aber entweder auf einer persönlichen Animosität des Präsidenten S t r o u x gegen den Präsidenten M a y e r oder auf einer Anregung von dritter Seite beruhen, aus früherer Zeit gegen Professor M a y e r vorzugehen.

Am 12. Juli fand im Konfirmanden-Saal der St.Annen-Gemeinde zu Berlin-Dahlem eine Sitzung der ordentlichen Mitglieder (an diesem Tage waren nur 11 anwesend) statt, in deren Verlauf Herr S t r o u x erklärte, auf Veranlas ung des Magistrats (sic!) - (in Wirklichkeit handelte es sich um eine mündliche Weisung eines nachgeordneten Dachbearbeiters der Stadt, dessen Legitimation keinesfalls feststand, und die übrigens auch später vor Berliner Gerichten in anderen Fällen bestritten worden ist) - müsse er einen Bericht über solche Mitglieder geben, die der NSDAP. angehört hätten mit dem Ziel, die Aktivisten auszuschalten. Darauf verliessen die HH. G r a p o w, L u d i n und E i t e l den Sitzungsraum,und die Sitzung wurde bei Anwesenheit von nur 8 Mitgliedern fortgesetzt, die wiederum nicht beschlussfähig waren. Diese fassten aber trotzdem auf Vorschlag von Hrn. S t r o u x den Beschluss, 8 ordentliche Mitglieder

(von denen fast keines in Berlin war) aus der Akademie auszuschliessen, darunter auch Hrn. Theodor M a y e r, der insbesondere von Hrn. S t r o u x als "Aktivist" und daher für die Akademie untragbar hingestellt wurde.

Der Teil der Sitzung, in dem über diesen Ausschluss von 8 Mitgliedern verhandelt worden ist, ist nicht ordnungsmässig protokolliert worden, und daher in dem Protokoll der Sitzung vom 12. Juli 1945 nicht enthalten, sodass nicht festgestellt werden kann, welche Gründe Hr. S t r o u x für seine Behauptung, Hr. M a y e r sei als Aktivist anzusehen, angegeben hat. Hr. S t r o u x hat den durch diesen Beschluss betroffenen Mitgliedern - auch nicht Hrn. M a y e r - nie eine Mitteilung zugehen lassen, den Ausschluss auch sonst nicht protokolliert, und darüber nie eine Veröffentlichung herausgegeben. Er hat also keine Rechtsgültigkeit, man kann ihn rechtlich als unerheblich ansehen, wenn nicht gerade an diesen Beschluss auf Betreiben des Präsidenten S t r o u x Folgen geknüpft worden wären, z.B. im Falle des Präsidenten M a y e r.

Prof. S c h e e l hat in seiner Eigenschaft als Direktor der Akademie Hrn. S t r o u x damals auf folgendes aufmerksam gemacht :

1. Dass die 8 in der Sitzung vom 12. Juli 1945 anwesend gewesenen ordentlichen Mitglieder der Akademie kein abstimmungsfähiges Quorum bildeten, und dass deren Beschluss daher ungültig und ohne jegliche Rechtskraft sei;
2. Dass Präsident M a y e r erst 1937 als "Anwärter" in die NSDAP. aufgenommen worden sei, niemals ein Amt inne gehabt habe, und dass nach den Potsdamer Beschlüssen (die damals noch allein Gültigkeit hatten) ihm gegenüber also gar keine politischen Massnahmen ergriffen werden durften, vor allem nicht von Hrn. S t r o u x , denn weder war die Akademie von der Besatzungsbehörde wieder zugelassen, noch war er von dieser in seinem Amt bestätigt worden;
3. Dass Präsident M a y e r wegen seiner Abwesenheit (damals bestand noch keine Verbindung mit ihm) sich nicht rechtfertigen und verteidigen könne, und man den alten Rechtsgrundsatz "audiatur et altera pars" nicht ausser Acht lassen könne;
4. Dass gar keine Weisung des Magistrats Berlin vorliege, sondern eine mündliche Aufforderung eines nachgeordneten Referenten, der der Akademie überhaupt nicht notifiziert worden sei, und dessen Zuständigkeit garnicht feststand ;
5. Dass dieser Referent sich auf eine Weisung der Personalabteilung berufe, diese Anordnung aber nicht vom "Magistrat", sondern lediglich von einem ebenfalls unbekannten Personalreferenten gezeichnet sei; es sei nirgends zu erkennen, ob und inwieweit die Anordnung auf einem Befehl der Besatzungsbehörden beruhe (Hr. S t r o u x hat einen Beschluss der Mitglieder, schriftlich eine Information über den Wortlaut der Anordnung der Besatzungsbehörde einzuholen, nicht ausgeführt);
6. Dass eine rechtsgültige und rechtsverbindliche Entscheidung über den Fall nicht vor einer Entscheidung durch die dafür vorgesehenen und noch einzusetzenden Organe (Spruchkammern) getroffen werden könne ;
7. Dass der Magistrat Berlin nicht vorgesetzte Behörde der Akademie, sondern aus eigener Machtvollkommenheit nur betreuendes Organ sei, und im Übrigen , da das Reichsinstitut sich in Bayern befände, eine in Berlin befindliche Behörde gar nicht für die Entscheidung zuständig sei.

Hr, S t r o u x hat sich - wie in vielen anderen Fällen- über all diese Rechtseinwände hinweggesetzt und erklärt, Hr. M a y e r sei untragbar und müsse verschwinden.

Zu dieser Einstellung des Hrn. S t r o u x ist folgendes bemerkenswert. Hr. M a y e r ist erst am 30. November 1944 von der Akademie zum ordentlichen Mitglied gewählt worden, und gerade Hr. S t r o u x ist nachdrücklich für die Wahl eingetreten; er hat Hrn. M a y e r 1944 als sehr erwünschtes Mitglied bezeichnet, und noch nach Vorlage des Wahlantrages im Plenum gesucht, seine Unterschrift darunter zu setzen. Er hat dann auch für die Wahl des Hrn. M a y e r gestimmt (Hr. B a e t h g e n war zu jener Zeit noch nicht Mitglied der Akademie). Der Wahlantrag

war von den HH. H a r t u n g , R ö r i g , R e i c k e , H e y m a n n , S t i e v e und B r a c k m a n n eingebracht und gezeichnet worden. In der Sitzung vom 12.Juli 1945 waren die HH. H a r t u n g , S t r o u x und B a e t h g e n anwesend. Sowohl Hr. S t r o u x , wie Hr. H a r t u n g , die beide kaum 8 Monate vorher voll und ganz für die Wahl des Hrn. M a y e r eingetreten waren, und auch für ihn gestimmt hatten, haben - obwohl sich in dieser Zeitspanne in der Stellung und in der Haltung des Hrn. M a y e r nichts geändert hatte , jetzt für den Ausschluss stimmten (muss wohl heissen: gestimmt), ebenso wie Herr B a e t h g e n , weil sie alle Hrn. M a y e r politisch jetzt plötzlich als untragbar bezeichneten und ihn für einen Aktivisten erklärten, ohne dafür irgendwelches Beweismaterial vorlegen zu können. Es darf nicht unterlassen werden, hier anzumerken, dass Herr S t r o u x auf Grund seines politischen Verhaltens vor 1945 heute- jedenfalls in der amerikanischen Besatzungszone - nicht in seinem Amt sein würde, auch nicht als Hochschullehrer. Dafür können, falls das von Erheblichkeit sein sollte, nähere Angaben gamacht und Beweisunterlagen beigebracht werden.

Hr. S t r o u x vertrat nun den Standpunkt, dass mit dem Ausschluss des Hrn. M a y e r aus der Akademie auch dessen Tätigkeit als Präsident des Reichsinstituts ihr Ende gefunden habe, obwohl beide Dinge nichts miteinander zu tun haben, denn das Reichsinstitut unterstand nicht der Akademie, und gehörte auch sonst nicht zu deren Geschäftsbereich.

In der Sitzung vom 19.Juli 1945 machte dann Hr. H a r t u n g (zu der Zeit kommissarischer Sekretar der Philosophisch- historischen Klasse) Mitteilung über einen Zusammenschluss der geschichtforschenden Kommissionen, soweit diese in Berlin ihre Residenz hatten. Dazu sollten Zustimmung und Vollmacht des Magistrats eingeholt werden. An sich war diese Massnahme zweckmässig und den politischen Zeitbedürfnissen entsprechend, damit Organisationen, die einer NS - Organisation zugehört hatten, (wie z.B.das Geschichtsinstitut der DAF., dessen Unterabteilung "Mittelalter", wenn ich recht unterrichtet bin, Hr. B a e t h g e n leitete) nicht mehr selbständig weiterarbeiten konnten. Hätte sich diese Massnahme gegenüber dem Reichsinstitut - das einbezogen werden sollte - lediglich als eine Art treuhänderische Fürsorge dargestellt, wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen, und Professor S c h e e l hätte dann auch ohne Bedenken die ihm zustehenden Vertretungsbefugnisse an einen von der Akademie zu benennenden Leiter des Reichsinstituts abgegeben. So hat er das nicht tun können.

In Verfolg der Beschlüsse in der Akademiesitzung vom 19.Juli machte Hr. S t r o u x in der Sitzung vom 23. August 1945 Mitteilung von einem Antrag der umgebildeten und neugebildeten historischen Kommission der Akademie, der die Monumenta Germaniae Historica betraf. Dieser Antrag wurde aber zunächst zur Beratung und Beschlussfassung an die Philosophisch-historische Klasse überwiesen.

Auf Vorschlag von Hrn. S t r o u x fassten die (auch weiterhin nicht beschlussfähigen) Mitglieder der Akademie in der Sitzung vom 13. September 1945 (es waren 17 Mitglieder anwesend) einen Beschluss folgenden Wortlautes :

> "... Hierauf stellt der Präsident den Antrag der neugebildeten Historischen Kommission insoweit zur Abstimmung, als er die Übernahme der Monumenta Germaniae Historica zum Gegenstand hat. Diese benötigte eine feste Leitung für Personal und Material und hätten von jeher mit der Akademie in engster Verbindung gestanden. Die Leitung soll Hrn. B a e t h g e n Übertragen werden.
> Das Plenum stimmt zu."

Dieser Beschluss, mit dem Hr. S t r o u x eine vollendete Tatsache schaffen wollte, ist selbstverständlich rechtsungültig, weil die Akademie überhaupt keinerlei Rechtstitel hat und nicht zuständig ist, über das Reichsinstitut eine Entscheidung zu treffen, jedenfalls nicht, ohne vorher die Zustimmung des Kontrollrates einzuholen. Dies hätte aber geschehen müssen, weil das Reichsinstitut in der amerikanischen Zone seinen Sitz hatte. Über die Tatsache, dass Professor S c h e e l die Vertretung der Berliner Reststelle in

73

Händen hatte, haben sich die Hrn. S t r o u x und B a e t h g e n und auch die Mitglieder der Akademie hinweggesetzt.

Mit dem Beschluss vom 13. September 1945 beginnt die völlig ungesetzliche Einmischung der Berliner Akademie in die Angelegenheiten des Reichsinstituts für die ältere deutsche Geschichte, und für diesen Beschluss trägt allein Hr. S t r o u x die Verantwortung. Er hat die Mitglieder der Berliner Akademie, die an den Sitzungen teilgenommen haben, unzutreffend und unvollkommen unterrichtet, und vor allem die tatsächlichen Rechtsverhältnisse unbeachtet gelassen. Auf seine Veranlassung ist das Bayerische Staatsministerium für Kultus und Unterricht unzutreffend unterrichtet wörden.

Von dieser an sich völlig falsch konstruierten, im Bayern als einwandfreie Rechtsbasis angenommenen Sachlage sind dann - immer angeregt durch Hrn. S t r o u x - die weiteren Schritte erfolgt, die den jetzigen Zustand herbeigeführt haben : Die Bayerische Akademie wurde gebeten, sich der Monumenta Germaniae Historica anzunehmen und die nötigen Anträge bei der Bayerischen Staatsregierung zu stellen, Herr Geheimrat G o e t z wurde mit der Leitung einer sogenannten "Zentraldirektion" betraut, die nirgends, auch nicht aus den früheren Satzungen der MGH. ein Recht herleiten kann, die aber offenbar die frühere satzungsgemässe Zentraldirektion ersetzen soll, und diese Zentraldirektion beschloss dann schliesslich einen Vorschlag (im September 1947) für die Ernennung eines neuen Präsidenten (obwohl, wie man damals wusste, und sich jetzt einwandfrei als zutreffend herausgestellt hat, der bisherige Präsident Professor Dr. Theodor M a y e r allen rechtens im Amt ist), und sie tut so, als ob sie überhaupt vorgesetzte Behörde der MGH. ist.

Mit Schreiben vom 28.November 1945 - Nr.816/45 - hatte die Berliner Akademie ausdrücklich erklärt, dass nicht beabsichtigt sei, während der Behinderung des Präsidenten Professor Dr. Theodor M a y e r irgend ein Definitivum zu schaffen. Von dieser Erklärung ist sie in dem Augenblick abgewichen, als feststand, dass nicht - wie Hr. S t r o u x wohl erwartet hatte und die Mitglieder glauben machen wollte - Hr. M a y e r als schuldig aus dem Amt entfernt werden würde, sondern als bereits sicher war, dass Herr M a y e r nach Entlassung aus der automatischen Haft durch rechtskräftiges Spruchkammerurteil lediglich als nominell der NSDAP angehörig anerkannt werden würde. Es ist eine alte Norm, dass derjenige, der bei der Enthebung einer Person aus dem Amt mitgewirkt hat, oder sie überhaupt veranlasst, selbst in das auf diese Weise frei gewordene Amt nicht eingewiesen werden kann, es müsste daher die Ernennung des Hrn. B a e t h g e n nach dieser Hinsicht nachgeprüft werden, wollte man es nicht schon aus allgemein moralischen Gesichtspunkten tun.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen ist zusammenfassend folgendes zu sagen .

Man muss von der Tatsache ausgehen, dass das Verhalten des Präsidenten Hrn. S t r o u x , und -durch ihn veranlasst - das der an sich satzungsgemäss gar nicht beschlussfähigen Mitglieder der Berliner Akademie ein rechtlich unzulässiges Verfahren darstellt, das zu rechtswidrigen Massnahmen geführt hat, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass die Berliner Akademie überhaupt erst mit Wirkung vom 1.Juli 1946 durch die Sowjetische Militäradministration wieder ordnungsmässig zugelassen worden ist und erst seit diesem Zeitpunkt rechtsgültige Handlungen vornehmen durfte. (Die Zulassung ist übrigens auf einen einseitigen Schritt des Hrn. S t r o u x zurückzuführen, dem kein Beschluss der Akademie zu Grunde liegt, woraus man ersehen kann, dass auch die Sowjetische Militäradministration alle Massnahmen und Beschlüsse vor dem 1.Juli 1946 als nicht rechtsverbindlich ansieht.). Es wird weiter von der Tatsache auszugehen sein, dass Hr. M a y e r nach wie vor Präsident der MGH. ist (wobei es unerheblich ist, ob man von einem Reichsinstitut spricht, oder von den MGH., denn es handelt sich bei beiden Bezeichnungen materiell und formal um ein und dasselbe wissenschaftliche, reichsunmittelbare Unternehmen, das gesamtdeutsches Eigentum ist).

Soll in der Leitung dieses Instituts, oder in der Organisation eine Änderung herbeigeführt werden, so kann dies nicht ohne Mitwirkung des Hrn. M a y e r geschehen, der zu Verhandlungen darüber herangezogen werden müsste, dann er trägt auch heute noch die Verantwortung für das Institut gegenüber den gesamtdeutschen Interessen. Nur so kann einer Verletzung bestehenden Rechts vorgebeugt werden, und nur so können diejenigen Stellen, die mit der Entscheidung befasst worden sind, sich vor späteren Vorwürfen schützen, die einmal von einer deutschen Zentralregierung erhoben werden können. Ausserdem muss man berücksichtigen, dass heute alle Landesregierungen im Zusammenwirken mit den Besatzungsbehörden Gesetz, Recht und Ordnung im Staat wieder herstellen und zur Geltung bringen wollen. Da ist es nicht vertretbar, eine Entscheidung bestehen zu lassen, die einem verdienten Gelehrten offenkundiges Unrecht geschehen würde, durch und die als ein Rechtsbruch angesehen werden könnte.

gez. H. S c h e e l.

x oder gar zur Durchführung zu bringen

74

München 27,
27.Juli 1948.

Sternwartstr.20

Herrn

Ministerialrat Prof.Dr.Rheinfelder,
Staatsministerium für Unterricht und Kultus,

München
Salvatorplatz 2

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Herr Professor Theodor Mayer hat die beiden Denkschriften von Herrn Geheimrat Goetz und mir, die wir auch Ihnen zur Kenntnis vorlegten, mit einem Rundschreiben beantwortet, das, wie ich annehme, auch dem Ministerium zugegangen sein wird. Es ist nicht meine Absicht, die Verdrehungen, Irrtümer und Unwahrheiten, die das Schriftstück in erheblicher Menge enthält, sofort alle einzeln zu widerlegen; ich kann in dieser Hinsicht auch Herrn Geheimrat Goetz, der sich zur Zeit in der Schweiz aufhält, nicht vorgreifen. Jedoch halte ich es für notwendig, zwei Behauptungen, die mein dienstliches Verhältnis berühren, sofort richtigzustellen.

1.) Herr Prof.Mayer sagt auf Seite 1:"Dem Vernehmen nach behält Herr Baethgen sein Ordinariat in Berlin noch bei; sollte er selbst sich in München auf keinem ganz sicheren Boden fühlen?"
Diese Behauptung ist reiner Unsinn. Ich habe mein Berliner Ordinariat, nachdem ich die Berufung nach München erhalten und angenommen hatte, mit dem 1.November vor.Js. niedergelegt, dementsprechend das Gehalt seitdem nicht mehr bezogen und schon im verflossenen Wintersemester in Berlin keine Vorlesungen mehr gehalten. Auch sonst liegt nichts vor, was eine derartige Behauptung auch nur im entferntesten rechtfertigen würde.

2.)In dem von Herrn Mayer wiedergegebenen sogenannten Gutachten des Herrn Professor Scheel heisst es auf S.14:"Organisationen die einer NS-Organisation zugehört hatten,(wie z.B. das Geschichtsinstitut der DAF, dessen Unterabteilung"Mittelalter", wenn ich recht unterrichtet bin, Hr. B a e t h g e n leitete) Da die Verschweigung einer solchen Tatsache, wenn sie zuträfe den Tatbestand der Fragebogenfälschung darstellen wprde, erkläre ich dazu ausdrücklich, dass ich die Behauptung als eine ungewöhnlich leichtfertige Erfindung bezeichnen muss. Ich habe niemals eine derartige oder auch nur entfernt ähnliche Stellung eingenommen. Die einzige Beziehung, die ich jemals

zur Deutschen Arbeitsfront gehabt habe, ist die folgende: Im Sommer des Jahres 1937 wurde ich dazu aufgefordert, in einer von der Wissenschaftlichen Abteilung der Deutschen Arbeitsfront geplanten "Geschichte der deutschen Arbeit" einen Abschnitt "Die deutsche Kirche und die Arbeit im Mittelalter" zu übernehmen. Ich habe daraufhin an einer informatorischen Besprechung teilgenommen und zunächst meine Mitarbeit zugesagt. Da ich jedoch nach kurzer Zeit feststellte, dass die Gesamtausrichtung des geplanten Werkes einen ausgesprochen antikirchlichen Charakter annehmen sollte, habe ich in einem Brief vom 17.Okt.1937, dessen Abschrift mir noch vorliegt, den Auftrag zurückgegeben mit der ausdrücklichen Begründung, dass ich auf Grund meiner religiösen Einstellung mich der für das Werk in Aussicht genommenen Generallinie nicht anpassen könne. Dementsprechend ist es zu einer tatsächlichen Mitarbeit auch nicht gekommen, ebenso habe ich niemals auch nur einen Pfennig Honorar bezogen. Danach habe ich zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Beziehungen zu der Deutschen Arbeitsfront oder ihren wissenschaftlichen Instituten unterhalten.

Was das sog.Gutachten des Herrn Scheel im ganzen betrifft, so halte ich mich nicht für berufen, im Namen der Berliner Akademie allgemein dazu Stellung zu nehmen. Ich lasse auch dahingestellt, inwieweit gerade Herr Scheel, der wegen seiner Parteizugehörigkeit selber nach den für Berlin massgebenden Bestimmungen aus seinem Amt als Direktor bei der Berliner Akademie entlassen werden musste, für ein derartiges Gutachten der gegebene Mann ist. Vielmehr beschränke ich mich auf die Feststellung, dass der mir von der Berliner Akademie in Bezug auf die Monumenta Germaniae erteilte Auftrag trotz einzelner missverständlicher Formulierungen, wie z.B. in dem von Herrn Scheel sonderbarerweise im Wortlaut wiedergegebenen Sitzungsprotokoll vom 13.Sept.1945, immer nur die Berliner Dienststelle der Monumenta zum Gegenstand gehabt hat. Dementsprechend haben sich meine Funktionen auch immer auf diese Stelle beschränkt und ich habe niemals, was übrigens Herrn Prof.Mayer genau bekannt sein muss, den leisesten Versuch gemacht, in den Dienstbetrieb der Pommersfeldener Stelle einzugreifen, bevor ich im April dieses Jahres mein neues Amt als Präsident der Monumenta Germaniae antrat. Der Gedanke, mich zum Nachfolger von Herrn Prof.Mayer in der Leitung der Monumenta Germaniae zu machen, ist in der Berliner Akademie niemals erörtert, geschweige denn in einer Sitzung verhandelt worden.

Mit angelegentlichen Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

75

Abschrift.

24 June 1948.

Dear Professor Baethgen,

It is indeed kind of you to send me your report on the present position of the Monumenta Germaniae Historica. J am very glad to find that despite all the difficulties of the time so satisfactory a solution of the problem has been arrived at, and J hope that a new and fruitful epoch in the history of the great undertaking will now begin.

In my Presidential Address th the British Academy, which J have just drafted, J am giving some account of our visit to Germany, and J am glad to know exactly what is the position with regard to the Monumenta.

With kind regards and many thanks,

yours sincerely

H.S. Bell.

J.

Abschrift.

24 June 1948.

Dear Professor Haethgen,

It is indeed kind of you to send me your report on the present position of the Monumenta Germaniae Historica. I am very glad to find that despite all the difficulties of the time so satisfactory a solution of the problem has been arrived at, and I hope that a new and fruitful epoch in the history of the great undertaking will now begin.

In my Presidential Address th the British Academy, which I have just drafted, I am giving some account of our visit to Germany, and I am glad to know exactly what is the position with regard to the Monumenta.

With kind regards and many thanks,

yours sincerely

H.S. Bell.

76

München 27, 3. August 1948.

Sternwartstr. 20

An

S. Eminenz

den Herrn Kardinal Giovanni Mercati,

Rom

Città del Vaticano

Ew. Eminenz

wollen mir die ehrerbietige Mitteilung gestatten, dass ich seit kurzem an die Spitze der Monumenta Germaniae berufen, nunmehr von München aus, wo sich der Sitz des Institutes jetzt befindet, die Leitung der Geschäfte übernommen habe. Über die Entwicklung, die zu der damit abgeschlossenen Neuorganisation geführt hat, gibt eine Denkschrift Auskunft, welche hier beizulegen ich mir erlauben darf. Zugleich ist es mir ein wirkliches Bedürfnis, in dem Augenblick, wo ich meine Amtstätigkeit beginne, dem Gefühl dankbarster und verehrungsvoller Verbundenheit Ausdruck zu geben, das mich gegenüber den wissenschaftlichen Anstalten des Vatikans erfüllt. Ich bin mir bewusst, dass die Editionsarbeiten der Monumenta Germaniae niemals zu dem Stande hätten gelangen können, den sie in der Vergangenheit erreicht haben, wenn ihnen nicht im Archiv und in der Bibliothek des Vatikans jederzeit eine so grosszügige Förderung zu Teil geworden wäre. Um so mehr ist es meine Hoffnung, auf dieses Wohlwollen, das ich auch persönlich während meiner römischen Jahre in so reichem Masse erfahren habe, für die Arbeiten des von mir geleiteten Instituts auch in Zukunft rechnen zu dürfen. Die Zeit wird freilich noch fern sein, wo es für die Mitarbeiter der Monumenta wieder möglich sein wird, an Ort und Stelle aus den Schätzen der vatikanischen Überlieferung zu schöpfen. Aber in anderer Weise wird gewiss bald wieder für uns Veranlassung gegeben sein, an die wissenschaftliche Hilfe des Vatikans zu appellieren, und ich darf daher die ergebenste Bitte aussprechen, solchen Wünschen, wenn wir sie vorbringen, ein geneigtes Ohr leihen zu wollen.

Ew. Eminenz werden es gewiss dem natürlichen Gefühl der Anhänglichkeit an unser ehemaliges Historisches Institut in Rom, in den ich zwei unvergessliche Jahre hindurch arbeiten durfte, zu-

gute halten, wenn ich, obwohl amtlich in keiner Weise dazu berufen, auch über dieses noch ein paar Worte anfüge. Herr Dr. Hagemann hat mir darüber berichtet, dass es sehr wesentlich dem gütigen und verständnisvollen Eingreifen Ew. Eminenz zu danken ist, wenn die Bibliothek des Instituts nun im Vatikan eine so sinngemässe Unterkunft und Aufstellung gefunden hat. Dass sie damit unter eine Obhut gekommen ist, wie sie besser gar nicht gedacht werden kann, davon wird jeder mit den römischen Verhältnissen auch nur einigermassen vertraute deutsche Historiker überzeugt sein und ich glaube in ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich/Biblioteca Apostolica Vaticana und Ew. Eminenz persönlich für diese entgegenkommende Aufnahme unseres tiefgefühlten Dankes versichere. Zugleich werden Ew. Eminenz es gewiss verstehen, wenn ich daneben doch auch die Hoffnung nicht aufgebe, dass es uns eines Tages noch vergönnt sein möge, der Biblioteca Apostolica Vaticana die Last dieser Obhut selber wieder abnehmen zu können.

Indem ich bitte, den Ausdruck meiner aufrichtigsten Verehrung genehmigen zu wollen, bin ich

Ew. Eminenz ergebenster

(Prof. Dr. F. Baethgen)

München 27 3.August 1948.

Sternwartstr.20

An

den verehrungswürdigen Herrn Präfekten
der Biblioteca Apostolica Vaticana
Padre Anselmo Albareda ,

Roma
Città del Vaticano

Hochzuverehrender Herr Präfekt!

Wollen Sie mir die ehrerbietige Mitteilung gestatten, dass ich, vor kurzem an die Spitze der Monumenta Germaniae berufen, nunmehr von München aus, wo sich der Sitz des Instituts jetzt befindet, die Leitung der Geschäfte übernommen habe. Die durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufenen Verhältnisse haben eine Neuorganisation des Instituts notwendig gemacht, über welche eine Denkschrift Auskunft gibt, die ich mir beizulegen erlaube. Zugleich ist es mir bei Beginn meiner Amtstätigkeit ein wirkliches Bedürfnis, dem Gefühl dankbarer und verehrungsvoller Verbundenheit Ausdruck zu verleihen, das mich gegenüber den wissenschaftlichen Anstalten des Vatikans erfüllt. Die Monumenta Germaniae haben in der Biblioteca Apostolica Vaticana und nicht minder im Archivio Apostolico Vaticano zu jeder Zeit die grosszügigste Förderung erfahren, ohne die sie niemals zu dem tatsächlich von ihnen erreichten Stande ihrer Arbeiten hätten gelangen können. Um so mehr ist es meine Hoffnung, auf dieses Wohlwollen für die Bestrebungen des nunmehr von mir geleiteten Instituts auch weiterhin zählen zu dürfen, auch wenn vorerst die Mitarbeiter noch nicht an Ort und Stelle aus den Schätzen der vatikanischen Überlieferung werden schöpfen können.

Wollen Sie es, hochzuverehrender Herr Präfekt, meinem persönlichen Interesse für das ehemalige Deutsche Historische Institut, an den ich selbst zwei unvergessliche Jahre hindurch habe arbeiten

dürfen, freundlichst zugute halten, wenn ich, ohne amtlich dazu in irgendeiner Weise berufen zu sein, auch darüber noch ein Wort anfüge. Von Herrn Dr. Hagemann habe ich erfahren, dass die Bibliothek des Instituts nunmehr in der Biblioteca Apostolica Vaticana eine vorläufige Heimstätte gefunden hat. Mit mir werden alle deutschen Historiker, die mit den römischen Verhältnissen einigermassen vertraut sind, diese Lösung aufs wärmste begrüssen, und ich glaube in ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich der Biblioteca Apostolica Vaticana und Ihnen persönlich unseren ehrerbietigen Dank für dies grosse Entgegenkommen zum Ausdruck bringe. Zugleich werden Sie es aber gewiss auch verstehen, wenn ich daneben die Hoffnung nicht aufgebe, in einer künftigen Zeit der Biblioteca Apostolica Vaticana die Last dieser Obhut einmal selber wieder abnehmen zu können.

Indem ich Sie bitte, hochzuverehrender Herr Präfekt, den Ausdruck meiner aufrichtigen Ehrerbietung genehmigen zu wollen, bin ich

Ihr ergebenster

(Prof. Dr. F. Baethgen)

Abschrift.

11 agosto 1948. Ch.mo S.r Direttore,

Ho ricevuto la Sua gentilissima e la notizia unita sui "Monum. Germ. Hist." La ringrazio molto, e sono molto lieto che Ella sia il nuovo Direttore. Non dubito che in mani così esperte ed attive l'impresa si risolleverà presto e rifiorirà.

Sono stravecchio e posso tutt'al più contare su pochi giorni di vita, ma in questi non mancherò mai di fare quello che le forze e le circonstanze mi consentiranno.

Quanto alla Biblioteca e all'Archivio Vaticano Ella stia sicuro che gli attuali preposti e addetti continueranno a favorire i Monumenta e i Collaboratori, como per lo addietro, sebbene anche qui si risentano, e gravissimamente, le conseguenze della guerra e ... della pace apparente o piuttosto ammistizio. I costi enormi della vita del personale, della carta e delle stampe in corpo, dei libri esteri e del materiale fotografico e per i restanti impediscono quei servizi che si vorrebbero rendere a gli studiosi, ora bisognosi di aiuti e di facilitazioni incomparabilmente più d'una volta.

La Biblioteca dell'Istituto storico, depositata coll'assenso pronto del S.Padre, è curata alla pari delle collezioni pontificie e si può usare dagli studiosi. Così sarà fino a che durerà il deposito.

Non aggiungo altro, e spedisco la lettera qual'è, fiacca e scarna, e non curata com'è quella di Lei. Tempo e freschezza per scrivere meglio, non l'ho.

Gradisca i miei ossequi,

Dev.mo

G. Card. Mercati.

Abschrift

COPIA

Dal Vaticano, li 25 Settembre 1948

Segreteria di Stato
di Sua Santità
N. 185.719-S

Eminenza Reverendissima

Sono lieto di poter informare l'Eminenza Vostra Reverendissima che il Santo Padre, prendendo in benevola considerazione i due esposti fattiGli pervenire da Vostra Eminenza e concernenti, uno, l'Accademia Bavarese delle Scienze, l'altro, l'Istituto per la Storia Tedesca Antica, Si è degnato di elargire, in favore di ognuno dei detti Istituti, la somma di Dollari duemila, che quest'Ufficio non mancherà di far giungere, appena possibile, ai destinatari.

L'Eminenza Vostra nel dare all'uno e ~~all~~'altro notizia di questa generosità del Santo Padre, vorrà loro ricordare come in questi tristissimi tempi la Santa Sede sia più che mai oberata da necessità e da obblighi d'ogni genere, da quelli specialmente delle varie opere di carità materiale; così che non le è consentito largheggiare maggiormente. Ella vorrà altresì rendersi interprete dei sentimenti di benevolenza e di augurio di Sua Santità verso i menzionati Istituti.

Mi reco a premura di restituire, qui uniti, all'Eminenza Vostra gli esposti medesimi e profitto della circostanza per baciarLe umilmente la Sacra Porpora e confermarmi con sensi di profonda venerazione

dell'Eminenza Vostra Reverendissima
umil.mo dev.mo obbl.mo Servitore
Firmato: G.B. MONTINI Sost.

Sua Eminenza Reverendissima
il Sig. Card. GIOVANNI MERCATI
Bibliotecario e Archivista di S.R.C.

(con 2 Allegati)

Zentraldirektion der Monumenta Germaniea Historica 80

An die Mitarbeiter der MG

in Schloss Pommersfelden

Im Auftrag der Zentraldirektion teile ich den Mitarbeitern hierdurch mit, dass der am 4.9. 47 gewählte neue Präsident, Herr Prof. Dr. Friedrich Bethgen- Berlin, am 21. 12. 47 vom Herrn Minister für Unterricht und Kultus bestätigt worden ist. Bis zum Eintreffen Prof. Bethgen in München bin ich beauftragt die Geschäfte der Zentraldirektion noch zu führen. Ich ersuche deshalb die Mitarbeiter der MG ihre bisherigen Arbeiten ~~weiter zu führen~~ fortzusetzen. Herrn Dr. Otto Meyer spreche ich im Auftrag der Zentraldirektion den Dank für die geleistete Arbeit aus. Die finanziellen Angelegenheiten der MG werden nach Übernahme des Amtes durch Prof. Bethgen von München aus geleitet werden; die Universitätskasse Erlangen wird ~~die~~ ebenso wie Prof. Freiherr v. Guttenberg davon unterrichtet werden.

Die Übersiedlung der MG nach München wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu Ostern stattfinden.

G.

(Prof. Dr. Walter Goetz)

Gräfelfing, den 3. 1. 48

81

Zentraldirektion
der
Monumenta Germaniea Historica

An die Mitglieder der Zentraldirektion

Der am 4. 9. 47 gewählte Präsident der MG ist am 21. 12. 47 vom bairischen Minister für Unterricht und Kultus bestätigt worden. Er wird im Laufe des Januar nach München übersiedeln und sein Amt übernehmen. Er hat mich ersucht, bis dahin ihn zu vertreten, was auch von dem Herrn Referenten im Ministerium mir bestätigt worden ist. Ich habe deshalb den Mitarbeitern der MG die nötigen Mitteilungen gemacht und sie ersucht, ihre Arbeit bis auf weiteres fortzusetzen. Herrn Dr. Otto Meyer habe ich den Dank für seine Tätigkeit als Geschäftsführer der MG ausgesprochen.

Es ist zu hoffen, dass die Übersiedlung der MG nach München zu Ostern stattfinden kann.

Mit besten Grüssen,

G.

(Prof. Dr. Walter Goetz)

Monumenta Germaniae Historica.

Zentraldirektion.

Den Mitgliedern der Zentraldirektion sei hiermit folgendes mitgeteilt:

1) Das bayerische Unterrichtsministerium hat im Oktober und November den Versuch gemacht, die M.G. der Universität Erlangen einzugliedern, Prof. Dr. Freiherr von Guttenberg sollte mit der Leitung beaufragt werden und die Universitätskasse Erlangen wurde angewiesen, fortan die Auszahlungen für die M.G. zu übernehmen. Ich habe sofort namens der Zentraldirektion gegen diese Massnahme Einspruch erhoben, auf die Übergehung der Zentraldirektion und den Bruch der Satzung der M.G. durch Ernennung eines neuen Leiters hingewiesen. In einer mündlichen Unterredung hat mir Ende November Herr Staatsrat Meinzoldt vom Unterrichtsministerium die Zusage gegeben, diesen Erlanger Plan fallen zu lassen, besonders da auch der Rektor der Unversität Erlangen sich gegen die Anordnung des Ministeriums aussprach und Herr von Guttenberg die Übernahme der Leitung ablehnte. Da inzwischen der für dieses Vorgehen Verantwortliche Ministerialdirketor Süss seinen Rücktritt erklärt hat und da inzwischen alle oberen Instanzen des bayerischen Unterrichtsministeriums gewechselt haben, werde ich mir von neuem eine Zusage erbitten, dass der Erlanger Plan als aufgegeben zu betrachten ist. Herr Staatsrat Meinzoldt war einverstanden, dass für den Notfall in München Räumlichkeiten für die M.G. zur Verfügung gestellt werden sollten. Es besteht infolgedessen kein Grund, dass Kartell der Akademie zu einer Äusserung über das Vorgehen des bayerischen Unterrichtsministeriums zu ersuchen - die Angelegenheit ist erledigt und es ist angesichts des Rückzugs der verantwortlichen Stelle wohl unerwünscht, einen weiteren Protest einzulegen. Unsere schärfste Waffe, die M.G. nach Göttingen zu verlegen, bleibt uns immer bewahrt.

2) Die Verlegung der M.G. nach Göttingen wäre möglich, aber es stände allerdings nur ein in nicht geringer Entfernung von Göttingen liegendes Schloss zur Verfügung. Da sowohl die Nähe einer grossen Bibliothek als auch ein ständiger Austausch mit Sachverständigen der Geschichtswissenschaft und ihrer Nachbargebiete notwendig ist, so könnte Göttingen nur dann in Frage kommen, wenn sich bessere Möglichkeiten zerschlagen sollten.

3) Die Berliner Herren müssen entscheiden, ob eine Zurückführung der M.G. nach Berlin in absehbarer Zeit möglich ist, vor allem ohne eine Gefährdung der Bibliothek der M.G. Die Übersiedlung nach München steht jederzeit offen; es werden von Ostern an die nötigen Räume zur Verfügung stehen, und es ist beabsichtigt, in der Osterzeit eine neue Sitzung der Zentraldirektion einzuberufen und die Entscheidung über den provisorischen Wohnsitz zu treffen.

4) Die Finanzierung der M.G. durch die einzelnen deutschen Länder soll in der nächsten Zeit weitergeführt werden. Bayern und Württemberg werden sich jetzt über den zu zahlenden Beitrag verständigen; an die übrigen deutschen Länder heranzutreten, war noch nicht tunlich, da ihre Finanzminister noch in der Einrichtung begriffen sind - der für Rheinland und Westphalen bestimmte Herr hat sein Amt erst in diesen Tagen angetreten. Privatim sind bereits Verbindungen angeknüpft worden und es ist zu hoffen, dass alle deutschen Länder sich nach dem Muster der österreichischen Regierung mit festen Beiträgen beteiligen werden. Es ist zu überlegen, ob nicht das Kartell der Akademie sich dem Vorgehen der Zentraldirektion anschliessen sollte- darüber wird bei der Kartellsitzung am 7/8. Januar in Götingen verhandelt werden.

5) Das von der Zentraldirektion am 30. Sept. beschlossene Eventualgutachten für Theodor Mayer ist inzwischen von dessen Rechtsberater ange-

fordert und abgesandt worden.
6) Die endgültige Ernennundg der Abteilungsleiter wird am besten bei Gelegenheit der nächsten Sitzung stattfinden, da sich die aufgestellte Liste nicht durchgängig einhalten lässt.

Zentraldirektion
der
Monumenta Germaniae

München 23, den 24. Februar 1947.
Maria Josepha-Str. 11

An die

Mitglieder der Zentraldirektion

1.) Anfang Februar hat der Länderrat in Stuttgart beschlossen, eine Liste aller ehemaligen Reichsinstitute aufzustellen und ihre Finanzierung zu bewerkstelligen. Anfang März wird auf einer neuen Tagung in Stuttgart diese Finanzierung durchgeführt werden. Damit ist auch die Frage der M.G. auf ein sicheres Geleise geführt worden, ohne dass Verhandlungen mit den einzelnen deutschen Ländern geführt werden müssen. Ich habe dem zuständigen Referenten im Bayer. Ministerpräsidium auf seinen Wunsch den Voranschlag der M.G. übergeben und ich darf annehmen, dass der Länderrat diesen Voranschlag genehmigen wird.

2.) Ein Brief des früheren zweiten Sekretärs unseres Historischen Instituts in Rom teilt mir mit, dass die Überführung der Bibliothek des Instituts aus Pommersfelden nach Rom auf seine Veranlassung hin erfolgt sei; zugleich habe ihm die italienische Regierung den Palazzo Vidoni als künftige Stätte des Historischen Instituts angeboten. Zu einem Abschluss seien diese Verhandlungen aber noch nicht gekommen. Ich habe Herrn Dr. Hagemann mitgeteilt, dass ich mit grösstem Erstaunen von diesen Verhandlungen ohne jede Ermächtigung einer deutschen Stelle gehört hätte, und ich habe ihn auf den schweren Schaden aufmerksam gemacht, den er damit den M.G. zugefügt hat. Ich habe ihm untersagt, irgendwelche weiteren Verhandlungen zu führen, ohne dass er dazu Auftrag von der Zentraldirektion erhalten habe. Es stellt sich also heraus, dass nicht die Besatzungsbehörde die Überführung der Bibliothek nach Rom veranlasst hat, sondern lediglich der Übereifer des früheren Institutsbeamten. Es bleibt zweifelhaft, ob sich dieser unbefugte Schritt wieder gutmachen lässt; jedenfalls wird man abwarten müssen, ob eine Wiederherstellung des Historischen Instituts in Rom wirklich zustandekommt, ohne dass die deutsche Oberleitung irgendwie beeinträchtigt wird. Ich werde versuchen über die bayrische Regierung mit der italienischen Regierung in Verbindung zu treten. Es wird sich dann zeigen, ob die italienische Regierung mit uns über den Palazzo Vidoni verhandeln will oder ob sich die Alliierten Mächte auch hier wie bei unseren anderen römischen Instituten einmischen wird.

3.) Ich bitte, dass die Berliner Herren nunmehr eine Entscheidung über die evtl. Verlegung der M.G. nach München fällen; nachdem der Charakter der M.G. als eines Reichsinstituts durch den Länderrat anerkannt ist, wird die Gefahr einer

Umwandlung der M.G. in ein bayrisches Landesinstitut endgültig vorüber sein. Die Zustände in Pommersfelden, wo eine gewisse Disziplinlosigkeit eingerissen zu sein scheint, lassen eine allzulange Dauer des jetzigen Provisoriums nicht mehr zu. Ich werde mich noch in diesem Monat persönlich nach Pommersfelden begeben und die dortigen Zustände nachprüfen.

4.) Eine Entnazifizierung Theodor Mayers ist noch nicht erfolgt. Wie ich im Ministerium hörte, besteht keine grosse Aussicht auf seine Wiedereinsetzung und in jedem Fall muss nach Ansicht des Ministeriums eine Neuwahl stattfinden, auch wenn die Entnazifizierung gelingen sollte. Alle diese Angelegenheiten lassen es erwünscht erscheinen, in der Zeit um Oster eine Sitzung der Zentraldirektion anzuberaumen. Ich bitte u Mitteilung, ob die Woche vor oder nach Ostern gelegen ist. wäre jedenfalls dringend erwünscht, dass alle Akademien dabei vertreten wären. Ich sende dieses Schreiben daher nicht nur den Herren, die an der ersten Sitzung teilgenommen haben, sondern auch den Präsidenten der einzelnen Akademien, damit endgültige Vertreter ernannt werden. Den Vertretern der Akademien steht natürlich auch diesmal Ersatz aller Unkosten zur Verfügung.

Mit bestem Gruss

Goetz.

(Prof.Dr.W.Goetz)